DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

113 11. JAHRGANG Februar '94 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

JUGENDUMWELT-KONGRESS

-Die Entwicklung eines neuen Lebensstils und eines neuen Wirtschaftssystems- war zentral diskutiertes Anliegen am Jugendumwelt-Kongreß in Göttingen. Die rund 1.000 TeilnehmerInnen verbrachten freiwillig ihre Weihnachtsferien bei fundamentaler Gesellschaftskritik, aber auch bei klassischer Musik, Organisationsdebatte und Hair-Musical.
Bericht und begeisterter Kommentar auf Seite 2.

WOHNEN

In Berlin am Prenzlauer Berg zu wohnen, kann ganz schön ungewiß werden. Seit der Wende zum Zentrumsstadtteil geworden, tummeln sich hier die Spe(c)kulanten wie die Maden im Speck. Die absurde Gesetzeslage hat mittlerweile dazu geführt, daß leerstehende Häuser dreimal mehr kosten als bewohnte. Den Druck für MieterInnen versuchen einige Menschen in der Dunckerstrasse durch die Einrichtung einer BewohnerInnenvertretung und eines Kiezladens zu mildern. Ein Interview zu alltäglichen Schikanen und möglichen Gegenstrategien auf der Spielwiese der Baulöwen
Seite 4.

ZENTRALAMERIKA

In unserer Reihe zu ArbeiterInnenselbstverwaltung in Nicaragua beleuchten wir in dieser Nummer die Konflikte, die den FSLN belasten. Vor dem Hintergrund weiterer Auflagen von IWF und US-Regierung nehmen die sozialen Spannungen im Land zu. Die Führung der FSLN droht, in den gleichen Strudel von Unglaubwürdigkeit zu geraten, in der sich die Regierung Chamorro durch ihre Sozialdemontage schon längere Zeit befindet.
Außerdem beleuchten wir in einem aktuellen Beitrag die Hintergründe des Aufstandes im mexikanischen Chiapas und dokumentieren die Forderungen der Indigenas nach Land, Würde und Freiheit
auf Seite 5.

TAZ-UMFRAGE

Sind wir nun erleichtert oder schon bald belustigt ob der Auswertung zur LeserInnen-Umfrage der taz? Zwei Drittel der taz-LeserInnen -lieben- ihre Zeitung! Ob das andere Drittel ihr Leibblatt haßt, ist allerdings unserer Übersicht nicht zu entnehmen. Dafür jede Menge sonstige Ansatzpunkte zum/r typischen taz-LeserIn, der/die in ihrer taz die Andersartigkeit und die Funktion als Medium der Gegenöffentlichkeit lieben. Na: die könnten ja auch CONTRASTE abonnieren!
Seite 6

FREIE RADIOS

Seit Oktober sendet Radio Lora München und soll nun laut einstimmigen Beschluß der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien ab 1. März eine Sendelizenz mit achtjähriger Laufzeit auf neuer Frequenz erteilt bekommen. Wie Medienpolitik funktioniert, wenn CSU-Spezi Leo Kirch in den Privatfunk der bayerischen Landeshauptstadt einsteigt und damit auch unfreiwillig Radio Lora im Rahmen der Frequenz-Neuordnung hilft, über die Schwierigkeiten des Nürnberger -Radio Z- und über das geplante StattRadio Göttingen wird berichtet auf
Seite 6.

ÖKOLOGIE

-Konsequentes Einkaufen im Bioladen und radikales umweltpolitisches Engagement bewirken zwar nicht viel – aber trotzdem etwas!- Diesen Gedanken können wir uns wohl auch bald abschminken angesichts der zunehmenden Werbung für schein-ökologische Produkte, die schlußendlich eine Politik der Verunsicherung bei KonsumentInnen betreiben. Zeit, um nachzudenken über aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und über ebenso rasante Veränderungen bei den scheinbar kritischen, sagt sich Hans Diefenbacher. Dessen Plenumsvortrag an der IÖW-Jahrestagung zu -ökologischer Produktpolitik- dokumentieren wir auf
Seite 12.

SOZIALPOLITISCHES FORUM 1993 (SoPoFo):

Stoppt den Abbau vor dem Abriß!

»Begegnung und Vernetzung sozialpolitischer Initiativgruppen aus Ost und West« lautete das Motto des diesjährigen SoPoFo der AG SPAK und der Sozialpolitischen Gesellschaft, das vom 3. bis zum 5. Dezember 1993 in Berlin stattfand. Inhaltliches Hauptthema des Forums mit seinen 6 Arbeitsgruppen und 4 Plena war der bundesweite Abbau von Sozialleistungen mit seinen unterschiedlichen Auswirkungen in alle Richtungen: Ost und West, Individuen, Familien, Initiativgruppen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anne Bussmann, Redaktion Sozialpolitik ● Als Veranstaltungsort zum Abbau-Thema hatten die VeranstalterInnen ausgerechnet das dem Abriß geweihte Gebäude des ehemaligen FDJ-Zentralrats Unter den Linden gewählt – und das als letzte Veranstaltung vor dem ersten Abrißbirnenaufprall. Ähnlichkeiten von Gebäudesituation und Stand der Sozialversorgung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Individuen können nicht von der Hand gewiesen werden: Die Bundesregierung hat, die Sozialleistungen betreffend, zum neuen Jahr wieder mal ein umfangreiches Sparprogramm beschlossen, das, wenn der Abbau so weitergeht, binnen kurzem zum völligen Abriß respektive zur Auflösung des Sozialen Netzes führen wird. Von solchen gesetzlichen Neuregelungen zur -Korrektur- der Berechnungssätze hat die Bundesregierung seit 1986 bereits 34 Stück beschlossen und durchgeführt.

Wolfgang Scherer von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen erklärte, daß dieselbe Bundesregierung aufgrund der stetig größer werdenden Menge von SozialhilfeempfängerInnen, wohnungs- und/oder arbeitslosen Frauen und Männern, AussiedlerInnen, bis zum Sommer auch AsylbewerberInnen immer mehr Geld für die gesetzlich verbürgte Sozialversorgung ausgeben mußte. Und das wurde geteilt unter immer mehr Gruppen und Berechtigten, und unter dem Strich kam für alle immer weniger dabei heraus. Diese Tatsache des -Mehr Geld ausgegeben- steht natürlich gegen die Abbau-Argumentation und wird ja auch politikerseitig oft genug verkauft.

Was stimmt denn nun nicht? Mehr Geld für mehr Menschen reicht offensichtlich nicht, um eine Grundsicherung für Jede und Jeden zu gewährleisten. Ulrich Briefs, parteiloser Bundestagsabgeordneter, informierte über einen weiteren Grund: Der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik wurde trotz der völlig veränderten welt- und verteidigungspolitischen Lage auf einem Stand von vor 1989 eingefroren!

Dringend notwendig ist es daher – dafür plädierte auch Prof. Dr. Engelhardt von der AG SPAK – endlich die Sozialpolitik in Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik zu sehen. Und dieser Zusammenhang braucht meines Erachtens nicht nur die Diskussion über Sichtweisen, sondern vor allem Modelle, die vorstellen, wie eine andere Umverteilung der gesellschaftlichen Güter aussehen kann. (Wie wär's mit einer Zukunftswerkstatt zu diesem Thema auf dem nächsten SoPoFo?) Denn offenbar ist das Problem des -Zuwenig Geld zum Leben, zuviel zum Schießen- eines der politischen Prioritätensetzung. Diese Prioritäten können nur mit Blicken auf volks- und auch weltwirtschaftliche Zusammenspiele überdacht und neu geordnet werden (wofür die Zukunftswerkstatt ExpertInnen einladen könnte).

Dazu reicht es nicht, wie Petra Bläss, Bundestagsabgeordnete der PDS, in ihrem Referat, über Kürzungen zu jammern und -Besitzstände- auf dem sozialen Sektor -verteidigen- zu wollen:

Das Jammern verführt zur Nabelschau (auch die war vertreten auf dem SoPoFo) und die -Besitzstandsverteidigung- steht in bester reaktionärer Tradition. Sicher muß sich, wie Frau Bläss fordert, -die Sozialpolitik an veränderte Lebensverhältnisse anpassen-, aber ohne Blick auf die Wirtschaftsweise und -politik fragen sich alle, die eine solche Forderung ernst nehmen wollen und sollen (!): -Wer soll das bezahlen?- Und so eine Frage sollte nicht mehr unbeantwortet bleiben. Wir brauchen durchdachte und durchsetzbare Forderungen nicht zuletzt angesichts der neuen Arbeitslosigkeitsprognosen.

Einen ersten Einstieg in diese umfassende Fragestellung bot das meistbesuchte Forum -Alternatives Wirtschaften-. Es fragte unter anderem nach der Verbindung von selbstbestimmter Arbeit zu Sozialpolitik, denn vielleicht sollte sich auch die Wirtschaftsweise und die Wirtschaftspolitik an veränderte Lebensverhältnisse und -bedürfnisse anpassen.

Vom Aufbau neuer Verhältnisse kurz zurück zum Abbau: Abgebaut hat auch, das soll hier nicht verschwiegen werden, das Interesse am Widerstand gegen den Abbau. Erzählt wurde von 300 SozialarbeiterInnen, Wohlfahrtsverbandsbeschäftigte einer großen deutschen Stadt, von denen ganze vier zum Kampfe bereit waren. Die Initiativgruppen verzeichnen weniger Zulauf als bisher und sind wie die meisten Einzelpersonen mit dem schlichten Überleben beschäftigt.

Für rund 120 Personen gehörte jedoch die Teilnahme am Forum zu ihrem Leben, es gab rege Diskussionen und regen Austausch. Modelle von Eigeninitiativen, von Widerstand gegen Ungerechtigkeiten und bissiger Pressearbeit haben sicher nicht nur mir Eindruck und Mut gemacht. Denn wer soll sich um uns kümmern, wenn wir nicht selbst anfangen!?!

Zum guten Schluß wurde eine Arbeitsgruppe -Sozialpolitischer Runder Tisch- gegründet, die sich im Februar das erste Mal trifft und im schon laufenden Superwahljahr 1994 vorhat, kritische Punkte in den Sozialprogrammen der verschiedenen Parteien zur öffentlichen Diskussion zu stellen.

...das ehemalige FDJ-Gebäude ist verkauft an das ZDF und an eine Immobilien-Firma – die reißen es ab und bauen es nach ihren Vorstellungen neu auf. Wenn also die Ähnlichkeiten bestehen bleiben sollen... – muß das soziale Netz von uns neu entworfen, gestrickt, geknüpft und gestaltet werden! ●

Unser Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 11.

P 8008 E

FRAUENSTREIKTAG AM BEISPIEL SCHWEIZ 1991:

Ohne Medienfrauen läuft nichts

Der Frauen-StreikTag in Deutschland am 8. März steht unmittelbar bevor. Da eine zentrale Organisation der Streikaktivitäten – ähnlich wie vor 3 Jahren in der Schweiz – nicht beabsichtigt ist, blicken wir zrück zum 1. Frauenstreik in der Eidgenossen(!)schaft. »Uns reicht's!« war Aufruf und gleichzeitig Signalwirkung für viele dezentrale und phantasievolle Aktionen. Wir dokumentieren einige Aktionen von Medienfrauen.

Redaktion Heidelberg ● Die Arbeitsgruppen, die sich schon vor Wochen in den Medienbetrieben gebildet hatten, um den Streiktag vorzubereiten, mußten nicht zuletzt auch bei ArbeitskollegInnen zähe Überzeugungsarbeit leisten. Die breite Beteiligung von Medienfrauen aus allen Bereichen der Medienunternehmen an den Aktionen des 14. Juni war ein voller Erfolg.

Die -Berner Zeitung- wurde für einen Tag zur -BernerInnen Zeitung-, wie Transparente am Gebäude verkündeten. Die BZ-Frauen verteilten Flugblätter und zogen zusammen mit Frauen aus dem Quartier durch die Straßen. An der Frauenarbeitsplatz-Besichtigung nahmen 30 Frauen teil und die Versammlung im Hof sowie der Infostand waren gut besucht. Auch Partnerinnen von BZ-Männern mit ihren Kindern waren gekommen.

Die SJU-Betriebsgruppe forderte in einer Eingabe an die Geschäftsleitung die Einrichtung einer paritätischen Kommission zur Erarbeitung von Gleichstellungsmaßnahmen und die Offenlegung der Statistiken über Frauenlöhne.

Zur Frauenversammlung beim -Bund- waren auch Frauen aus Spedition und Technik gekommen. Mit einer bisher nie erwachten Offenheit wurde über Arbeitsplatzerfahrungen diskutiert. Als großen Erfolg werteten die -Bund--Frauen das ganzseitige Inserat, daß am 14. Juni in ihrer Zeitung erschienen war. -Diese Frauen tragen wesentlich dazu bei, daß der 'Bund' täglich erscheint-, hieß es hier, und unter dieser Überschrift folgten die Namen aller bei der Zeitung beschäftigter Frauen.

Schon einen Tag vor dem offizellen Datum hatten sich die Bundeshausjournalistinnen gemeldet. Sie hatten sich in einem Brief an die NationalrätInnen mit dem Frauenstreik solidarisiert.

Von den insgesamt 85 Frauen, die bei Curti Medien arbeiten, haben 60 Prozent an Streikaktionen teilgenommen, 20 Frauen streikten den ganzen Tag. Am Vormittag war im Betrieb über Gleichstellungsfragen diskutiert worden, am Mittag wurde ein Frauenpicknick durchgeführt und am Nachmittag folgte ein Plauschlauf. Der abschließende Apéro zum Frauenstreiktag wurde von der Chefredaktion gestiftet.

Am Fernsehen trat – mit Ausnahme einer Sprecherin – am 14. Juni keine Frau auf. 180 Streikende trafen sich zwischen 10.30 und 11.30 Uhr vor dem Leutschenbacher TV-Studio, wo das Vaudeville Theater eine Lesung durchführte: Die Frauen wählten sich ihren -Mister Medium-. Der solcherart Geehrte (Paul Riniker) konnte seinen Preis jedoch nicht entgegennehmen, da er sich zum Zeitpunkt der Wahl als Koch im Kinderhort des Fernsehens betätigte. Überraschend viele TV-Männer brachten am 14. Juni ihre Kinder mit, die den ganzen Tag ein einziges -Gewusel- im Studio veranstalteten...

Fortsetzung auf Seite 3

INTERN:

Die linke Spalte

Der kontinuierliche Abbau von Sozialleistungen löst mittlerweile nur wenig öffentliche Proteste aus. Als fatalen Gewöhnungsprozeß beschreibt Wolfgang Scherer in unserem Schwerpunkt die kaum noch vorhandene Reaktion auf verordnete Kürzungen und Verschlechterungen, von denen immer mehr Menschen in irgendeiner Form betroffen sind. Dieser Gewöhnungsprozeß habe zur Folge, daß zum Thema Sozialpolitik eine breite Organisierung inzwischen absolut exotisch sei.

Daß CONTRASTE bei dieser Feststellung nicht stehen bleibt, sondern Alternativen – z.B. in Form von existierenden Vernetzungsbeispielen – vorstellt, ist das Eine. Wichtig ist mir zum Andern, die Texte zum FrauenStreikTag in den gleichen Zusammenhang zu stellen. Die Bemühungen unserer Redaktion, Stimmungsbilder im Vorfeld zusammenzutragen, sind – wie wir eingestehen müssen – nicht gerade von ausgiebigem Erfolg gekrönt. Wir haben uns gefragt, ob denn der FrauenStreikTag wirklich droht, zum Nichtereignis zu werden. Als damals noch in der Schweiz lebender Mann ist mir der Frauenstreik vor 3 Jahren als violettes und bewegendes Ereignis in Erinnerung, dessen Bedeutung sich so schlecht beschreiben läßt. Trotzdem haben wir einige Aktionen von Medienfrauen zusammengetragen. Die Situation der schweizerischen Frauen (permanente Benachteiligung und Diskriminierung, schleichende Ohnmachtsgefühle) lohnt durchaus den Vergleich mit dem eingangs erwähnten Gewöhnungsprozeß beim Sozialabbau, von dem auch in Deutschland hauptsächlich Frauen betroffen sind und worauf eine Reaktion am 8. März eigentlich ein buntes, phantasievolles »uns reicht's!« sein könnte.

Das warten auf ihr eigenes, freudiges Ereignis ist mindestens für die Redaktion Nürnberg, kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe zu Ende gegangen: Der Redaktionsnachwuchs ist ein gesundes Mädchen namens Mara, 3.700 g schwer und 52 cm lang. – Nur zu verständlich, daß daher die versprochenen Zahlen und Hintergrundinformationen zum EG-Finanzdschungel ihre Fortsetzung erst in der März-Ausgabe erfahren.

Herzlichen Glückwunsch!

Peter Streiff

KURZMELDUNGEN

Schreinereientreffen

Vom 22.April bis 24. April ist es wieder so weit: Ein Wochenende in der Handwerkergenossenschaft in Mannheim zum Thema der Herkunft auch »ökologischer« Hölzer. Kommt nun nach dem Tropenholzboykott auch der Boykott der borealen Hölzer wie z.B. aus Kanada, Skandinavien oder Sibirien? Ergeben Ökolabels einen Sinn bei der Einkaufspolitik? Ob nun endgültig vom Ende der Wälder gesprochen werden muß oder Gegensteuern noch hilft, beantwortet Dipl. Biologe Rudolf Fenner von Robin Wood. Welche Maßstäbe Industrie und Handel von ökologisch zertifizierten Produkten anlegen, beantwortet voraussichtlich ein Referent des derzeit größten Handelsunternehmens mit ökologischen Plattenmaterialien. Arbeitsgruppen zu den Möglichkeiten des Handelns selbstverwalteter Schreinereien stehen gleichfalls auf dem Programm wie der Austausch der Neuigkeiten des letzten halben Jahres. Anmeldung und Kontakt bei Doris Lehmann, Handwerkergenossenschaft, Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24 in 68159 Mannheim. Fax ist 0621/1499. Anmeldungen sind ab sofort erwünscht.

Werkschreinerei zu vermieten

Da ruft mich ein netter Herr an und bittet um Hilfe für seine leerstehende Schreinerei in Neufünfland. Eine Spezialpapierfabrik habe er übernommen, aber für die ehemalige Werkschreinerei mit 145/550qm sei keine Verwendung. Eine alternative Schreinerei oder vielleicht antroposophisch orientiert: Ob ich da niemanden wüßte? Spezialmöbelbau vielleicht. An der Miete solle es nicht liegen, da könne man reden. Auch die Stromversorgung sei günstig, denn der würde in der Papierfabrik produziert. Nur Arbeitsplätze sollten da drin wieder entstehen, denn schließlich sei alles voll eingerichtet. Und tatsächlich: Von den Hobelbänken bis zum Holztrockenraum, der aus der Fabrik dampfbeheizt wird, ist alles da. Auch Maschinen, mit denen bis zum Ende der Werkstatt noch produziert wurde. Mir schien es interessant genug und mindestens einer Erwähnung wert. Der Standort der Fabrik und damit der Schreinerei ist 09439 Wilischthal, Weißbacher Str.94c. Unter der Telefonnummer 03725/28040 (fax 22768) erreicht mensch eine Frau Hornauer, mit der alles weitere vereinbart werden kann.

15 Jahre Fabrik in Freiburg

Freiburg: die heimliche Ökohauptstadt wird sie manchmal genannt. Aber auch das erste Netzwerk außerhalb Berlins wurde dort gegründet, Radio Dreieckland ist ein Begriff für den Widerstand gegen Atomkraftwerke in Elsaß und Baden. Schlicht »Fabrik« heißt das Projekt in der Habsburgerstraße 9, das jenes klassische Mischmasch zwischen Kneipe, Kultur, werkstätten und Veranstaltungsräumen anbietet, das leider noch immer nicht überall die Regel ist. Ihr Jubiläum feiern die FabriklerInnen u.a. auch mit einer A4-großen Broschüre, in der schwarz auf weiß – wie die Druckerei auf dem Gelände – auf 100 Seiten schön gestaltet die Geschichte der Fabrik als Projekt und als Geschichte der Menschen dargestellt wird. Ein schönes Stück Projektgeschichte! Zu beziehen ist sie in der Fabrik direkt oder beim Netz Baden in der Erwinstraße 23, gleichfalls Freiburg. 15.– Mark zuzüglich Porto ist der Preis.

küma

EIN RÜCKBLICK AUF DEN JUGENDUMWELTKONGRESS

Umwelt im Schatten der Wirtschaft

Tausend Jugendliche auf einen Haufen sind kein seltener Anblick in der Georg-Chistoph-Lichtenberg-Gesamtschule. Schließlich ist die Schule im Süden Göttingens nicht unbedingt eine der kleinsten. Dennoch ist die Stimmung eine andere als sonst. Die Jugendlichen, die zwischen Weihnachten und Neujahr den Betonkoloß bevölkern, verbringen freiwillig Ihre Weihnachtsferien hier.

Peter von Rüden, Redaktion Heidelberg ● Im Forum der Gesamtschule stehen überall TeilnehmerInnen auf den weitläufigen Treppen, auf der Bühne werden gerade organisatorische Hinweise bekanntgegeben: »Geschlafen wird in Turnhallen – zwei Cafés stehen für ruhige Gespräche zur Verfügung«. Die Stimmung ist fröhlich und locker. Ich eile an der Hausmeisterloge vorbei ins Pressebüro. Auch die drei Hausmeister scheinen zufrieden. Die Organisation läuft weitgehend reibungslos – größere Pannen gibt es nicht. Im Pressebüro herrscht angespannte Hektik. Morgen soll der Kongreß durch Hans A. Pestalozzi eröffnet werden – man ist in Verzug mit den Vorab-Presseerklärungen. Die Agenturen warten, der NDR hat sich mit einem Kamerateam angekündigt.

Die Eröffnungsrede am nächsten Morgen bekomme ich dann nur am Rande mit. Das Forum erweist sich als fast zu klein für die 1.000 TeilnehmerInnen. Der Schweizer Kapitalismuskritiker und ehemalige Manager-Ausbilder Pestalozzi übt geharnischte Systemkritik: »Wenn die Pharma-Industrie floriert, ist das doch kein Grund zur Freude«, kriege ich mit, »daß heißt doch, daß mehr Menschen krank werden«. Der Kongreß steht fast ganz im Zeichen radikalen Umdenkens. Allenthalben werden etablierte Wertmaßstäbe in Frage gestellt.

In mehreren Themensträngen soll das Thema »Umwelt im Schatten der Wirtschaft« von verschiedenen Sichtweisen beleuchtet werden. Zwar gibt es auch einen Themenstrang »Ökosoziale Marktwirtschaft«, aber der Schwerpunkt liegt bei fundamentaler Kritik. »Es geht um die Entwicklung eines neuen Lebensstils und eines neuen Wirtschaftssystems«, stellt Sven aus der Verdener Umweltwerkstatt als Redner auf der Überraschungsaktion in der Göttinger Innenstadt klar, »wir wünschen uns den Austausch eines konkurrenz- und wachstumsorientierten Kapitalismus gegen Wirtschaftsformen, die sich an Werten wie Gemeinsinn, Selbstbestimmung, Kreativität, Lebensfreude und Gemeinschaft orientieren«. Wie freilich die Umgestaltung des Wirtschaftssystems vonstatten gehen soll, darüber herrscht keinesfalls Einigkeit; weder unter den TeilnehmerInnen, noch unter den OrganisatorInnen. Staatssozialistische Ansätze werden vor allem von den Mitwirkenden des Arbeitskreis Wirtschaft der BUNDjugend vorgebracht, die einen entscheidenden Teil des Programms vorbereitet haben. Demgegenüber bringen die AktivistInnen aus verschiedenen verbandsunabhängigen Jugendumweltbüros und Projektwerkstätten die Alternative Ökonomie in die Diskussion. Die Verdener Umweltwerkstatt hat einen Themenstrang »Selbstverwaltung – Alternative Ökonomie« vorbereitet. Als ReferentInnen sind unter anderem einige Leute vom NETZ und aus dem TAK AÖ da. Kontakte wurden bereits auf dem Herbstseminar des TAK AÖ geknüpft. Die Abschlußresolution des Kongresses gerät schwammig und nichtssagend – offensichtlich wurde von den AutorInnen versucht, es allen Anwesenden recht zu machen.

So unterschiedlich, wie die wirtschaftspolitischen Strategien der verschiedenen KongreßorganisatorInnen sind, so verschieden sind auch die Arbeitsformen und Strukturen aus denen sie kommen. Während BUNDjugend und Naturschutzjugend als bundeszentrale Verbände mit formaldemokratisch legetimierten Vorständen und hauptamtlich besetzten Geschäftsstellen eine Tendenz zunehmender Institutionalisierung in der Umweltbewegung fortsetzen, die die Erwachsenen-Umweltverbände seit Jahren vormachen, gehen die Jugendlichen aus Jugend-Umweltbüros und Projektwerkstätten andere Wege. Selbstverwaltung wird auch in der eigenen politischen Arbeit groß geschrieben. Einzelne Projekte (lokale aber auch bundesweite) nutzen gemeinsam eine Projektwerkstatt und verwalten die notwendige Struktur in eigener Regie. Übergreifend gibt es teilweise feste Föderationen meist aber nur formlose Netzwerke.

So ist neben dem Thema Wirtschaft auch die Zusammenarbeit innerhalb der Jugendumweltbewegung Gegenstand heißer Diskussionen. »Die größeren Aktionen in den letzten Jahren sind von freien Projekten ausgegangen: Auftakt, Total tote Dose, Papenburg,... – die Jugendumweltverbände drohen innerhalb der Bewegung ins Abseits zu geraten«, diskutieren einige ProjektwerkstättlerInnen mit einem Verbandsvertreter in einer der zahlreichen Ecken der Schule.

Am Kongreßende die Delegiertenversammlungen der Verbände: In beide Vorstände werden Projektwerkstatt-AktivistInnen gewählt. Die Verbände nehmen ein Antragspaket geschlossen an, in dem weitgehende Öffnung gegenüber freien Projekten gefordert wird. Eine gemeinsame bundesweite Jugendumweltzeitung soll gegründet werden. Ein ungutes Gefühl bleibt bei mir bestehen – gehört wirklich zusammen, was da zusammenwächst? Dennoch die Hoffnung, trotz struktureller und politischer Gegensätze auch gemeinsame Strategien zu finden. Theo Krönerts »Entwicklungszentren für den Norden« könnten vielleicht ein Ansatz sein, der von allen mitgetragen wird.

Klar ist auf dem Kongreß geworden, daß die Zeiten scharfer ideologischer Diskussionen um die richtigen Strukturen in der Jugendumweltbewegung wohl erst einmal vorbei sind. Man hat sich irgendwo nebeneinander arrangiert.

Klar ist aber auch geworden, daß viele Jugendliche in Umweltverbänden wie in freien Projekten nach persönlichen und gesellschaftlichen Alternativen suchen, daß Gedanken von Selbstverwaltung und alternativer Ökonomie eine große Rolle spielen. Die Gefahr freilich besteht, daß manche schönen Träume in reine Lebensreform umschlagen. Während Verbands-Jugendliche und ProjektwerkstättlerInnen in einer Talk-Runde mit dem Naturschutzbund-Präsidenten Jochen Flasbarth Strategien diskutieren, verteilt eine NichtraucherInneninitative in der Schule ihre Flugzettel.

Wo steht die Jugendumweltbewegung? Manchmal zweifle ich auf diesem Kongreß, aber die Jugendumweltbewegung zeigt sich optimistisch und zuversichtlich wie selten zuvor. Vielleicht gibt es ihn ja, den schmalen Weg in eine bessere Gesellschaft – irgendwo zwischen Verbandszentralismus und Nichtrauchertum. ●

DER KOMMENTAR

Am Neujahrsabend 1994 spielten 40 MusikerInnen – der jüngste (2.Hornist) war 14 Jahre alt – aus der Jugendumweltbewegung unter dem 26-jährigen Dirigenten Ralf Lottmann den 1. Satz von Beethovens Fünfter. Dann aus Bachs Doppelkonzert den 1. Satz, Adagio von Tschaikowski und ungarische Tänze von Brahms. Drei Tage zuvor hatten dieselben Leute vor der Deutschen Bank in Göttingen mit einer einstündigen Sitzblockade ihrer Forderung nach einer »ökologisch-sozialen Gesellschaft« Nachdruck verliehen. Die Polizei hat zwar etwas abgeräumt, aber es ging gewaltlos zu.

Der Sprecher Sven Giegold aus Verden stellte nicht nur Forderungen an die Obrigkeit nach einer »ökologischen Steuerreform« sondern, was auch viel realistischer ist, er rief zu Projekten auf, die sich »an Werten wie Gemeinsinn, Selbstbestimmung, Kreativität, Lebensfreude und Gemeinschaft orientieren«. Konkret: »Selbstverwaltete Betriebe, Kommunen, Ökodörfer und Netzwerke für einen neuen Lebensstil sind die Ansätze zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft.«

Aber welche Musik wird diese neue Gesellschaft haben? An den Abenden vorher gab's Bands mit der guten alten Rockmusik. Ein Stück aus dem Hair-Musical hat der ganze Saal mitgesungen, Kabarett gab's, Funk, Soul, Folk – kulturelle Vielfalt. Das kann man ja alles noch verkraften, aber daß die ZuhörerInnen auch Beethoven und Brahms Dacapo verlangten, und daß sie sogar imstande waren, ihre Musikwünsche durch richtige Intonation zum Ausdruck zu bringen – der ganze Saal sang klassisch – das faß ich nicht! Als die Wogen der Begeisterung etwas verebbt waren und das 40-köpfige Orchester alles wiederholt hatte, gab's noch ein Kammerkonzert mit Tina und Regine, Geigen, und Malte, dem Landesfinanzchef der BUNDjugend, am Cello.

Welche Musik, welche Literatur, welches Lebensgefühl, welche Ideen, welche Organisation wird die nächste politische Generation haben? Hinterher ist jeder klüger, aber ich frage jetzt! Und ich beobachte eine seit 20 Jahren nicht erlebte geistige Offenheit. Noch nie hab ich bei politischen Veranstaltungen soviele Leute in Ecken und an Tischen gesehen, die dort still ein Buch lasen. Und als ich mir erlaubte, zu fragen was sie lasen, war's kein Krimi oder eins dieser esoterischen Psychokistenbücher, sondern Literatur: Steinbeck, Turgenjew, Nietzsche ... zwei Letten lasen E. M. Remarque (lettisch).

Dies war der erste gemeinsame Kongreß der Umweltverbände BUND- und Naturschutzjugend und der selbstverwalteten Jugendumwelt-(JU)-Projekte. Wie waren die Gespräche, die Diskussionen? Verschiedentlich noch im Vereinsmuffelstil. Ein Literaturfreund neben mir guckte dann immer so versonnen in die Ferne, und wenn's konkret wurde, war er wieder voll dabei. Es ist ganz deutlich, daß die Jugend sich in den Verbänden nicht mehr vertreten fühlt. Die freien Projekte und JU-Büros, deren 50 jetzt miteinander vernetzt sind und weitere 20 sich in Gründung befinden, stellen eine organisatorische Alternative dar. Noch nie seit 20 jahren habe ich eine so unverkrampfte Diskussion über politische Organisation erlebt. Weder Beliebigkeit noch Ideenlosigkeit sondern Zielstrebigkeit und nüchterne Professionalität waren die Hauptmerkmale der Organisationsdebatte über die JU-Projekte.

Zwar klagte mir mancher, es gehe nicht schnell genug vorwärts, ich würde zuviel loben und manches bleibe in den Klamotten stecken. Doch ein Außenstehender, der ähnliche Debatten bei der APO, den K-Gruppen, Hippies, Ökos, Autonomen, Friedensgruppen, DKP und Antifas erlebt hat (wobei APO und Hippies schon anders waren), merkt, daß hier die erste Generation seit dem Ende des ideologischen Zeitalters auf der politischen Bühne erscheint. Gewiß, wenn sie in die Jahre kommen, kriegen ja fast alle politischen Rheumatismus, oder wie man das nennen soll. Ein als Anarchist vermummter Altlinker wollte Weltuntergangsstimmung verbreiten – und wurde so böse auf mich, daß er sich mit mir schlagen wollte – aber die Zeit, die Zeit, die geht vorbei! Und hier gehts vorwärts, wenn Leute zwischen 17 und 25 sich nicht mehr wie in den 80iger Jahren die Augen und Ohren zuhalten. Sie sind unbeschwert vom Ballast der Vergangenheit, lassen sich in nichts reinziehn, das Vergangene ist für sie nur theoretisch interessant. Diese Leute haben endlich mal den Kopf frei. Kommt nach dem ideologischen Zeitalter eine Art ökologisch motivierter Artenschutz für alle Ismen der Vergangenheit? Das wäre Toleranz! ●

Herrmann Cropp

SPLITTER

●

In Frankfurt/Main haben sich eine Reihe von Organisationen zu einer »Initiativgruppe Netzwerk Wissenschaft« zusammengeschlossen. Dieser gehören derzeit das Berliner Informationszentrum Transatlantische Sicherheit, der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, das Forum kritischer Wissenschaft (München), das Forschungsinstitut für Friedenspolitik (Weilheim), die Friedensinitiative Psychologie-psychosoziale Berufe (Marburg), die Naturwissenschaftler-Initiative »Verantwortung für den Frieden« (Dortmund), die Initiative Pädagogen und Pädagoginnen für den Frieden (Siegen), die Studiengruppe Entwicklungsprobleme der Industriegesellschaft (Würzburg) und die Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik (Gelsenkirchen) an. Unter anderem haben weiterhin die Internationale Gesellschaft für Zukunftsfragen Salzburg und das Sekretariat für Zukunftsforschung (Gelsenkirchen) Interesse geäußert. (Quelle: Blickpunkt Zukunft, 25/Dez. 1993)

●

Das Sparvermögen der privaten Haushalte in Westdeutschland betrug 1992 3.414 Mrd. DM (seit 1970: + 670%), das Vermögen in Immobilien 3.000 Mrd. DM (Stern Nr. 29/15.7.93). 1% der Haushalte verfügen über 23% dieses Reichtums, 10% über deren 50% (SPIEGEL Nr. 47/22.11.93). (Quelle: Informationsdienst Soziokultur 4/93)

●

Vom 26.-29.11.93 fand in Höchst/Odenwald ein Treffen von 80 Arbeitenden der Automobilbranche statt, darunter auch Gäste von Saab, Volvo, Ford, Renault, Alfa, GM. Im Mittelpunkt stand ein Erfahrungsaustausch über die Krise, aber auch über Mobilisierung und Politisierung, über gescheiterte und erfolgreiche Betriebsübernahmen und Versuchen geänderter Produktion. (Quelle: express 12/93, 1/94)

●

»Die aktuelle Krise erfordert, daß überall dort, wo dies möglich ist, die Grundgedanken einer alternativen Gesellschaftsordnung entwickelt und offensiv propagiert werden... Der Idee einer Gesellschaft, die anstatt des Profits und dessen Maximierung diese elementaren menschlichen Werte (Essen, Trinken, Wohnen, Freizeit, Kultur, Ausbildung, Gesundheit, Ökologie, internationale Solidarität) in den Mittelpunkt stellt, wird gemeinhin entgegen gehalten, hier handle es sich um keine Realpolitik«. ... »Mit diesem (aktuellen Alptraum R.S.) verglichen, ist unser Traum einer anderen Gesellschaft seriöse Realpolitik, realisierbare Utopie.« (Winfried Wolf; Quelle: expreß 12/93, 1/94; erstmals SOZ Nr. 23/93)

●

Bereits Ende 1991 versammelten sich europäische AgrarwissenschaftlerInnen, um eine umweltschonendere EG-Landwirtschaft zu fordern und verabschiedeten das Wageninger Memorandum: direkte Einkommenszahlungen an ökologisch wirtschaftende Bauern und Bäuerinnen; Festlegung der ErzeugerInnenkosten nach Kriterien der nachhaltigen Landwirtschaft; keine Subvention von Agrarexporten unterhalb des Inlandpreisniveaus. Kennzeichnung von Qualitätsunterschieden und gefährlichen Rückständen; Abgabezahlungen für intensive Landwirtschaft (Quelle: expreß 12/93, 1/94).

●

Betriebsräte und Betriebsrätinnen von Opel, Zeche Memmich Robert, Hoesch-Krupp, Nokia, Thyssen, Siemens Witten, sowie der Personalrat der Stadtverwaltung Bochum haben am 2.11.93 in einem offenen Brief den DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer zu »gemeinsamen, branchenübergreifenden Aktionen« aufgefordert. Sie selbst haben schon »Partnerschaftsverträge mit den Beschäftigten anderer Branchen geschlossen«. »Die Zeit der Lethargie muß endlich ein Ende haben« (Quelle: expreß 12/93, 1/94).

●

In Kassel sollen über 3 Millionen »freiwilliger Zuschüsse« für 1994 gestrichen werden. Dies betrifft alternative soziale und kulturelle Projekte ebenso wie etablierte Träger (OW, AWO, Ortsbeiräte, Caritas). Im einzelnen (ohne Gewähr, da Zuordnung Kunstverein »Komitz« immer etwas problematisch): Etablierte Kulturprojekte 687.080 DM; alternative Sozialprojekte 573.150 DM; etablierte Sozialprojekte 531.000 DM; Turn- und Sportvereine 412.700 DM; Globalbeträge 232.140 DM; alternative Kulturprojekte 225.000 DM; Beiräte (Orts-, Ausländer-) 93.750 DM. Einige (gerade die Etablierten) begannen, über den gang zum Konkursrichter nachzudenken (Quelle: HNA, 6/8.1.94)

●

Dieter Bolt ist 50 Jahre alt geworden. Zu diesem Anlaß fand am 25.10.93 in Frankfurt/Main eine Festaufführung des Louis-Malle-Films »Viva Maria«, und am 28.12.-2.1.94 am Dirnberg ??? eine Tagung »25 Jahre emanzipatorische Jugendarbeit« statt. Gegründet wurde eine »Viva-Maria-Stiftung, die mit 10.000 DM dotiert werden soll, und zu deren ersten Preisträgern Fritz Teufel und Dieter Kunzelmann gehören (Eigenbericht)

●

In Sachsen gibt es zwischenzeitlich 46 von Kommunen und Landkreisen getragene soziokulturelle Einrichtungen, sowie 41 selbstverwaltete. 1,7 Millionen Personen besuchen diese im Jahr, 644 der ca. 2.000 kulturell tätigen Vereine gehen dort ihren Aktivitäten nach (Jörg Studermann, PENTACON Dresden, Quelle: Informationsdienst Soziokultur 4/93).

Fortsetzung auf Seite 3, rechte Spalte

ZUM FRAUENSTREIKTAG AM 8. MÄRZ

Das Für und Wider hält an

Seit der ersten Veröffentlichung des Streikaufrufes im Frühjahr '93 reißt die Diskussion darüber nicht ab. Das ist gut so. Denn es kommen ja immer neue Frauen, Gruppen, Komitees hinzu, die sich ihre Meinung bilden, ihren Standpunkt finden müssen zu dem nun in der Tat für die Frauenbewegung dieses Landes beispiellosen Vorgang: Gestreikt werden soll einen Tag lang im März '94!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Brigitte Hussein, Redaktion Frauen ● Das Für und Wider hält an. Im Zentrum aller Debatten: Der Streikbegriff. Er ist traditionell belegt. Wer Streik sagt, denkt zuerst und meistens ausschließlich an Niederlegung der Erwerbsarbeit. Und daran knüpft frau sofort die Frage: Dürfen wir das denn? Wäre das nicht ein wilder Streik, eine unrechtmäßige Aktion, die uns schlimmstenfalls den Verlust unseres Arbeitsplatzes einbringt? Das Streikkomitee Köln/Bonn und ganz besonders davon Ingrid Steinmeister, Juristin, hat sich gründlich damit befaßt und diese Fragen beantwortet (siehe auch Streikinfo Nr. 2/93). Ich stütze mich in den weiteren Ausführungen darauf.

Es ist richtig: Die Rechtssprechung der BRD legt fest, daß Streiks im Sinne von Arbeitsniederlegungen nur dann als zulässig gelten, wenn sie auf ein tariflich regelbares Ziel gerichtet sind, der Adressat der Forderungen der Arbeitgeber ist – was bedeutet, die Forderungen müssen von ihm erfüllbar sein – und wenn der Streik von den Gewerkschaften getragen wird, wobei auch eine nachträgliche Übernahme ausreichen würde. Und die Arbeitsniederlegung muß das letzte Mittel sein, das eingesetzt wird, um Forderungen der ArbeitnehmerInnen durchzusetzen. Bei bestehenden Tarifverträgen darf die Friedenspflicht nicht verletzt werden.

WAS WOLLEN WIR?

Diese Kriterien als Maßstab genommen – ist danach unser geplanter StreikTag »rechtmäßig«? Welche Ziele haben wir denn? Die wichtigsten (aus Platzgründen): Wir wollen, daß die Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben und der Gesellschaft insgesamt endlich aufhört, daß Frauen nicht länger durchschnittlich geringere Erwerbseinkommen erhalten und als erste entlassen werden. Wir protestieren mit diesem Streik-Tag dagegen, daß Sozialleistungen abgebaut und Frauen zunehmend in Armut gedrängt werden. Wir wehren uns gegen die zahlreichen Formen von Gewalt gegen Frauen. Dazu rechnen wir auch, daß uns das Selbstbestimmungsrecht über einen Schwangerschaftsabbruch verweigert wird. Wir fordern eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft. Wir verlangen, daß entschieden gegen alle Formen von Fremdenhaß und Rassismus in diesem Lande vorgegangen wird, daß die Grenzen für MigrantInnen und Flüchtlingen offen gehalten werden und ausländische Frauen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten.

Fazit: Es geht uns also um weit mehr als tarifrechtliche Forderungen an einen Arbeitgeber oder einen Arbeitgeberverband (obwohl frau sich schon fragen darf, ja muß, warum die oben genannten frauenpolitischen Forderungen für die Tarifverträge überhaupt kein Thema sind?).

Unsere Streikziele sind ein ganzes Bündel von frauenpolitischen Forderungen, die wir an die Regierung und andere gesellschaftliche Kräfte – natürlich auch an die Arbeitgeber – richten.

IST EIN POLITISCHER STREIK ERLAUBT?

Demnach wären Arbeitsniederlegungen am 8. März 1994 ein politischer Demonstrationsstreik. Ein politischer Streik – ist der denn in diesem Lande erlaubt? Die Rechtsgelehrten sind sich in dieser Frage nicht einig. Aber entscheidend für uns ist doch, in der Geschichte der BRD gab es viele derartige politische Streiks. Die Gewerkschaften hatten zu diesen selbst aufgerufen oder sie nachträglich mitgetragen, obwohl sie nach der herrschenden Meinung als rechtswidrig galten. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Wenn bei den Gewerkschaften der politische Wille zum Streik vorhanden war, setzten sie sich über die Rechtsauffassungen hinweg und es wurde gestreikt.

Und jetzt? Wollen die Gewerkschaften, daß die Frauen am 8. März streiken? Die Haltung der einzelnen Gewerkschaften sowie des DGB unterscheiden sich voneinander. Mehrere Frauenausschüsse von Einzelgewerkschaften haben den 8. März als FrauenStreikTag beschlossen. Andere planen Aktionen in den Betrieben unter dem Motto »FrauenProstestTag«. Es bringt wenig, sich darüber aufzuregen. Es stimmt, daß dieser Kompromiß bedeutet, daß die streikwilligen Frauen sich in den entscheidenden Gewerkschaftsgremien nicht durchsetzen konnten. Aber das spiegelt doch genau die Situation wider, gegen die sich unser Streik richtet, gegen die patriarchalischen Strukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen, die Gewerkschaften eingeschlossen. Leider ist das Fakt, auch wenn wir es gern anders sehen würden.

DER FEMINISTISCHE STREIKBEGRIFF

Das Gerede, ob ein FrauenStreikTag verboten oder erlaubt ist, führt doch nur dazu – und wer kann wohl daran interessiert sein? – uns Frauen einzuschüchtern und diese großartige Idee fallen zu lassen. Stellt Euch vor, es gelingt uns tatsächlich, massenhaft Frauen an allen Orten im Land zur Verweigerung, zum Protest und auch zur lustvollen Demonstration zu bringen! Wer würde sich darüber freuen und wer würde sich schwarz ärgern? Die Antwort auf diese Frage zeigt uns, wo wir unseren Druck verstärken müssen, welche Wege wir in den verbleibenden Wochen noch zu gehen haben. Zum Beispiel dürfen die Gewerkschaftsfrauen den Betriebs- und Personalräten keine Chance geben, sich dem Streik zu entziehen. Es gibt eine große Anzahl von betrieblichen Aktionsformen, mit denen am 8. März Frauen und ihre Forderungen mit Nachdruck ins öffentliche Bewußtsein – und das der Arbeitgeber – gebracht werden können.

Der Streikbegriff – wir dürfen ihn nicht im traditionellen Sinne sehen. Wir müssen ihn weiterfassen, mit neuen Inhalten füllen. Der StreikTag – ein Tag der Verweigerung von Frauen, ihres Zornes, ihrer Gegenwehr, ihres Protestes. Ein Tag, an dem an den patriarchalischen Stützpfeilern dieser Gesellschaft gerüttelt wird, mächtig, spürbar, folgenreich. – Das wäre doch schon viel. ●

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Ebenfalls in Zürich, waren auch freie Journalistinnen unterwegs: Sie befragten in Straßeninterviews Männer, die bereitwillig Auskunft über ihre geschlechtsspezifischen Gepflogenheiten gaben. Die zweistündige Aktion wurde in Wort und Bild festgehalten.

Alle 25 Keystone-Frauen streikten den ganzen Tag. In Flugblättern wurde dazu aufgerufen, »Wester(n)männer in die Wüste und Bären in den Zoo« zu schicken. Die beiden diensthabenden Männer der Redaktion bereiteten den Frauen ein Streikfrühstück.

Der »LNN«-Cefredaktor ließ sich an der Versammlung nicht blicken und schickte stattdessen seinen Stellvertreter, der sich der Diskussion stellte. Bis auf drei Frauen wurde das Luzerner Blatt von allen Frauen den ganzen Tag bestreikt. Die drei »Streikbrecherinnen« erhielten ihrerseits vom Chefredaktor Pralinés.

Schon um 9 Uhr nahmen 50 Teilnehmerinnen im Eingangsbereich zum Ringier-Pressehaus in Zürich am Frauenzmorge teil. Alle Frauen des Dokumentationszentrums streikten den ganzen Tag. Bei »Tele« und »Schweizer Woche« wurden interne Gleichstellungsdiskussionen geführt und eine »Blick«-Sondernummer wurde von einzelnen Redaktorinnen des Blattes verteilt.

Auf ein eher negatives Echo stießen die fünf Frauen der spk, die am 14. Juni gestreikt hatten

...

Beim »Tagi« streikten die Frauen mehrheitlich den ganzen Tag. Auch im administrativen Bereich mußten an jenem Freitag die Männer eher ungewohnte Arbeiten übernehmen. Im Innenhof an der Werdstraße kamen am Vormittag an die 300 Frauen zusammen ... Beim Tagi dauerte der Frauenstreiktag bis in die ersten Stunden des Samstags: Um 2 Uhr früh gab es noch einen Imbiß für die Nachtschicht-Frauen.

Schließlich die WoZ (»Wochenzeitung«): Die Ausgabe mit Datum 14. Juni war mehrheitlich von Frauen geschrieben und vorausproduziert worden, mit Ausnahme einer »Männerecke«. Am Streiktag selbst waren alle WoZ-Frauen an Aktionen beteiligt ... (dh)

Artikel aus SJU-News (Zeitschrift der JournalistInnen-Gewerkschaft) Juni/Juli 91: Frauenstreik in den Medien

BEI SELBSTVERWALTETEN BETRIEBEN KAUM RESONANZ AUF DEN 8. MÄRZ-AUFRUF

Ein Nicht-Ereignis kündigt sich an

Jo-Hannes Bauer, Redaktion Heidelberg ● Seit der erfolgreichen »Frauenstreik«-Aktionen in der Schweiz wird über eine ähnliche Aktion auch in der BRD diskutiert (Aufruf in CONTRASTE Nr. 108). Der mit viel Verve verfaßte Aufruf zu einem Frauenstreik am 8. März sollte frischen Wind in die Frauenbewegung bringen. Bei den selbstverwalteten Betrieben jedoch findet der Aufruf bislang wenig Resonanz. Dies muß nicht das Scheitern der Aktion bedeuten. Mag sein, daß im Umkreis gewerkschaftlicher Gruppen die »Streikbereitschaft« größer als im Selbstverwaltungsbereich ist. Einer kurzen CONTRASTE-Umfrage zufolge, hat er bei den selbstverwalteten Betrieben jedenfalls bislang kaum mehr als ein müdes Achselzucken ausgelöst. »Ach ja«, »schon mal gehört«, »eigentlich sollte man ja was machen« – das sind schon die Spitzen an Zustimmung und Begeisterung.

Bei der Frauentischlerei »Kreischsäge« in Bochum hat Monika immerhin schon von dem Aufruf gehört, sieht aber im eigenen Betrieb (ein reines Frauenprojekt) keinen Ansatzpunkt für eine Aktion. Gabi von UWS (Druckerei in Stuttgart) kennt zwar den Aufruf nicht, sympathisiert aber mit den Frauenaktionen am 8. März. Wenn sie nur von breiteren gesellschaftlichen Schichten getragen würden. Als Grund für die mangelnde Bereitschaft der Betriebe, sich auf diese spezielle Problematik einzulassen, sieht sie den Rollenkonflikt zwischen ProduzentIn und ArbeitnehmerIn. Auch selbstverwaltete Betriebe verstehen sich demnach als Selbständige, die eher mit Familienbetrieben als mit Kollektiven mit gemeinsamen Ansprüchen zu vergleichen seien. Bei UWS seien nur wenige gewerkschaftlich organisiert, auch sei die Frauenquote von 50 Prozent infolge von Kinder und Familie auf ein Häuflein zusammengeschrumpft.

Und so könnte aus einem Versuch, frischen Wind in die Frauenpolitik zu bringen, ein Windbeutel werden. Was in der Schweiz funktioniert (hat), läßt sich noch lange nicht auf Deutschland übertragen. Mag es auch einzelne spektakuläre Aktionen geben, eine breite Massenbewegung läßt sich in Deutschland nicht aus dem Boden stampfen. Auf jeden Fall sind die selbstverwalteten Betriebe mit dem Anspruch, Multiplikatoren zu spielen, sichtlich überfordert. Auch hier kommt das Fressen vor der Moral – zumal dann, wenn im Zeichen der political correctness Hierarchien zwischen Männern und Frauen weitgehend abgebaut sind und der 8. März eher eine nostalgische Erinnerung an frauenbewegte Zeiten darstellt, denn ein Aufbruch in eine neue Epoche, in der mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau ernst gemacht wird. ●

Anzeige

VERBAND

netz
Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:
netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
44147 Dortmund
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

FORTSETZUNG SPLITTER

●

»Nun rächen sich für die Soziokultur Fehler der Vergangenheit, die auf zwei Ebenen zu finden sind: Einerseits schien es verzichtbar zu sein, daß soziokulturelle Zentren ihre Leistungsprofile mit denen von etablierten Kultureinrichtungen kontrastierten ... auch wenn ihre Ausgaben allein für Bühnenbilder oder hydraulische Hebebühnen die Kosten für mehrere soziokulturelle Zentren ein paar Jahre hätten decken können ... Als zweites schweres Versäumnis stellt sich für die soziokulturellen Zentren heraus, daß sie sich in den vergangenen Jahren in völlig unzureichenden Förderstrukturen und Finanzierungsmodellen eingerichtet haben ... Die Tatsache, daß die Soziokultur in der Vergangenheit effektiver, wirtschaftlicher, sparsamer mit den vorhandenen öffentlichen Mitteln gearbeitet hat als alle anderen Kultur-Institutionen, wendet sich heute schon längst gegen sie ... Soziokulturelle Zentren müssen sich wieder neu auf ihre soziale und politische Kompetenz besinnen. Die entwickelten demokratischen Organisationsmodelle der Selbstverwaltung, der Basisdemokratie, die Betonung der aktiven Einbeziehung von Menschen in alltägliche Arbeits- und Entscheidungsprozesse bieten gute Möglichkeiten, um die Zentren wieder stärker zu Orten zu machen, an denen sich gesellschaftliche Konflikte artikulieren ... Noch verfügen die Zentren über personelle und materielle Strukturen, die es ihnen erlauben, selbst initiativ zu werden und gesellschaftliche Mißstände zu skandalisieren ... ebenso notwendig ist die Wiederbelebung der soziokulturellen Zentren als öffentliche Räume, in denen unter aktiver Teilnahme möglichst vieler Menschen Perspektiven des Zusammenlebens in der Gesellschaft entwickelt werden können« (Gerd Spieckermann; Quelle: Informationsdienst Soziokultur 4/93).

●

Die Mitgliederzahl der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren ist auf 224 angewachsen – in zwei Jahren ein Zuwachs von ca. 40% (Quelle: Informationsdienst Soziokultur 4/93)

●

Diese neue Rubrik »Splitter« entstand aus meinem Unbehagen bei der vorigen CONTRASTE-LeserInnenumfrage an Mangel an alternativ-ökonomischen Kurzmeldungen. Da auch ich nicht den Überblick über alle 150-200 derzeit bestehenden Branchen- und Regionalverbände Alternativer Ökonomie habe, erbitte ich Zusendungen »Splitter-geeigneter« Mitteilungen an: Rolf Schwendter, FB 04, Arnold-Bode-Str. 10, 34127 Kassel. Nur eines kann ich garantieren: Gekürzt wird jedenfalls (Eigenbericht).

Rolf Schwendter

CHRISTLICHE BASISGEMEINDE AM PRENZLAUER BERG

Im Kiezladen am Prenzlauer Berg

Wohnen im früheren Zonenrandgebiet am Prenzlauer Berg hat seit der Wende nichts mehr mit dem Gefühl von Nische zu tun. Im jetzigen Zentrumsstadtteil treibt die Spekulation ihre traurigen Blüten: Ein unbewohntes – da leichter zu verkaufen – kostet dreimal mehr als ein bewohntes Haus. Wieso sich also als betroffene MieterInnen nicht zusammentun, um eine stärkere Verhandlungsposition zu haben? Ein Interview mit Axel vom Kiezladen der christlichen Basisgemeinde, Dunckerstr. 14, Berlin Prenzlauer Berg.

Dunckerstraße am Prenzlauer Berg Foto: Ricarda Buch

CONTRASTE: Axel, von welcher Gruppierung bist Du und was macht Ihr?

Axel: Ich gehöre zu den Leuten, die hier am Prenzlauer Berg in der Dunckerstr. einen Kiezladen ins Leben gerufen haben. Der Kiezladen ist eine Betroffenenvertretung der Leute, die hier wohnen. Wir haben hier angefangen, als wir hörten, daß die Räume frei werden, da der Vormieter die Miete nicht mehr zahlen konnte. Der ist dann ausgezogen mit seinen Maschinen. Da standen die Räume leer und wir haben uns gefragt, was mit den Räumen nun passiert. Da wir im selben Haus wohnen, ist es uns nicht egal, wer hier rein kommt, d.h. ob die deutsche Bank oder so hier reinkommt. Es dauerte ein 3/4 Jahr bis sich herauskristallisierte, es könnte eine Idee sein, daß eine Betroffenenvertretung die Räume anmietet und hier eine Bürgerbegegnungsstätte ins Leben ruft. Seit September/Oktober 92 habe ich die Vertretung gegenüber der Wohnungsbaugesellschaft und der Beteiligung der Sanierungsgesellschaft.

Wieviele Leute wohnen hier?

Es handelt sich um zwei Häuser mit jeweils 5 Gebäudeteilen und es sind etwa 90 bis 100 Menschen, die hier leben.

Setzt sich die Betroffenenorganisation zusammen aus VertreterInnen mehrerer besetzter Häuser und aus BewohnerInnen, die aufgrund gestiegener Mieten und der Privatisierung aus ihren Wohnungen vertrieben wurden?

Das stimmt nicht ganz. Das Gebiet hier wurde vom Senat Ende August 93 zum Sanierungsgebiet ausgewiesen. Das bedeutet, daß hier bei Modernisierungs- und Baumaßnahmen zusätzliche Bewilligungsverfahren vorgeschrieben sind. Für die Grundstücke gelten bestimmte Sanierungsauflagen und die Betroffenen müssen laut Baugesetzbuch beteiligt werden.

Wie ist die Wohnsituation der Menschen hier?

Seit der Wende prallen hier sehr viele verschiedene Interessen aufeinander. Einerseits gibt es hier sehr viel vernachlässigte Bausubstanz, an der lange Zeit gar nichts von der EigentümerInnenseite oder von der staatlichen Seite her gemacht wurde, andererseits wurde die politische Weiche so gestellt, daß gilt: Vertreibung vor Entschädigung. Dies führt dazu, daß am wertvollsten von allem der Boden – gemessen in qm – ist. Dies führt dazu, daß ein unbewohntes Haus etwa dreimal so viel kostet wie ein Haus, in dem MieterInnen leben. Der Marktwert eines leeren Hauses ist dreimal höher als der Wert eines bewohnten Hauses. Das hat zur Folge, daß hier große Spekulation betrieben wird. Da es eben die Menschen gibt, die ein kaputtes Haus kaufen und denken, jetzt brauche ich das Haus nur leer zu machen und kann es dann teurer weiterverkaufen. Das ist schnell verdientes Geld. Auf der Strecke bleiben dann die BewohnerInnen.

Die BewohnerInnen werden von den EigentümerInnen unter Druck gesetzt, die Häuser zu räumen?

Ja, genau, dafür gibt es viele Beispiele. Das ist die eine Schiene – bezogen auf die Wohnsituation hier. Die andere ist: Prenzlauer Berg ist Zentrumsstadtteil der deutschen Hauptstadt. Wenn man sich die Großstädte im Westen anguckt, dort in die City geht, dann weiß man, wie die auszusehen haben, was so das Bild ist. Und wenn du hier so durch die Straßen gehst und guckst dich um, findest du davon hier nichts wieder – Gottseidank würde ich erstmal sagen. Zu DDR-Zeiten war der Prenzlauer Berg eine Art Nische für Menschen, die sich am Rande der sozialistischen Gesellschaft bewegt haben. Sie wurden hier in Ruhe gelassen. Das war hier Zonenrandgebiet. Niemand hat sich für den Stadtteil interessiert.

Zur Bevölkerungsstruktur: Das war eine bunte Mischung. Jetzt muß an den Häusern viel getan werden. Das sagt der Senat auch mit seinen Sanierungsrichtlinien, die in sich ziemlich widersprüchlich sind. Auf der einen Seite heißt es BürgerInnenbeteiligung – es sollen keine BewohnerInnen vertrieben werden – auf der anderen Seite sagt er, es muß verstärkt privates Kapital eingesetzt werden, da die Summe, die verbaut wird so immens groß ist, daß das mit öffentlichen Geldern nicht allein zu machen ist und im derzeitigen System muß sich das rechnen, d.h. irgendjemand muß nachher bezahlen. Das sind dann die NutzerInnen, bzw. die MieterInnen. Von der Seite rechnet sich das. Nur, die jetzigen BewohnerInnen werden diese Instandsetzung und Modernisierung jedenfalls nicht bezahlen können. Im Jargon der HauseigentümerInnen und SpekulantInnen spricht man da vom Austausch der Bevölkerung, einer zahlungskräftigen Klasse, die das alles bezahlen kann. Das sieht dann konkret so aus: es soll modernisiert werden, durch die erhöhten Mieten fallen sozial Schwache sowieso raus, die dann umziehen müssen, oft keine Wohnung finden, d.h. Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, und und und... Da hat man sich was einfallen lassen, nämlich diesen Mieterkündigungsschutz von 5 Jahren. Das hört sich erstmal gut an, letztlich bringt das garnichts. Denn wenn man den Zeitplan des Regierungsumzugs betrachtet, da sind fünf Jahre gar nichts. Eine weitere große Gefahr ist hier die Umwandlung in Eigentumswohnungen. Das war auch eine politische Entscheidung, die nur den Ostteil, die neuen Bundesländer betrifft. Die Abgeschlossenheitsbescheinigung ist eine reine Formsache und wird problemlos erteilt.

Was ist eine Abgeschlossenheitsbescheinigung?

Wenn mehrere Wohnungen in einem Haus in Eigentumswohnungen umgewandelt werden sollen, ist eine Abgeschlossenheitserklärung notwendig, d.h. jede Wohnung braucht einen separaten Eingang und die Wohnungen müssen brandschutztechnisch voneinander getrennt sein. Umwandlung in Eigentum heißt, das dieses Eigentum auch geschützt sein muß, daß es als Eigentum erkennbar ist. Mit dieser Bescheinigung läßt sich jede Wohnung in eine Eigentumswohnung umwandeln. Dann ist es ziemlich leicht, über eine Eigenbedarfskündigung die Mieter rauszusetzen.

In den alten Bundesländern hat es auch gute Erfahrungen der Zusammenarbeit zwischen BewohnerInnen und Verwaltungen in Sanierungsgebieten gegeben. Wie sieht das Verhältnis zwischen BewohnerInnen und Verwaltungen hier am Prenzlauer Berg aus?

Das Schlimmste ist, wenn du einem Beamten gegenüber sitzt, der nicht will. Der sagt dann immer, da kann ich nichts machen. Die Gesetze sind so und so, eindeutig. Da kann er natürlich nichts machen. Da kannst Du auch nichts mehr machen. Wenn er nicht will, stehst Du wie vor einer Mauer. Deshalb versuchen wir, ihn zu animieren, daß er es selber will. Dann sucht er sich einen Weg und legt seine Gesetze so aus, daß es auf einmal doch geht. Das ist so eine Sache, wann einer will und wann nicht. Das wechselt häufig hin und her. Deshalb laden wir die vom Amt ein und haben erlebt, daß sie von den Geschichten betroffen waren, die sie so vorher nicht gehört haben. Menschen aus einzelnen Häusern haben berichtet, was ihnen widerfahren ist. Da haben einzelne schon gesagt, auf uns könnt ihr rechnen, das könnt ihr so und so erreichen. Wir haben das in Anspruch genommen. Das hat 2-3 Wochen funktioniert, aber dann waren die Türen, die sich da geöffnet haben, schlagartig wieder zu. Da gab's halt Knatsch. Ich weiß nicht, ob das ein politischer war, oder ob die Rechtsabteilung gesagt hat, das könnt ihr so nicht machen. Jedenfalls ist da zur Zeit wieder alles dicht.

Wie wirkte sich der Winter auf die besetzten Häuser aus?

Erstmal gibt es hier keine besetzten Häuser. Die gibt es vielleicht in der Hafenstraße aber hier nicht, weil die sofort geräumt werden müßten. Es gibt da unterschiedliche Auseinandersetzungen. Ich erinnere an die Mainzerstraße 1990. Hier am Prenzlauer Berg haben sich die Häuser zusammengeschlossen. Das nannte sich dann BesetzerInnenrat. Die hatten auch SprecherInnen und haben sich entschlossen, den gewaltfreien Weg zu gehen in der Auseinandersetzung mit der Polizei und den Wohnungsbaugesellschaften. Es ist dann ein runder Tisch ins Leben gerufen worden und die besetzten Häuser sind als ehemals besetzt anerkannt. Alle haben Mietverträge, Pachtverträge oder Nutzungsverträge. Aber es gibt natürlich immer noch die ehemaligen BesetzerInnen. Bei manchen Gruppen ist es Tradition, den Winter über nach Haus zu fahren, da der Herd bei den Eltern doch etwas wärmer ist, als die unbeheizbare Bude hier. Viele richten sich aber auch hier ein, machen das Haus dann winterfest.

Wirkt sich im Winter die Vertreibungsstrategie der EigentümerInnen besonders hart aus?

Ja, es gibt hier ein bekanntes Haus in der Reimerstraße, das zur Hälfte leer steht. Der Leerstand ist getarnt. An jedem Fenster hängen Gardinen, die Treppenaufgänge sind sauber und die Wohnungen abgeschlossen, so daß der Leerstand nicht erkennbar ist. Aber wenn eine Wohnung leer steht und nicht geheizt ist, dann ist sie kalt, d.h. in einem Haus, wo drei Wohnungen bewohnt sind und der Rest ist nicht beheizt, kriegst Du die Wohnung nicht mehr warm. In diesem besagten Haus hat es der Eigentümer darauf angelegt, die Wohnungen einzufrieren. Er läßt in den leerstehenden Wohnungen seit Wochen Fenster und Balkontüren offen stehen. Das ändert sich auch hin und wieder. Mal sind sie für 5 Tage offen, dann wieder zu, dann werden andere Fenster geöffnet, um den Eindruck zu erwecken, die Wohnung sei bewohnt und es werde nur gelüftet. Wir haben Messungen in der Wohnung darüber gemacht und ein Zimmer mit unglaublichem Energieeinsatz – einem halben Zentner Kohle am Tag – beheizt. Eines der Zimmer erreichte gerade einmal 17 Grad. Die anderen Teile der Wohnung sind aufgrund defekter Gasgeräte nicht beheizbar.

Was unternehmt ihr gegen solche Vorfälle?

Wir waren mit den dortigen BewohnerInnen bei der Wohnungsaufsicht und haben das angezeigt und um Rat gefragt. Die Wasserleitung ist im letzten Jahr schon aufgrund des Frostes geplatzt. Eine Frau mit drei Kindern lebte dort und zog wegen der Kälte zu ihren Eltern. Nun ist auch die Wohnung darüber nicht mehr warm zu kriegen. Die Wohnungsaufsicht stellt sich da auch hilflos an. Wir versuchten mit den EigentümerInnen zu reden, daraufhin waren für zwei Tage die Fenster zu. Dann wurden sie wieder geöffnet, mit noch mehr Gardinen bestückt als vorher. Außerdem wurde ein Sicherheitsschloß an der Türe angebracht, so daß wir die Fenster selber nicht mehr schließen können. Die Wohnungsaufsicht weiß auch nichts anderes, als den EigentümerInnen gute Ratschläge zu geben.

Wie müßte eine gute Wohnungspolitik aussehen?

Ich bin weder Politiker noch Baustadtrat.

Aber BewohnerInnen...

Da, wo Unrecht geschieht und eindeutig die PolitikerInnen Schuld tragen, werde ich mich mit meinen Forderungen nicht zurückhalten, das abzustellen, zu ändern, den BürgerInnen gegenüber Gerechtigkeit zu üben, die sie ja auch gewählt haben. Wie die Wohnungspolitik in Ostberlin zu gestalten ist, darüber mögen sich andere die Köpfe zerbrechen.

War die Entscheidung »Rückgabe vor Entschädigung« richtig?

Zur Zeit wäre es anders nicht mehr vorstellbar. Die Weichen wurden mit dem Einigungsvertrag gestellt. Ich persönlich halte es für eine klassische Fehlentscheidung, die möglicherweise bewußt herbeigeführt wurde. Seit der Wahl Helmut Kohls Anfang der 80iger Jahre wurde auch im Westen der soziale Mietwohnungsbau komplett eingestellt mit dem Ziel der Schaffung von Wohnungsnot. Ich unterstelle den PolitikerInnen, daß sie gewußt und die Situation bewußt herbei geführt haben, um Mietwohnungen zu einer teuren Ware zu machen. Deshalb sind die Probleme hier alle hausgemacht. Die Begründung, wir können nicht anders, sind faule Ausreden, die sich im Kreis drehen. Wer heute Politik macht und morgen sagt, ich weiß nicht, was ich gestern gemacht habe, ist nicht glaubwürdig.

Vielen Dank für das Gespräch ●

Das Gespräch führte Ricarda Buch, Redaktion Berlin

SELBSTDARSTELLUNG:

Stairway To Heaven!?

Seit Anfang des Jahres gibt es uns: eine Gruppe von Kindern, Frauen und Männern, welche im Raum HB/OL ein Lebens- und Arbeitsprojekt aufbauen wollen. Die Idee zu diesem Vorhaben kam einigen von uns, als sie sich in libertären Zusammenhängen zunächst theoretisch mit Möglichkeiten beschäftigt haben, alternative Wohn- und Lebensformen zusammen mit behinderten Menschen zu schaffen. Daraus erwuchs die Idee, ein Projekt aufzubauen, in welchem mehr und weniger behinderte Menschen zusammenleben können.

Relativ schnell entstand dann unsere Gruppe, welche mittlerweile auf ca. 15 Menschen – davon etwa die Hälfte BehindertenpädagogInnen – angewachsen ist.

Für unser geplantes Zusammenleben konnten wir uns bislang auf die folgenden Grundsätze einigen:

- Wir verstehen uns als links-undogmatisches Projekt: unsere jetzige und zukünftige Arbeit soll auch dazu dienen, zunehmend gesellschaftliche Realitäten zu erkennen und ggf. zu verändern. Art und Intensität, wie die Einzelnen Politik betreiben, bleibt ihnen innerhalb bestimmter Grenzen jedoch überlassen; gemeinsame Aktionen werden erhofft.
- Wir wollen, daß das Projekt ein Gegenmodell zu einer Gesellschaft darstellt, die wirtschaftliche Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen produziert. Daher soll eine gemeinsame Ökonomie verwirklicht werden: Alle Einnahmen in einen Topf, alle Ausgaben aus diesem Topf. Einige Regelungen sollen jedoch dafür sorgen, daß hierdurch keine finanzielle Gefährdung des Gesamtprojekts erwachsen kann.
- Entscheidungen, welche das Gesamtprojekt betreffen, sollen im Konsensprinzip getroffen werden.
- Wir wollen ein kollektives (möglichst vielfältig aufeinander bezogenes, ökologisches, sozialverträgliches) Arbeiten verwirklichen. Als Arbeitsbereiche planen wir bisher ein Tagungshaus, eine alternative Form betreuten Wohnens für Behinderte und eine Tischlerei.

Neben diesen Arbeitsbereichen sollen – je nach Qualifikation und Interesse der ProjektlerInnen und den Möglichkeiten des Gebäudes und des Geländes, weitere Bereiche unterschiedlicher Art aufgebaut werden. Es soll jedoch auch möglich sein, extern arbeiten zu gehen.

- Wir wollen eine Mischung aus verschiedensten Wohnformen innerhalb unseres Projekts. Dabei ist es uns wichtig, funktionierende gemeinsame Kommunikationsstrukturen zwischen den verschiedenen Arbeits- und Wohnbereichen zu schaffen, unterstützt durch Plena, gemeinsame Mahlzeiten usw.

In der näheren Zukunft stehen für uns eher praktische Fragen und Aufgaben an:

○ Der Kontakt zu anderen Projekten und Projektinitiativen soll hergestellt und intensiviert werden. Wir versprechen uns davon unter anderem Hilfe bei den folgenden Aufgaben:
○ Wir müssen die Ein- und Ausstiegsregelungen für ProjektlerInnen genauer abklären.
○ Es müssen Finanzierungskonzepte erarbeitet werden.
○ Ein Trägerverein soll gegründet werden.
○ Da wir mittelfristig etwa 25 Erwachsene (und viele Kinder) in dem Projekt sein wollen, müssen neue MitarbeiterInnen gefunden werden. Dies soll relativ schnell geschehen, damit diese den weiteren Verlauf der Projektgründung mitgestalten können.

Leute, die auch Lust und Interesse haben, an unserem Projekt mitzuarbeiten, und die ähnliche oder gleiche Grundsätze wie die oben genannten für sich akzeptieren können, haben die Gelegenheit, bei einer der folgenden Kontaktpersonen weitere Infos anzufordern:

☎ Frank (04 41) 38 33 28
☎ Petra (04 21) 7 89 70

SOLIDARITÄT

Druckerei nach El Salvador

Ob simple Spende oder Entwicklungshilfe: die Qualität hängt entscheidend vom direkten Bezug zu den EmpfängerInnen ab. In El Salvador suchen viele ehemalige KämpferInnen der FMLN nach den Friedensverträgen eine Möglichkeit, sich eine Existenz aufzubauen. Den schon längere Zeit gepflegten Kontakt nach El Salvador wollen einige Leute vom Kollektiv »hansadruck« nutzen, um eine Druckerei auf möglichst direktem Weg in die Hände von fünf Druckern bringen zu können. Sie suchen dafür noch Unterstützung in Form von verschiedenen Geräten, Maschinen oder Geldspenden.

Nach langen Diskussionen darüber, welchen Sinn Geldspenden haben können, haben wir vom Kollektiv »hansadruck« beschlossen, daß Geld zu geben für uns nur einen Sinn macht, wenn dadurch den Leuten, die das Geld bekommen, die Möglichkeit gegeben wird, die Strukturen in ihrem Lebensbereich in ihrem Sinne zu verändern, zu verbessern. So etwas wird nur funktionieren, wenn wir bereit sind, die dazu notwendige Kontinuität zustande zu bringen und wenn wir als EmpfängerInnen der Spenden Leute finden, die etwas Ähnliches im Sinn haben wie wir. Wir glauben, daß wir so eine Gruppe gefunden haben. Es handelt sich um fünf Menschen in El Salvador, die als Mitglieder der Kommunistischen Partei in der FMLN gekämpft haben.

Die fünf Leute in El Salvador versuchen, sich eine Existenz aufzubauen. Sie haben schon im Lager mit Siebdruck angefangen und möchten jetzt auf Offset-Druck ausweiten, um sich materiell zu sichern und damit ihre politischen Ziele weiter verfolgen zu können.

Leider werden wir es nicht schaffen, sie rechtzeitig zum Wahlkampf mit den entsprechenden Geräten auszustatten. Unsere Planung sieht folgendermaßen aus:

Bis Ende März wollen wir eine minimal ausgestattete Schnelldruckerei zusammengestellt haben. Wir haben bis jetzt einen Plattenbelichter für Copy-Proof-Platten, ein Ein-Bad-Entwicklungsgerät, einen Kontaktraster und eine Tischfalzmaschine. Außerdem haben wir Kontakt zu jemandem, der bereit wäre, ein Viertel Jahr nach El Salvador zu gehen.

Es fehlen noch:
Eine Schnelldruckmaschine, eine kleine Schneidemaschine, ein Gerät zum Zusammentragen, eine Heftmaschine, ein Rüttler, ein PC mit Laserdrucker und was euch vielleicht sonst noch einfällt. Das haben wir uns als Minimalausstattung überlegt, die wir natürlich gerne ausweiten würden. Die Ausweitung hängt von dem Maß an Unterstützung ab, das wir bekommen. Also schaut doch mal nach, was ihr noch so herumstehen habt, ansonsten können natürlich Geldspenden weiterhelfen. Es läuft weiterhin die Gründung eines gemeinnützigen Vereins, damit abzugsfähige Spendenquittungen ausgestellt werden können. Im April wollen wir die Maschinen dann nach El Salvador schicken.

Kontakt: Hansa-Druck · Hansastr. 48
24118 Kiel · ☎ (04 31) 56 45 59

NICARAGUA-SERIE TEIL 4: DIE KRISE DER FSLN

Nationaler Dialog, Sozialdemontage und die Krise

Diese drei Stichwörter werden in dieser und der nächsten Ausgabe der CONTRASTE im Mittelpunkt stehen. Vor dem Hintergrund weiterer Auflagen des IWF's und der US-Regierung für die Auszahlung neuer Kredite nehmen die sozialen Spannungen im Land zu. Die politischen Parteien versuchen, über den sogenannten Nationalen Dialog auf der politischen Ebene den Verteilungskämpfen je nach Standpunkt die Spitze zu nehmen oder den Forderungen der ArbeiterInnen gerecht zu werden. Mittlerweile ist aber nicht mehr zu leugnen, daß dieser Riß auch durch die FSLN geht.

Redaktion Heidelberg / Informationsbüro Nicaragua ● Der nicaraguanische Volkswirtschaftler, Priester und Leiter der Zentralamerikanischen Universität (UCA), Xabier Gorostiaga, umreißt prägnant den aktuellen politischen Horizont in Nicaragua:

»Im heutigen Nicaragua stecken wir in einer schrecklichen Sackgasse. Das Land ist polarisiert und gelähmt. Es gibt im gesamten sozialen Spektrum einen absoluten Vertrauensverlust in die politische Führung. Die Koalition der UNO ist bitterlich zerstritten und wiederholt hat sie sich bei verschiedensten Gelegenheiten vom Dialog zurückgezogen; (..) die FSLN sieht sich vor die eigene innere Krise gestellt und braucht eine neue Führung, die fähig ist, sich den neuen Zeiten anzupassen; die Regierung wird als ineffektiv und unfähig wahrgenommen.« Diese desolate politische Situation hat eine noch desolatere wirtschaftliche Situation zum Hintergrund.

Regierung Chamorro notwendig ist. Uneinigkeit existiert jedoch im Hinblick auf die Frage, wie diese Änderung zu initiieren ist und wo sie ansetzen muß.

Während Teile der FSLN die Auffassung vertreten, daß das gesamte Wirtschaftsmodell der Regierung Chamorro in Frage gestellt werden müsse, und gleichzeitig in den eigenen Reihen Vorgehensweise und mögliche Alternativen kontrovers andiskutiert werden, fordert die UNO nur eine erhöhte Aufmerksamkeit für den sozialen Bereich, ohne diese Politik inhaltlich zu füllen. Zu einem weiteren unüberbrückbaren Streitpunkt wurde die Frage der Verfassungsreform. Die UNO hält diese in Teilen für unmöglich, da sie, so Godoy, so aufgebaut sei, daß »die FSLN 100 Jahre regieren könne«. Die FSLN ließ bis dato jedoch nicht mit sich über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und einer neuen Verfassung reden. Diese unüberbrückbaren Standpunkte brachten die erste Ansätze des Nationalen Dialogs zu neuem Stillstand.

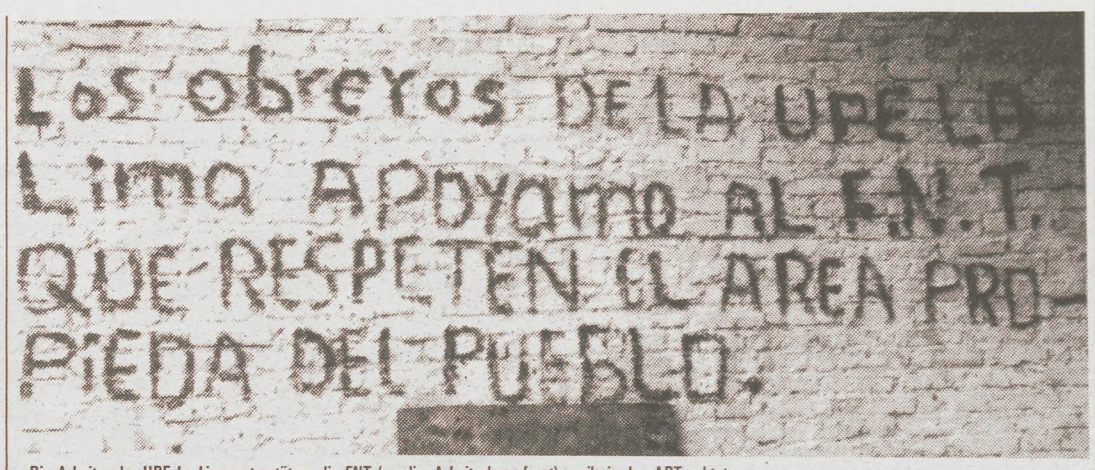
Erst das Engagement der UDC (Christlich Demokratische Union) und die Vorlage eines neuen Positionspapiers zur Verfassungsreform, das die ausdrückliche Unterstützung von US-Botschafter John Maisto erhielt, sowie Gespräche zwischen FSLN und UDC brachten auch die ablehnende UNO wieder auf Trab und führte zu erneuter Verhandlungsbereitschaft. Am 1.November nahmen FSLN, UDC und UNO die Gespräche wieder auf. Einigung wurde darüber erzielt, daß die Verfassung zu reformieren ist. Festgehalten wurde ferner, daß bis zum 30.11.93 eine Vereinbarung über die Inhalte der Verfassungsreform zu verabschieden ist, damit über diesen Vorschlag am Anfang des nächsten Jahres abgestimmt werden kann.

Die UNO hielt fest, daß sie sich bei Nichtzustandekommen einer Übereinkunft bis zu diesem Termin vorbehält, eine konstituierende Versammlung '94 einzuberufen, die die neue »magna carta« ausarbeiten soll.

Am 30. November einigten sich dann FSLN und UNO auf der Grundlage des Vorschlags der UDC über den Fortgang der weiteren Verhandlungen. Strittig bleiben die einzelnen zu reformierenden Punkte und deren Inhalte.

Fest steht jedoch, daß die FSLN ob der Schwierigkeiten, mit der sie sich momentan intern konfrontiert sieht, zuzüglich zu den wirtschaftlichen Rahmenpositionen, die Nicaragua durch die neuen Verträge mit dem IWF aufgezwungen werden, keine großen Spielräume in der Verhandlungsposition hat.

Zur Krise und zu den Auseinandersetzungen innerhalb der FSLN werden wir in der nächsten Ausgabe der CONTRASTE berichten. ●



»Die Arbeiter der UPE La Lima unterstützen die FNT (sandin. ArbeiterInnenfront), weil sie den APT achtet«

19. Juli 1993 in Managua: »Gemeinsam kämpfen wir für Arbeitsplätze«

SOZIALDEMONTAGE SOLL WIRTSCHATSWUNDER EINLEITEN

Der Haushaltsentwurf der Regierung Nicaraguas für 1994 sieht ein höheres Steueraufkommen und Kürzungen der Sozialausgaben vor. Dennoch erklärte die Regierung, im nächsten Jahr würde sich die soziale und wirtschaftliche Situation entscheidend verbessern. Nicaragua würde ein »Rekordernte« bei verschiedenen Produkten erzielen. Diese Ankündigungen der Regierung stossen auf Mißtrauen, zumal gerade hinter den Kulissen ein neuer Vertrag mit dem internationalen Währungsfond ausgehandelt wird.

Präsidialamtsminister Lacayo versprach vor dem Parlament für 1994 die Schaffung von 15.600 Arbeitsplätzen durch staatliche Investitionen, 19.000 durch Kreditausweitung, 24.700 durch die »Demokratisierung« der Kreditvergabe und 10.000 durch kommunale Projekte. »1994 werden wir Taten sehen, nicht nur Versprechungen«, sagte Lacayo. Der Agrarzyklus 1993/94 würde zu Rekordernten bei Reis, Bohnen, Mais, Kaffee, Erdnüssen und Soya führen. In zwanzig Ortschaften würden 7000 neue Wohnungen gebaut werden.(..) Tatsächlich waren bereits Tage vor der Etatdebatte Informationen bekannt geworden, die alles andere als verheissungsvoll für die Bevölkerung sind. Lacayo selbst hatte Entlassungen im Öffentlichen Dienst angekündigt, weil »wir nicht zulassen können, daß die Ausgaben für die Bürokratie die Produktion stranguliert.« Finanzminister Emilio Perreira mahnte, nur absolute »Kreditdisziplin« könnte zum Erfolg führen. So würden keine Nettokredite zur Deckung des Haushaltdefizits aufgenommen. Minister Perreira kündigte die Einfrierung der Löhne für die nächsten drei Jahre an. Die Jahresinflation 1993 beträgt mehr als 26%.

Im Öffentlichen Dienst gibt es gegenwärtig 70.894 Beschäftigte. Fast 50.000 sind im Bildungs- und Gesundheitswesen tätig, also zwei Bereichen, die eine chronische Unterversorgung der Bevölkerung verzeichnen. Die Bildungsausgaben sollen von 80,7 Mio.Dollar auf 72,7 Mio. Dollar gesenkt werden. Im Gesundheitswesen, das jetzt schon kaum handlungsfähig ist angesichts verschiedener Epidemien, sollen die Ausgaben von 80,3 Mio. Dollar auf 77 Mio. Dollar gesenkt werden. Der Etat des Ministeriums für Sozialausgaben (MAS), das »Dämpfungsmaßnahmen« für die Auswirkungen der restriktiven Haushaltspolitik durchführen soll, wurde sogar von 21,1 Mio.Dollar auf 9,1 Mio. Dollar zusammengestrichen. Rätselraten verursacht die Ankündigung der Regierung, sie wolle die Steuern für Genußmittel und Erdölprodukte senken. Denn laut Presseberichten plant Finanzminister Perreira ganz im Gegenteil, das indirekte Steueraufkommen (Einkommens- und Kapitalsteuern) zu senken. Während 1993 die direkten Steuern 14,3% und die indirekten 85,7% des Gesamtsteueraufkommens darstellten, soll das prozentuale Verhältnis 1994 8,7% zu 91,3% betragen. Die indirekten Steuern werden auf Spirituosen und Bier, Zigaretten und Erdölprodukte erhoben. Vom Verkauf der Genußmittel leben viele Arbeitslose, die durch vorangegangene Etatkürzungen ihre Beschäftigung verloren hatten. Ihre geringen Einkommen als informelle HändlerInnen und Kramladenbesitzer Innen würden bei einer Steuererhöhung zweifellos beeinträchtigt werden. Erhöhte Kosten für Erdölprodukte verursachen unvermeidlich eine allgemeine Preissteigerung durch höhere Transportkosten. Regierungskritische Steuerexperten brachten die fiskalischen Pläne der Regierung auf die Kurzformel: »Die, die nichts haben, bezahlen mehr, und die, die viel haben, bezahlen weniger.« ●

aus: ANN No.293, 15.11.93

Der Haushaltsentwurf für '94 (s. Kasten) sieht ein höheres Steueraufkommen und Kürzungen der Sozialausgaben vor; so unter anderem im Bereich des Gesundheitswesens, das jetzt schon in Folge von verschiedenen Epidemien kaum handlungsfähig ist. Im nächsten Jahr steht die Unterzeichnung neuer IWF-Verträge und damit bindender Auflagen der Strukturanpassung an. Inmitten dieses Szenarios setzt der neue US-Botschafter Maisto Prioritäten. Er erklärte die Fortführung des »Nationalen Dialogs« zur unabdingbaren Voraussetzung für weitere Zahlungen von Seiten der US-Regierung. Ungeachtet dessen veröffentlichte die Tageszeitung »Barricada« Zahlen über die drastische Einschränkung der US-Hilfe. Demnach soll Nicaragua '94 nur 65 Mio.Dollar bekommen, außerdem – so Barricada – seien die Aussichten schlecht, daß die USA die 40 Mio.Dollar noch zurückgehaltener Finanzhilfe für '93 wirklich auszahlten. Darüber verhandelt seit dem 25. November der US-Kongress mit der Clinton-Regierung.

Zu den ersten Versuchen der Wiederaufnahme des »Nationalen Dialogs« kam es Ende September und Anfang Oktober nach Beendigung des Streiks der Transportarbeiter.

Die beiden Führer der UNO und der FSLN, Godoy und Daniel Ortega, trafen sich zu Gesprächen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, um, so anschließende Verlautbarungen, »die Situation des Landes zu analysieren« und mögliches Verhandlungsterrain vorzubereiten. Die behandelten Themen: eine neue Militärgesetzgebung, Wirtschaftsreformen und die Verfassungsreform, sowie eine mögliche Einbindung der Regierung in den Nationalen Dialog. Bei der Analyse der wirtschaftlichen Situation kamen beide Seiten zu seltener Einmütigkeit in der Überzeugung, daß das Wirtschaftsprogramm der Regierung versagt, das Wirtschaftsministerium seine Unfähigkeit unter Beweis gestellt habe.

In einem vertraulichen Memorandum äußerte sich der ehemalige Planungsminister von Costa Rica und aktuelle Berater von Präsidialminister Antonio Lacayo, Otton Solis, denn auch wie folgt über die wirtschaftliche Situation:

In den Jahren 1985-89 importierte Nicaragua 2,75 Mal mehr, als das Land durch Ausfuhren einnahm – 1992 betrug das Verhältnis 4:1, gleichzeitig verminderten sich die öffentlichen Investitionen um 37% und das Bruttoinlandsprodukt pro EinwohnerIn sank um 30%. Statistiken der UNICEF komplettieren dieses Bild. Sie gehen von einer Arbeitslosenquote von 67% und einer Quote von 68,5% der Bevölkerung mit Symptomen von Mangelernährung aus. Beide, sowohl UNO als auch FSLN sind sich einig, daß eine Änderung der Wirtschaftspolitik der

MEXIKO: TIERRA, DIGNIDAD Y LIBERTAD

Land, Würde und Freiheit

Am ersten Januar des Jahres besetzten bewaffnete Kräfte des Zapatistischen Nationalen Befreiungsheers (EZLN) vier Städte im südlichsten Bundesstaat Mexikos, Chiapas. Zum ersten Mal seit 20 Jahren gaben die indigenen Ethnien, Angehörige der dort beheimateten Maya-Völker, ihren politischen Forderungen auf gewaltsame Weise Ausdruck.

Informationsbüro Nicaragua / Redaktion Heidelberg ● Dieser Aufstand muß als Ergebnis jahrzehntelanger Versuche gesehen werden, sich für ihre Probleme, die knapp aber umfassend mit den Begriffen Elend, Arbeitslosigkeit, fehlende Nahrung, fehlende Erziehung und medizinische Versorgung zu beschreiben sind, Gehör zu verschaffen. Von diesen Problemen sind im besonderen die Indigenas in Chiapas und den anderen südlichen Provinzen Mexikos betroffen. Chiapas hat eine Bevölkerungszahl von 3.3 Mio. EinwohnerInnen, davon sind mehr als die Hälfte Indigenas. Die Bevölkerung Chiapas gilt als die ärmste Mexikos, obwohl die Region mit reichen Ressourcen ausgestattet ist. So liefert Chiapas nicht nur Strom an ganz Zentralmexiko und an Zentralamerika, auch die Hälfte der mexikanischen Kaffee-Exporte kommen aus diesem Bundesstaat. Eine Grundlage für die desolate Situation der Indigenas sind die Landverteilungsverhältnisse. Das Land wird in Form von Latifundien-, Plantagenwirtschaft bearbeitet, deren Grundlage die billige Arbeitskraft der Indigena-Bevölkerung ist. Der Widerstand der Indigenas gegen diese Besitzverhältnisse, ihre politischen Forderungen verhallten bislang immer ungehört. Ihr Aufstand wird deshalb als letztes Mittel gesehen, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Nicht zufällig wurde der 1.1.94 für die »Kriegserklärung« gewählt. Er fiel zusammen mit dem Tag des Inkrafttretens des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko, das den ungehinderten und freien Warenaustausch zwischen diesen Ländern vorsieht. Das Freihandelsabkommen wird in letzter Konsequenz die Position Mexikos als Billiglohnland und Absatzmarkt für nordamerikanische Waren festschreiben. Ein weiteres zentrales Ergebnis dieses Abkomens mit direkter Auswirkung für die Situation in Chiapas besteht darin, daß Teile der mexikanischen Agrarreformgesetzgebung, die den kleinen AgrarproduzentInnen ihren Besitz an Land garantieren sollten, bereits zurückgenommen werden mußten.

Die mexikanische Regierung hat auf die Besetzungen mit äußerster Härte reagiert. 14.000 Soldaten haben bis heute alle Städte zurückerobert und drängten die EZLN in die Berge zurück. Die mexikanischen Streitkräfte gingen äußerst brutal vor, ermordeten nicht nur die teilweise schlecht bewaffneten EZLN-KämpferInnen, sondern griffen vor allem auch die Zivilbevölkerung an, die als SymphatisantInnen flugs ebenfalls zu »Subversiven« gemacht wurde. Nach umfassender Bombardierung angeblicher Stellungen der EZLN in den Bergen, Terrorisierung der Bevölkerung und der Gefahr, daß sich auf Anregung der regierenden mexikanischen Partei PRI (Partei der institutionellen Revolution) Todesschwadronen bilden, erklärte die Regierung Salinas jetzt ihre formale Bereitschaft, auf Verhandlungen einzugehen.

In Mexiko selbst haben nun Menschenrechtskommissionen zur Solidarisierung mit der indigenen Bevölkerung von Chiapas aufgefordert. Am 13.1. fand die erste große Solidaritätsdemonstration mit über 60.000 TeilnehmerInnen statt. Zusammen mit der internationalen Aufmerksamkeit, die dieses Ereignis gefunden hat, kann und muß diese Situation genutzt werden, um den Verhandlungsforderungen von seiten der Indigenas Nachdruck zu verleihen. Zentrale Punkte in diesem Forderungskatalog sind:

1. die Wahrung des Waffenstillstandes.
2. das Verhandlungsmandat für Rigoberta Menchú und Bischof Samuel Ruiz Garcia.
3. die Bildung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der durch die mexikanische Armee begangenen Menschenrechtsverletzungen.
4. die sofortige Öffnung des Gebiets für Menschenrechtsorganisationen, Presse und Rotes Kreuz.
5. die Respektierung der Menschenrechte aller von dem Konflikt Betroffenen.
6. keine Rücknahme der Agrarreformgesetzgebung durch die Konstituierung von NAFTA.
7. Einlösung der Forderungen der Indigenas nach Land, Aufbau unabhängiger Verwaltung und der Wahrung ihrer Identität.

Wir rufen dazu auf, diesen Forderungen durch Protestschreiben an die mexikanische Regierung Nachdruck zu verleihen, das Geschehen von Chiapas nicht so schnell dem Vergessen zu überlassen... ●

Richtet eure Schreiben an folgende Adresse:
Lic. Carlos Salinas de Gortari
Presidente de la Republica
Palacio Nacional
06067 México, D.F.
México

Spendenkonten: Stichwort »indigenas«
Informationsbüro Nicaragua
Konto 976738 StSpk. Wuppertal
BLZ 330 500 00

Medico International
Konto 1800, Frankfurt Sparkasse
BLZ 500 502 01

VERLAGSGEOSSENSCHAFT »DIE TAGESZEITUNG«

taz-LeserInnen lieben ihre Zeitung

LeserInnenbefragungen haben Hochkonjunktur. Auch die taz versuchte in Erfahrung zu bringen, wie sie sich im weiter wachsenden Überangebot an Informationen halten kann. Ein Tip der BefragungsauswerterInnen: »den genossenschaftlichen Projektcharakter hervorheben«.

taz-Frauenstreik, März 1988 — Foto: Sabine Sauer

Rainer Lattmann, Redaktion Genossenschaften ● Eine Zumutung war er schon, der Fragebogen, der im Mai 1993 2.000 LeserInnen der Berliner »tageszeitung« (taz) ins Haus flatterte. 74 Fragen auf acht eng bedruckten Seiten sollten sie beantworten. Auch versierte AnkreuzerInnen brauchten dafür fast eine ganze Stunde. Dennoch füllten 1.200 der nach einem Zufallsverfahren ausgewählten taz-AbonnentInnen den Bogen aus und schickten ihn zurück. Sie gaben damit bereitwilig Auskunft über ihr Verhältnis, ihr Urteil und ihre Meinung zur taz, aber auch über ihre sonstigen Mediennutzungsgewohnheiten, ihre Konsum- und Lebensgewohnheiten und über persönliche Daten, wie Beruf, Alter, Einkommen usw. Konzipiert hatte diese Befragung ein Team am Institut für Journalistik der Universität Dortmund in enger Zusammenarbeit mit der taz-Verlagsleitung.

Die Dortmunder Journalistik-StudentInnen befragten darüber hinaus über zwei Monate alle KündigerInnen des taz-Abos. Sie führten Intensiv-Interviews mit Angehörigen verschiedener Gruppen, wie StudentInnen, AbonnentInnen anderer überregionaler Tageszeitungen und LeserInnen, die die taz gelegentlich am Kiosk kaufen. Ziel war, Erkenntnisse zu bekommen, wo und wie die taz weitere AbonnentInnen gewinnen kann.

TYPISCHE TAZ-LESERiNNEN

Wer ist er nun, der typische taz-Leser, die typische taz-Leserin? Mehrheitlich ein Er (62%), jung (50% unter 35), der in einer Großstadt mit mehr als 500.000 Einwohnern wohnt (43%). Er wählt grün (79%), achtet beim Einkauf vor allem auf die Umweltverträglichkeit der Produkte (95%) und auf Waren aus der dritten Welt, die »fair« gehandelt werden (76%), sowie auf eine möglichst vollwertige Ernährung (75%). In seiner Freizeit liest er (86%) und hört Musik (58%), sieht kaum fern (45% weniger als eine halbe Stunde täglich). Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen aber auch, daß sich die LeserInnen der taz in zwei große Segmente teilen lassen: Die langjährigen AbonnentInnen, die mit der taz älter werden, mitten im Berufsleben stehen und relativ gut verdienen und der »taz Nachwuchs«, der aus Jüngeren, meist StudentInnen, besteht.

So wenig spektakulär diese Ergebnisse sind, so erstaunlich ist doch das Verhältnis der taz-AbonnentInnen zu ihrer Zeitung: Die taz wird von ihren Leserinnen geliebt. Gefragt nach ihrer »emotionalen Nähe« zur taz stufen sich 67% der LeserInnen auf einer Sechser-Skala bei 1 (sehr nah) und 2 ein. Für fast alle befragten LeserInnen ist die taz mit ihrer genossenschaftlichen Organisationsform ein Projekt, das sie auch aus Solidaritätsgründen unterstützen.

Daneben wird natürlich das redaktionelle Angebot der taz geschätzt, besonders als Medium der politischen Hintergrundberichterstattung. Gute Noten für die journalistische Qualität gibt es auch in den Bereichen Dritte Welt, Ökologie und Auslandsberichterstattung. Darüber hinaus machen Überschriften, Fotos und die spezielle Sprache der taz in den Augen der LeserIn das markante Profil der Zeitung aus. Insgesamt gilt die taz als informativ, engagiert, unkonventionell, links und frech. Sie wird immer noch in hohem Maße als Medium der Gegenöffentlichkeit angesehen, das Nachrichten bringt, die in anderen Medien verschwiegen werden.

LESEN ALS SYMBOLISCHE POLITIK

Doch sind das die alleinigen Gründe, die taz zu lesen und nicht etwa die Frankfurter Rundschau? Das Dortmunder Team kommt zu dem Schluß, daß taz-lesen eine Form symbolischer Politik ist. Deutlich wird dies, wenn man das taz-Publikum in das System der aktuellen Milieu- und Lebensstilforschung einpaßt, taz-LeserInnen finden sich vor allem im Milieu der SelbstverwirklicherInnen. Sie sind eher unter 40 Jahre alt, halten nichts von Konventionen, nehmen Geld und Status als Mittel der Selbstverwirklichung, sind vorwiegend »Kopfarbeiter«, haben mit Computern zu tun oder arbeiten im sozialen Bereich.

Viele Angehörige dieses Milieus sind StudentInnen, leben in Wohngemeinschaften und schätzen die »neue Kulturszene« (freies Theater, Kleinkunst), lehnen die »Massenkultur« ab, ebenso wie eingefahrene Argumentationsfiguren und Formen konventioneller Politik. Hier findet sich das Kernpublikum der Grünen. Orientierungen in diesem Milieu lassen sich als radikaldemokratisch und reformorientiert beschreiben – ebenso wird die taz gesehen. Stil und Ästhetik kommen den SelbstverwirklicherInnen entgegen. Mit dem Lesen der taz grenzen sie sich ab von der Masse der Etablierten, der Widerstand wird mit der taz-Lektüre symbolisiert.

Die taz wird also gelesen und geradezu geliebt, weil sie »anders« ist, sich durch Nachrichtenauswahl, Form der Berichterstattung und auch durch das Image von allen anderen überregionalen Tageszeitungen unterscheidet. Diese Andersartigkeit beizubehalten und immer wieder zu betonen ist nach Ansicht der Dortmunder Gruppe eine Daueraufgabe für die Zukunft. Dazu gehört die Funktion als Medium der Gegenöffentlichkeit und die Abgrenzung zu anderen Medien, auch das Hervorheben des genossenschaftlichen Projektcharakters der taz. ●

TAZ-DOKUMENTATION IM MÄRZ

Eine ausführliche Dokumentation der verschiedenen Befragungen wird in Form einer Broschüre derzeit fertiggestellt. Ab März dieses Jahres kann sie angefordert werden bei der
taz Verlagsgenossenschaft
Kochstraße 18 · 10969 Berlin
oder beim
Institut für Journalistik
c/o Bernd Blöbaum · Universität Dortmund
Emil-Figge-Straße 50 · 44227 Dortmund

Anzeige

feministische und antifaschistische
Comix & Cartoons

Zwei Sammelbände mit Beiträgen überwiegend unbekannter ZeichnerInnen. Ein Band zum Themenschwerpunkt Antifaschismus. Ein zweiter zum Themenschwerpunkt Patriarchatskritik mit Comics ausschließlich von Frauen.

Der Antifacomic kostet als Einzelexemplar 15 DM, für WiederverkäuferInnen 11 DM, ab 5 Exemplaren kostet jedes Exemplar für jedeN 11 DM.
Der feministische Comic kostet als Einzelexemplar 12 DM, für WiederverkäuferInnen 9 DM, ab 5 Exemplaren kostet jedes Exemplar für jedeN 9 DM.

In diesen Preisen sind Porto und Verpackung enthalten. Am liebsten verschikken wir -gerade in kleinen Mengen- gegen Vorkasse (Verrechnungsscheck), weil wir dann keine Arbeit mit Rechnungen haben. Selbstverständlich liefern wir aber auch auf Rechnung.

Adresse:
Kunst Kultur Kommunikation e. V.
Schwarzer Bär 6
30449 Hannover

LORA MÜNCHEN:

So funktioniert Medienpolitik

Seit dem 8. Oktober sendet Radio Lora als sogenannter Programmzulieferer im Münchner Lokalfunk auf der Frequenz 89,0 MHz. Was dort von Montag bis Freitag zwischen 18 und 20 Uhr zu hören ist, erregte schon im Vorfeld das rechte medienpolitische Gemüt. Von Revolution und Inzucht war die Rede. Kurz vor Jahresende stand nun die Neuordnung des privaten Münchner Hörfunks und damit die Zukunft von Lora auf der medialen Tagesordnung.

Ungläubiges Staunen in den Gesichtern der kleinen Delegation von Radio Lora während der Medienratssitz der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) Mitte Dezember des vergangenen Jahres. Hatte doch dieses fünfzigköpfige, mehrheitlich konservative Gremium – zuständig für die Vergabe der Lizenzen des privaten Rudfunks in Bayern – einstimmig beschlossen, Radio Lora ab 1. März eine Sendelizenz mit achtjähriger Laufzeit für die Münchner Hörfunkfrequenz 92,4 MHz zu erteilen. Ungläubiges Staunen ob der Nichtbeachtung Loras durch den reaktionären Flügel des Medienrats um CSU-Generalsekretär Huber und Innenstaatssekretär Regensburger. Nicht eine Andeutung von Widerspruch. Verdrängt schien der jahrelange medienpolitische Streit um die Zulassung eines sogenannten linksalternativen Radiosenders, vergessen Hetze, Anfeindungen und Diffamierungsversuche. Bevor jedoch die Lora-Leute in Selbstzweifel verfallen konnten, wurde schnell klar, warum sie ausnahmsweise einmal kein Thema waren. Eine Hand wäscht immer wieder die andere, und das geht um so besser, wenn die Rechten gleichzeitig doch noch irgendwo draufhauen können.

DIE »STAMMWÄHLERSCHAFT«

Der Reihe nach: Radio Lora wird zusammen mit Radio Feierwerk und der Jazzwelle Plus auf der 92,4 MHz senden, dort, wo sich bislang – neben der Jazzwelle – Radio Arabella mit deutscher Schlagermusik zum meist gehörten Privatsender in München entwickelt hat. Welches Publikum Arabella hört, wissen alle spätestens, seit CSU-Huber von der Stammwählerschaft sprach und die Stammhörerschaft meinte. Ab März wird Arabella dann auf der neuen, sehr reichweitenstarken Wellenlänge 105,2 MHz von über zwei Millionen Menschen zu empfangen sein – eine Goldesel-Frequenz, wie SPD-Medienrat Warnecke meinte. Zusätzlich steigt Deutschlands Medien-Multi Nummer eins und CSU-Spezl (CSU-Freund) Leo Kirch bei Arabella ein, »um die Meinungsvielfalt zu erhöhen«, so die BLM. Damit auch dieser Deal über die Bühne gehen konnte, machte Huber noch einmal rasch die Zusammenhänge klar. Auf der 92,4 passe ihm auch nicht alles, aber liberal, wie die CSU nun einmal sei, ginge das schon in Ordnung. Gerüchte über angebliche Bestechungen bei der Verteilung der Hörfrequenzen seien hier nur ganz am Rande erwähnt.

Was Huber nicht paßte, war »Die geile Messe« des Kabaretts Fernrohr im Feierwerk. Der CSU-General empörte sich, daß auf »auf unserer eigenen Religion herumgetrampelt werde«, wenn da von »Weihrauch-Kiffern« die Rede ist, »die das Jenseits verkaufen wie Wolldecken bei einer Kaffeefahrt«. Die BLM prüft nun diesen Fall, wie es heißt. Über die Aufteilung der Sendezeiten auf der 92,4 entscheidet der Medienrat dann Anfang Februar...

RADIO Z IN SCHWIERIGKEITEN

Geprüft wird auch in Nürnberg, dort aber von der Staatsanwaltschaft. Dank der Denunziation einer Erlangerin hätte der reaktionäre BLM-Flügel dem linken Lokalsender Radio Z am liebsten gleich während jener Medienratssitzung, die Lizenz entzogen. Die brave Bürgerin hatte sieben Wochen lang die »Lederserie« der schwulen Redaktion Fliederfunk mitgeschnitten und säuberlich abgetippt. Mancher Medienrat las gedankenverloren die Manuskripte über sadomasochistische Sexualpraktiken. Hatten die Medienwächter sich beim Thema Lora noch ein taktisches Schweigegelübde auferlegt, um sich bei Feierwerk warmzuschiessen, so traf Radio Z der Haß der schwarzen Arabella-Freunde. Daß der Nürnberger Alternativsender vorerst nicht abgesägt wurde, verhinderte die Vorsitzende des bayerischen Journalistenverbandes, Frauke Ancker, durch Kenntnis der Geschäftsordnung: Radio Z stand ursprünglich gar nicht auf der Tagesordnung. Der Medienrats-Vertreter der grünen Landesfraktion, Claus Haupt, sieht jetzt die Zeit zur persönlichen Generalabrechnung mit dem Nürnberger Sender kommen. Haupt, früher selber lange aktiv bei Radio Z und nun im Streit mit dem neuen Vorstand, schloß sich der allgemeinen Treibjagd an und ließ über die Nürnberger Nachrichten verlauten, er plädiere für eine Generalüberholung des Senders. In einem offenen Brief antwortete Radio Z, Haupt meine damit wohl ein hierarchisches Chefredaktionsmodell und beteilige sich an der »Liquidierungsstrategie gegen ein unbequemes Medium«. Notwendig sei »nicht eine Radikalkur bei Radio Z, sondern bei den politischen Strukturen in Bayern«.

Die Lora-Geschäftsführung triumphiert. Glaubt sie doch, durch interne Abmahnungen und vorauseilenden Gehorsam gegenüber der BLM Lora etwas Gutes getan zu haben. Als Beweis muß Radio Z herhalten – der Sponti-Sender, wo alle machen, was sie wollen und jetzt dafür die Quittung erhalten. Vielleicht täuscht sich der Zensor, wenn er glaubt, daß alle weiterhin machen werden, was er will. ●

t.r.

Aus Stadtratte München Nr. 19/94

GÖTTINGEN:

Neues StattRadio

1994 soll es erstmals in der Geschichte der Stadt einen eigenen Radiosender in Göttingen geben. Der Verein für Medienkultur Südniedersachsen, der am 25. Oktober von dreizehn GöttingerBürgerInnen gegründet wurde, strebt dieses Ziel mit dem nichtkommerziellen »StattRadio Göttingen« an.

Möglich wurde diese Initiative nach dem 6. Oktober, als in Hannover das Niedersächsische Landesrundfunkgesetz novelliert wurde. Das Gesetz sieht Betriebsversuche zur Einrichtung von nichtkommerziellem lokalem Hörfunk und offenen Kanälen vor. Über die Vergabe der Sendefrequenz an das StattRadio Göttingen kann aber erst entschieden werden, wenn die neu zu konstituierende Versammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt zusammentritt. Dies wird voraussichtlich nicht vor Mitte Januar 1994 der Fall sein.

Das StattRadio Göttingen soll eine sinnvolle und unverzichtbare Ergänzung zum bestehenden dualen Rundfunksystem mit dem landesweiten öffentlich-rechtlichen NDR und den kommerziellen Privatsendern Radio ffn und Antenne Niedersachsen werden.

Es wird werktags und an Wochenenden rund um die Uhr ein buntes Vollprogramm ausgestrahlt. Im Mittelpunkt steht die lokale Berichterstattung aus der Stadt und den umliegenden Kreisen. Von 7 bis 11 und von 17 bis 22 Uhr werden zahlreiche Neuigkeiten, aktuelle Hintergründe und spannende Features zu Themen der Zeit aus der Region übertragen. Infos für Stellen- und Wohnungssuchende, SchülerInnen und StudentInnen, Yuppies, Punks und ältere Leute runden das Programm ab.

Sport-, Kino-, Party-, Kultur- und Disco-News werden regelmäßig ausgestrahlt und von viel Musik umrahmt sein. Lokal-Prominenz, PolitikerInnen, Musikgruppen und KünstlerInnen werden nach 20 Uhr Gelegenheit haben, live im Studio zu sitzen, wenn es zu diversen Schwerpunktthemen heiß hergehen wird.

StattRadio Göttingen, das heißt auch: direkte BürgerInnenbeteiligung an lokalen Rundfunksendungen und ständige Präsenz gemeinnütziger lokaler Initiativen und Vereine im Radio. Der neue Sender kann nach Einschätzung seiner GründerInnen einen wertvollen Beitrag zur Kommunikation und einen lebendigen interkulturellen Austausch vor Ort leisten.

Zu erreichen ist die Station über folgende Anschrift: StattRadio Göttingen, Verein für Medienkultur Südniedersachsen, Weender Str. 30, 37073 Göttingen, Tel. 0551/5 51 21, Fax 0551/4 48 71. ●

SOZIALABBAU:

SoPoFo '93

Im Westen nichts Neues

Kürzungen im Sozialbereich haben im westlichen Teil Deutschlands bereits längere Tradition. Wie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen belegt, hat vor 20 Jahren die SPD-Regierung mit dem Sozialabbau begonnen. Der Autor vergleicht die Geschichte des laufenden Sozialabbaus mit der offenbar zunehmenden Entsolidarisierung der Betroffenen.

Wolfgang Scherer, Redaktion Sozialpolitik ● Wichtig als Ausgangspunkt für die gesamten gesetzlichen Änderungen, die im Bereich der sozialen Sicherung vorgenommen wurden, ist das Jahr 1974 – also 20 Jahre zurück. Das war im Westen der Beginn der Massenerwerbslosigkeit, 500.000 Erwerbslose hatten wir in jenem Jahr. Speziell gab es zu jener Zeit die Jugendarbeitslosigkeit, d.h. jene, die von der Schule abgingen und keine Ausbildungsplätze fanden. Die ersten regierungspolitischen Reaktionen auf die beginnende Massenerwerbslosigkeit und auf die beginnende Verarmung größerer Bevölkerungsteile wurde 1976 vorgenommen: Es gab die ersten Einschränkungen im AFG (Arbeitsförderungsgesetz) und im BSHG (Bundessozialhilfegesetz) mit dem sogenannten »Haushaltsstrukturgesetz«.

Wir werden jetzt mit einigen Gesetzen konfrontiert werden, die jeweils anders genannt werden, die aber bis hin zum heutigen »Spar-, Konsolidierungs- und Wachstums-Programm-Gesetz« (SKWPG) das gleiche beinhalten, nämlich Kürzungen im Sozialbereich. Die SPD eröffnete 1976 mit dem Haushaltsstrukturgesetz die ersten Einschränkungen im AFG und kleineren Veränderungen im BSHG, 1977 wurde bei der Krankenversicherung zu sparen begonnen mit dem »Krankenversicherungs- und Kostendämpfungsgesetz«, 1978 kamen das »Rentenanpassungsgesetz« und zwei neue Gesetze zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes mit Verschlechterungen, 1979 ein erneutes Rentenanpassungsgesetz mit tendenziellen Verschlechterungen, 1982 (noch immer unter der SPD/FDP-Regierung) das »Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz«, das sich auf die Krankenversicherung auswirkte sowie das »2. Haushaltsstrukturgesetz« mit Einsparungen beim BSHG und bei den Renten. Dann das »Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz« mit Einsparungen beim AFG, das »Rentenanspassungsgesetz« mit Einsparungen bei den Renten. 1983 folgten dann (unter der CDU/CSU/FDP) das Haushaltsbegleitgesetz mit Einsparungen bei AFG, BSHG, Renten und der Krankenversicherung. 1984 ein weiteres Haushaltsbegleitgesetz mit Einsparungen bei AFG, dem BSHG, den Renten und der Krankenversicherung. In der Folgezeit gab es etwa 17 Gesetzesänderungen beim AFG, 7 Rentenveränderungen, 4 Krankenversicherungsänderungen – es gab allerdings auch einige Umschichtungen und einige wenige Verbesserungen, die aber inzwischen alle wieder zurückgenommen wurden. Das heißt, daß wir seit 1984 etwa 34 Gesetzesänderungen haben, die den Abbau sozialstaatlicher Sicherung beinhalten.

Der kurze Abriß über die massenhaften Veränderungen bei den Sozialleistungsgesetzen erscheint mir notwendig, da ich die aktuelle Situation so interpretiere, daß wir keine substantielle Änderung beim Abbau der Sozialpolitik haben. Wir haben natürlich ganz gravierende Änderungen, und was das AFG anbetrifft, überhaupt die bisher gravierendsten – dies paßt sich aber ein in eine Veränderung der Sozialpolitik und der Sozialen Sicherung in der Bundesrepublik, die letztlich seit 1976 läuft.

REAKTION DER BETROFFENEN

Wenn ich behaupte, daß sich zwischen 1975 und heute am Abbau des Sozialstaates nichts wesentlich verschlechtert habe, müssen wir unsere Aufmerksamkeit nun darauf richten, wie die Reaktionen der Bevölkerung bzw. der Betroffenen in diesen annähernd zwei Jahrzehnten waren. In Diskussionen mit Leuten aus dem Osten werden wir Westler häufig mit dem Argument konfrontiert, die ehemalige DDR sei von der Erwerbslosigkeit überfahren worden, während wir im Westen daran gewöhnt seien. Dies ist sicherlich richtig. Es ist auch zutreffend, daß es im Westen so etwas wie ein abstraktes Wissen um die Gefahr, erwerbslos zu werden, gab und gibt – als allgemeines Risiko des Kapitalismus. Aber: Seit Ende der 50er Jahre gab es im Westen Vollbeschäftigung und die Erwartung, daß es mit der Vollbeschäftigung so weiter ginge. Eine Erwartung, die von der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung lange Zeit auch bestätigt wurde. Ferner wirkte diese Erwartung als ideologische Klammer, die die Gesellschaft einte. Die Risiken, mit denen die Lohnarbeit behaftet ist, schienen also wirklich abstrakt. 1966/67 gab es die ersten großen Verunsicherungen durch die Krisen bei Kohle und Stahl. Das Krisenmanagement fand noch schnell Lösungen und die Krisenbewältigung war verhältnismäßig einfach: Die erwerbslos gewordenen erhielten umgehend Arbeit bei VW in Wolfsburg. Als nach 1973 die umfassenden Strukturkrisen begannen, gab es von Anfang an große Verunsicherungen in der Bevölkerung. Insbesondere daher, daß letztlich doch niemand auf solche Arbeitsmarktrisiken eingerichtet war, daß das abstrakte Wissen wenig half, als es um den Arbeitsplatzverlust in ganzen Regionen oder Branchen ging, z.B. bei den Werften. Binnen kürzester Zeit hatten wir 500.000 Erwerbslose, wenig später bereits eine Million. Die Reaktionen der Betroffenen waren durchaus unterschiedlich. Wir hatten einerseits die Schuldzuweisungen, die der/die Einzelne an sich selbst vornahm, die die Gesellschaft dem Einzelnen aufbürdete, die der/die NachbarIn dem/der NachbarIn zuwies; die ganze Konkurrenz am Arbeitsplatz – wer wird entlassen, wer kann bleiben. Wir treffen zu dieser Zeit in der Öffentlichkeit auf die erste heftige Diskussion über die »Soziale Hängematte«, d.h. die Unterstellung, die wir auch jetzt wieder haben, daß Leute die erwerbslos sind, sich nur einen schlauen Lenz machten und die Sozialleistungen ausnutzen würden. Es gab eine massive Hetze durch die Presse von der Bild-Zeitung bis zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung gegen SozialhilfebezieherInnen und Erwerbslose.

Parallel, aber im Gegensatz hierzu, gab es eine Aktivierung der Betroffenen dahingehend, daß es gar einige Werkbesetzungen gab, aktive Kämpfe um die Erhaltung der Arbeitsplätze in den Betrieben und ein Drängen auf Umgestaltung der Produktion hin zu zukunftsträchtigen Produkten. Also eine werks- und standortbezogene Aktivierung. Daneben aber existierte die Vereinzelung und Hilflosigkeit der Betroffenen.

GRÜNDUNG VON INITIATIVEN

Gesamtgesellschaftlich hatten wir seit Beginn der 70er Jahre im Westen eine Bewegung, die unter dem Begriff »Bürgerinitiativ-Bewegung« und später »Alternativbewegung« zu fassen ist. D.h., wir hatten ein Engagement Einzelner, sich in Gruppen zu organisieren mit dem Ziel, Veränderungen zu bewirken in Bereichen wie Leben, Wohnen, Arbeit, Verkehr, Umwelt, Erziehung. Die Initiativbewegung mündete, Ende der 70er/Anfang der 80er, in die Alternativbewegung, in der neue Energiekonzepte, veränderte Arten des Produzierens, neue Konzepte sozialer Sicherung u.a.m. diskutiert und realisiert wurde. Die AG SPAK ist eines der Sammelbecken, in dem wir all die Themen aus jener Zeit wiederfinden.

Was die spezielle Entwicklung der Initiativbewegung gegen Arbeitslosigkeit und Armut betrifft, hatten wir in der Vor-ABM-Zeit (also 1983/84) ein sehr reges Initiativleben. Die Entstehung sowohl der Sozialhilfe- als auch der Arbeitsloseninitiativen datiert Ende der 70er Jahre. Sehr schnell bildeten sich in der Diskussion zwei Schwerpunkte heraus, die zugleich Gegensätze markierten: Die Forderung nach Arbeit und/oder die Forderung nach Geld. Dies ist eine Diskussion, die auch heute noch eine Bedeutung in den Initiativen hat. Bei den Arbeitsloseninitiativen war beispielsweise auf dem 1. Bundeskongreß 1982 in Frankfurt/M. die Frage »Arbeit für alle« oder »ausreichende existentielle Absicherung für alle (Existenzgeld)« als direkter Gegensatz eines der Hauptthemen. Was die Forderung nach Existenzgeld anbetrifft, so ist diese noch heute von zentraler Bedeutung. Was die »Arbeit für alle« anbetrifft, gibt es seit dem Versuche, sich über Arbeitsprojekte, Firmengründungen usw. Arbeitsplätze zu verschaffen. Die Auseinandersetzung Arbeit oder Geld fand im Verlauf der 80er insoweit eine Teillösung, als daß die Erwerbslosenbewegung sich aufteilte: Initiativen, die Arbeitsprojekte anstrebten, gingen ihren eigenen Weg; die Initiativen, die eher die aktuelle, materielle Situation der Erwerbslosen im Auge hatten, machten eher die Frage der existentiellen Absicherung zu ihrem Gegenstand. Die Bewegungen haben sich auseinanderentwickelt.

Wir haben nun den Sachverhalt, daß Anfang der 80er die Verhältnisse genau so waren, wie sie auch heute sind. Daß auch die finanzpolitischen Reaktionsweisen die gleichen sind. Damals aber konnten wir noch auf eine relativ große Bewegug des Widerstandes bauen. Widerstand gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzabbau und gegen Ausgrenzung formierte sich überall und aus den verschiedensten (Begründungs-)Zusammenhängen heraus. Und dieser Widerstand hielt bis Mitte der 80er Jahre. Seitdem haben wir einen Rückgang im Initiativ-Wesen und des Initiativ-Werdens. Mit dem Ergebnis, daß die aktuellen Kürzungsdiskussionen oder die massiven Veränderungen in den neuen Ländern nur noch von den direkt Betroffenen oder dem jeweiligen direkten sozialen Umfeld aufgegriffen wurden. Und dieses Aktiv-Werden hat keine größere Vernetzung mehr zur Folge. Was unsere West-Geschichte anbetrifft, haben wir also eine vollständig veränderte Situation auf der Betroffenenseite. Die Reaktionen sind immer stärker individuell und individualisert; wenn es überhaupt welche gibt, sind sie Einzelerscheinungen.

Foto: Andreas Küstermann

AN DEN SOZIALABBAU GEWÖHNT

Ich möchte folgenden Schluß ziehen: Mit dem Ergebnis, daß der Sozialabbau bei uns im Westen nicht Neues ist, möchte ich sagen, daß bei uns ein fataler Gewöhnungsprozeß ablief. Daß man sich daran gewöhnte, daß Sozialleistungen heruntergefahren werden, daß es Verschlechterungen gibt.

Mit dem Gewöhnungsprozeß, daß es alle Jahre wieder eine Verschlechterung bei den Sozialleistungen gibt, verbindet sich, daß einem die ständigen Kürzungen irgendwann zum Halse heraus hängen. Mit der Folge, daß Sozialpolitik als Thema, an dem eine Organisierung notwendig wäre, bei dem eine kritische Haltung erforderlich wäre, inzwischen absolut exotisch ist. Dies wird besonders auffällig, wenn wir uns beispielsweise den letzten Sommer ansehen: In Sachen Asylpolitik war es noch möglich, am Mittwoch der Abstimmungswoche eine vehemente und bundesweite Aktivität zu entwickeln. Es gab große Aktionen und viele fühlten sich angesprochen, gegen diese Asylpolitik anzukämpfen – mit Recht. Am Freitag der gleichen Woche gab es die Abstimmung zum Föderalen Konsolidierungsprogramm – und da stand (mit Ausnahme einiger Sozialhilfeinitiativen) niemand mehr auf der Straße. Wir haben in der Gesellschaft eine sonderbare Wahrnehmung: Es gibt Probleme, die skandalisiert werden und solche, die werden es nicht. Ich glaube, daß dies etwas mit dem Gewöhnungsprozeß zu tun hat, mit 20 Jahren Sozialabbau, Verarmung, Entsolidarisierung. Und alles weitere, was von unserer Seite passieren könnte, was an Organisation und Aktivitäten notwendig wäre, muß diesen Sachverhalt berücksichtigen. Die Tatsache, daß auf dieser Tagung so wenig Initiativen aus dem expliziten Bereich Erwerbslosigkeit und Armut vertreten sind und daß dieser Initiativbereich bundesweit nicht mehr stark ist, muß uns zu denken geben. ●

BEDEUTUNG DER SOZIALEN GRUNDSICHERUNG

»Zur Sache der Betroffenen machen!«

Die soziale Grundsicherung ist angesichts der steigenden Zahl von Arbeitslosen eine sozialpolitische Forderung von immer größerer Bedeutung. Im Vergleich wird deutlich, daß die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen primär eigene Interessen verfolgen in der Debatte um eine Grundsicherung und sie nicht zur Sache der Betroffenen machen wollen.

Rainer Roth, Redaktion Sozialpolitik ● Die Einführung einer sozialen Grundsicherung wäre eine notwendige Weiterentwicklung des Sozialversicherungssystems und der Sozialhilfe auf kapitalistischer Grundlage.

In die Sozialversicherung würden Sockelbeträge in Höhe des Existenzminimums eingebaut, die nicht unterschritten werden dürfen. Das Bundessozialhilfegesetz würde auf eine modernere Stufe gehoben.

Charakteristisch für die Grundsicherung ist, daß sie

1) wegkommt von der Verantwortlichkeit der Familie für die Armut ihrer Mitglieder;
2) wegkommt von der individuellen Schuldzuschreibung und Diskriminierung und dem damit verbundenen Einzelantrag und
3) die Vergabe entbürokratisiert. Das gesellschaftliche Existenzminimum wird von Staats wegen oder von Seiten einer Versicherung zugestanden und muß nicht mehr durch zahllose individuelle Anträge erbettelt werden.

Die Grundsicherung entspricht dem Interesse der ausgesonderten Teile der Bevölkerung, der Armutsbevölkerung. Sie würde ihre Lage erheblich erleichtern. Sie ist eine sozialpolitische Forderung von immer größerer Bedeutung, weil die Zahl der Arbeitslosen zunimmt.

BürgerInnengeld ist keine Grundsicherung

Wenn sich Vertreter der CDU (Biedenkopf oder CDA – Christlich Demokratische Arbeiterschaft) oder der FDP für ein »BürgerInnengeld« als Grundsicherung aussprechen, dann um Lohnnebenkosten (Sozialversicherung) zu senken bzw. Spielraum für Lohnsenkungen zu erhalten, den Markt für billige Teilzeitarbeitskräfte auszudehnen und Sozialleistungen zu kürzen. Sie stellen die Forderung nicht im Interesse aller »BürgerInnen«, sondern eines Teils der »BürgerInnen«, der ArbeitgeberInnen.

Eine Grundsicherung, die diesen Namen verdient, muß die Grundbedürfnisse auf einem Niveau über der Sozialhilfe abdekken. In diesem Sinne steht das »BürgerInnengeld« in klarem Gegensatz zu einer Grundsicherung.

Obwohl die Höhe der Grundsicherung eine bedeutende Rolle spielt, wollen wir uns doch im folgenden in erster Linie mit der Frage beschäftigen, wie die Forderung nach einer »sozialen Grundsicherung« zur Sache der »Betroffenen« selbst gemacht werden kann.

Grundsicherung aus Mißtrauen vor den Armen

Für die Forderung nach Grundsicherung gibt es heute eine gemeinsame Basis von Wohlfahrtsverbänden (insbesondere dem DPWV und der Caritas), dem DGB und den BAG's der Sozialhilfeinitiativen bzw. der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit.

Bis jetzt wird die Grundsicherung von Seiten der Wohlfahrtsverbände und des DGB in erster Linie als Appell an »den Staat« bzw. die CDU-Bundesregierung vorgebracht, potentiellen Gewalttätern und potentiellen Wählern der Nazis unter den Armen durch höhere Sozialleistungen das Wasser abzugraben. Vorsichtig die Caritas: »Auf längere Sicht stehen aber...zusätzlichen Ausgaben zur Bekämpfung der zunehmenden Verarmung Vorteile für die Gesellschaft gegenüber. Sie vermeiden die Herausbildung einer Unterschicht, die den gesellschaftlichen Normen keine Bedeutung mehr beimißt; ... sie vermeiden Elend und Not, deren Vorhandensein in einer reichen Gesellschaft auch die Bessergestellten nicht unberührt läßt« (Caritas-Armutsuntersuchung, Caritas Heft 10/1992, S. 465 f.).

Deutlicher der DGB: »Den Ärmsten der Armen kann so deutlich gemacht werden, daß wir ihre Sorgen und Nöte ernst nehmen und Wege aufgezeigt werden, die zu einem umfassenden Konzept einer menschenwürdigen Mindestsicherung führen...Soziale Nöte hingegen schaffen mehr Boden für Gewalt, wie nicht zuletzt die jüngste Entwicklung zeigt« (DGB November 1992 S. 20).

All das bedeutet: aus Mißtrauen gegen die Armen, aus Furcht vor Faschismus soll es zur Grundsicherung kommen. Fatal, weil man mit diesen Argumenten die Nazis geradezu aufwertet. Denn nicht wegen der Arbeitslosen und ihrer Grundbedürfnisse setzt man sich für sie ein, sondern wegen der Gefahr, daß Reps oder andere stärker werden. Also vermittelt man den Armen, daß man etwas für sie tut, weil es Nazis gibt. Das verleiht den Nazis Stärke und kann dazu führen, daß sie eben deshalb gewählt werden, weil sie »etwas in Bewegung bringen«. Zudem ist es eine Verleumdung, weil die hauptsächliche Entwicklung dartin besteht, daß sich die Armutsbevölkerung von allen Parteien, von »den PolitikerInnen« überhaupt abwendet. Sofern faschistische Organisationen gewählt werden, dann aus einer Haltung der Passivität heraus, um die etablierten Parteien auf Trab zu bringen. Genau das wird aber durch die Argumentation des DGB und der Caritas gefördert.

Kein Wunder, daß man mit dieser Einstellung versucht, Aktivitäten der Armen möglichst kleinzuhalten bzw. sie zu kontrollieren. Wie kann man »Anwalt der Armen«, »Schutzmacht der kleinen Leute« oder Interessenvertreter von Menschen sein, wenn man ihnen mißtraut? Die Wahl von Naziparteien wird aber durch all diejenigen begünstigt, die Menschen in Passivität halten.

Grundsicherung zum Schutz der Reichen

Die Grundsicherung wird als Mittel des Schutzes vor den Armen propagiert. Damit korrespondiert, daß sie angeblich den Interessen der Reichen entsprechen soll. Huster formuliert das auf akademisch so: »Es gibt die soziale Hierarchisierung« – er meint Reiche und Arme, Milliardäre auf der einen, Arbeitslose auf der anderen Seite. »Eine derartige Hierarchisierung wird nur dann sozial akzeptiert werden können, wenn sie auf einer Absicherung von Mindestrechten für alle beruht.« (Ernst-Ulrich Huster, Neuer Reichtum und alte Armut, Düsseldorf 1993, S. 145) »Auf einem solchen Fundament von sozialen Mindestrechten können sich dann soziale Hierarchien erheben und auch verfestigen«, sagt er weiter (S. 150). Grundsicherung also letztlich, damit die bestehenden Eigentumsverhältnisse nicht gefährdet werden und die Reichen immer reicher werden können und dadurch ihre »Hierarchie verfestigen«.

Fortsetzung auf Seite 8

SOZIALPOLITISCHES FORUM 1993

SoPoFo '93

Liste der anwesenden/vertretenen Projekte/Vereine/Verbände/Initiativen

AG SPAK – Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise e.V., Adlzreiterstr. 23, 80337 München.

Die AG SPAK ist ein bundesweiter Zusammenhang sozialpolitischer Initiativen:
- Treffen & Seminare
- Zeitschrift & Rundbriefe
- Verlag
- Geschäftstelle & Kontaktadressen;

AG SPAK – Arbeitskreis Freire-Pädagogik;

- **Ambulante Dienste e.V.**, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin;
- **Arbeitslosenselbsthilfe**, Spitalmühlweg 21, 88131 Lindau;
- **Arbeitslosenverband Deutschland** – Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Wolfgang-Heinze-Str. 10, 18437 Stralsund;
- **Adjuvamus Berlin e.V.** – Soziale Brennpunkte, Sollingzeile 7, 13589 Berlin;
- **Auftakt Gruppe Heidelberg**, c/o BUND, Hauptstr. 42, 69117 Heidelberg;
- **ABM »Frauen und Wohnen«** bei ReFIT e.V., Wildenbruchstr. 15, 07743 Jena;
- **AGAB e.V.**, Grenzstr. 122, 28203 Bremen;
- **Arbeitslosenzeitung quer**, Günthersburger Allee 22, 60312 Frankfurt/Main,
  Seit 1985 überregionale und unabhängige Monatszeitung für Arbeitslose:
  - dokumentiert die Treffen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut
  - Existenzgeld und Garantiertes Mindesteinkommen für alle Menschen – 13 Thesen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten (1 DM in Briefmarken);
- **Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde**, 21369 Nahrendorf:
  Das Spannungsfeld von Autonomie und Bildung soll unsere Gedanken bewegen. Diesmal wollen wir den Blick besonders auf den Begriff der Autonomie richten und ihn und uns dazu näher befragen:
  - Wie bildet und entwickelt sich persönliche und gesellschaftliche Autonomie?
  - Wo liegen die Ursachen zur Verhinderung von Autonomie?
  - Warum gibt es den Zustand, daß Menschen zusammen leben und doch getrennt voneinander sind?
  - Wann und wo ist unser Denken und Handeln autonom und solidarisch?
- **Bildungsvereinigung Arbeit und Leben**, Steingraben 13, 37308 Heiligenstadt;
- **Buntstift e.V.**, Groner-Tor-Str. 31-32, 37073 Göttingen;
- **Bundestreffen der selbstverwalteten Schreinereien**, c/o Andreas Küstermann, Hauptstr. 106, 69117 Heidelberg;
- **Brandenburgisches Institut für Umschulung und Fortbildung**, Schopenhauer Str. 27, 14467 Potsdam;
- **Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen**, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt,
  - Zusammenschluß von ca. 300 Initiativen
  - Bundes- und Koordinierungstreffen
  - regelmäßige Informationen;
- **Brandung** – Werkstatt für politische Bildung e.V., Lindenstr. 53, 14467 Potsdam;
- **CONTRASTE** – Monatszeitung für Selbstverwaltung, Postfach 104520, 69035 Heidelberg;
- **Entwicklungsdienst Theater-Methoden – Theater der Unterdrückten** – Fritz Letsch, Pariser Str. 23, 81667 München;
- **Gesellschaft zum Schutz von Menschenrechten**, Förderkreis Senioren, Hafersteig 1a, 12683 Berlin:
  Koordination des Ostdt. Kuratoriums der Verbände, ein Zusammenhang von ca. 70 ostdeutschen Initiativen und Verbänden: »Ostdeutsches Manifest«;
- **Geldwerkstatt im FBF Nürnberg**, Hessestr. 4, 90443 Nürnberg;
- **Gasthof Eulenspiegel/Modell Wasserburg**, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg/Bodensee;
- **Handwerkergenossenschaft**, Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 68165 Mannheim;
- **IDA – Initiative der Arbeitslosen und -suchenden**, c/o MALZ, Blutenburgstr. 65, 80636 München;
- **Institut für Beratung und Projektentwicklung**, Kaulbachstr. 85, 81541 München;
- **Jobbörse Kreuzberg und Prenzlauer Berg Berlin**, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin;
- **Jugendhilfe e.V.**, Uelzenerstr. 10, 29562 Suhlendorf;
- **Junge Welt – die ostdeutsche Tageszeitung**, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin;

Fortsetzung von Seite 7:

»Zur Sache der Betroffenen machen!«

SoPoFo '93 Foto: Andreas Küstermann

In diesem Zusammenhang wird auch der soziale Frieden als Standortfaktor bezeichnet, der die Produktivität hebt. Oder wie Scharping sagt: »Wir wollen den sozialen Frieden als Grundkonsens unserer Gesellschaftsordnung stärken und ihn als Produktivfaktor nutzen« (Die Negativbilanz der Regierung Kohl – 11 Jahre Sozialabbau, Bonn 1993 S. 4).

Welche SozialhilfebezieherInnen wird man aber für einen sozialen Frieden mobilisieren können, der doch so offensichtlich zu ihren Lasten geht? Und so wird die Angst vor »Protestaktionen gegen soziale Ungleichverteilung und Chancenlosigkeit« durch die Armen geschürt, die schnell in die Ecke der Gewalt gestellt werden.

Unter diesen Umständen ergibt sich als starke Tendenz:

1) Wohlfahrtsverbände und DGB haben erhebliche Probleme, gemeinsam mit den Armen für deren Grundsicherung kämpfen.
   Man verzichtet nahezu völlig auf die Mobilisierung von sog. Betroffenen für ihre Interessen. Stattdessen baut man sich als »Schutzmacht« oder »Anwalt« auf, denen die Betroffenen vertrauensvoll ihre Geschicke überlassen sollen. Das aber nimmt dem Kampf für eine Grundsicherung einen bedeutenden Teil seiner möglichen Kraft.
2) Man beschränkt sich auf Appelle an die Einsichtsfähigkeit der Reichen (in Pressekonferenzen, Tagungen usw.), verzichtet nahezu völlig auf eine zündende Aufklärungsarbeit unter der Armutsbevölkerung und den Beschäftigten. Und man meidet die Straße.
3) Man sucht lieber, so gut es geht, die Zusammenarbeit mit intelligenten und aufgeklärten Unternehmern, die gegen ihre Interessen handeln bzw. man sucht Bündnispartner in Ministerien und Parteibüros.

Die Ergebnisse dieser »breiten Bündnisse« ohne und gegen die Armut sind teilweise absurd. Da nennen sich Zusammenschlüsse stolz »Sozialpolitische Offensive«, die nicht einmal gegen den Sozialabbau protestieren können. Mehr Wert legen sie auf »Armutsberichterstattung«. Auch wenn diese zweifellos eine positive Bedeutung hat, hat sie doch auch die Funktion, die schreckliche Bedrohung durch die Armen aufzuzeigen, die immer mehr werden und damit – zum Schutz der Reichen – eine Grundsicherung erforderlich machen.

Die Bedeutung von Kirchen und Gewerkschaften rückt sich durch die von ihnen vertretene Position zurecht. Sie haben jedenfalls nur insoweit Bedeutung, als in ihnen Schritte unternommen werden, die der Aktivierung und Mobilisierung der Armutsbevölkerung und der Lohnabhängigen für eine soziale Grundsicherung dienen. In dieser Richtung gibt es sicherlich zahlreiche Möglichkeiten, die auf keinen Fall ausgeschlagen werden können.

Grundsicherung als Sache der Armutsbevölkerung und der ArbeitnehmerInnen

Eine Grundsicherung, die diesen Namen verdient, wird es ohne den Kampf der »Ausgegrenzten« und der Lohnabhängigen nicht geben.

Wenn die Grundsicherung zu einer Sache der Arbeitslosen, der Armen und der Lohnabhängigen werden soll, dann muß es

1) eine breite und verständliche Propaganda dafür geben;
2) muß diese den Widerspruch zu den Interessen der Unternehmer formulieren und die Finanzierung der Grundsicherung durch sie verlangen;
3) muß sie mit dem Verteidigungskampf gegen Sozialabbau und offensiven Forderungen für Kürzungen bei den Reichen und
4) mit Aktionen verbunden werden.

Grundsicherung und die Bundesarbeitsgemeinschaften der Sozialhilfeinitiativen und Arbeitsloseninitiativen:

Sie unterscheiden sich von den Wohlfahrtsverbänden und DGB zunächst einmal durch die Höhe der Forderungen. Sie verlangen 1.200 DM plus Miete. Völlig zu recht. Aber es gibt eine sehr starke Zurückhaltung, die Forderungen in dieser Höhe in die Öffentlichkeit zu tragen. Man fürchtet die Reaktion von ArbeiterInnen und Angestellten, die sagen: »Was? Ihr wollt noch mehr Geld von unseren Steuergeldern, ihr FaulenzerInnen?« Und man begünstigt diese Meinung durch die eigene Argumentation.

Es ist ein Unterschied, ob man die Grundsicherung verlangt, weil man gegen seinen Willen von den UnternehmerInnen arbeitslos gemacht worden ist bzw. keine Möglichkeit bekommt, angemessene Arbeit zu erhalten oder weil man sich weigert, seine Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen. Im letzteren Fall würde man damit die Beschäftigten auffordern, für Menschen aufzukommen, die – im allgemeinen Verständnis – nicht arbeiten wollen. Da hilft es wenig zu sagen, daß Hausarbeit, geistige Arbeit und politische Arbeit auch Arbeit ist. Tatsache bleibt, daß man mit der Grundsicherung verlangt, von anderen Geld für seinen Lebensunterhalt zu bekommen, ohne selbst Geld beibringen zu wollen. Die Grundgesicherten hätten sich »sinnvolle Arbeit« als Privileg auf dem Rücken der »nicht sinnvoll Arbeitenden« erobert.

»Die Grundsicherung soll zu einer Sache der Armen und Lohnabhängigen werden.«

Die Zurückhaltung bei der Forderung nach Grundsicherung rührt also daher, daß man sie (tendenziell in erster Linie) als Forderung gegenüber und gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung aufstellt und nicht in erster Linie als Forderung gegenüber dem Kapital. Damit verzichtet man aber darauf, sie offensiv zu vertreten und verzichtet ferner darauf, die Lohnabhängigen für den Kampf für die Grundsicherung zu gewinnen. Das schwächt den Kampf für die Grundsicherung ebenfalls erheblich. Außerdem wird dadurch die Tendenz gefördert, sich den »starken Bündnispartnern« anzuschließen und unterzuordnen, die weder die Absicht haben, Lohnabhängige zu aktivieren noch die Armutsbevölkerung. Diese Pattsituation tendiert zu einem Zustand der relativen Bewegungslosigkeit.

»Die Grundsicherung muß aus den Gewinnen der Unternehmer finanziert werden.«

Die Grundsicherung kann aus den Kämmerlein »alternativer Tagungen« und armutsfreundlicher Pressekonferenzen herauskommen. Aber nur wenn sie als Forderung so erhoben wird, daß die UnternehmerInnen diejenigen, die sie gegen deren Willen zur Arbeitslosigkeit zwingen, auch gefälligst aus ihren Gewinnen anständig ernähren sollen.

Grundsicherung und die Interessen der Arbeitgeberverbände

Die Grundsicherung entspricht dem Charakter der heutigen Produktivkräfte. Sie ist besser geeignet, dem psychischen und materiellen Verschleiß der Arbeitskraft der Arbeitslosen entgegenzuwirken und ihre Leistungsbereitschaft zu fördern und sie erhöht nicht zuletzt die Produktivität der Beschäftigten, in dem sie ihnen Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und Sicherheit im Alter verspricht. Insbesondere für Frauen wäre die Grundsicherung ein gewaltiger Fortschritt. Das Konzept der Grundsicherung steht objektiv auch im Zusammenhang mit den Versuchen, der Diskriminierung von Menschen entgegenzuwirken, um ihre Produktivität zu entwickeln (Frauen, Homosexuelle, Einwanderer usw.).

Der Notwendigkeit zu mehr Liberalität steht das beschränkte Profitinteresse der Spitzen der Konzerne und Banken entgegen. Diese setzen sich für den »Abschied vom Vollabsicherungsgedanken« ein (BDI, Produktionsstandort Deutschland, Köln 1993, S. 21), d.h. für die Absenkung von Sozialversicherungsleistungen und mehr sogenannte "Eigenvorsorge" und für Senkung der Sozialhilfe bzw. Ausdehnung des ganzen Systems von Strafen und Kontrollen, um die individuelle Verantwortlichkeit für Arbeitslosigkeit zu betonen.

Sie verfolgen zwei Absichten: Einmal Personalkosten zu sparen, um ihre Gewinne zu sichern und zu erhöhen und staatliche Gelder freizuschaufeln, damit ihre Kapitalsteuern gesenkt werden können (im Interesse höherer betrieblicher Gewinne) bzw. die Banken Zinsen und Tilgung bezahlt bekommen. Fazit: Die Grundsicherung steht im Widerspruch zu den Interessen der Arbeitgeberverbände und ihrer politischen Repräsentanten.

Indem sie ohne Rücksicht auf die Folgen Hunderttausende von Menschen auf die Straße werfen, erzeugen die UnternehmerInnen objektiv die Notwendigkeit einer Grundsicherung. Sie sind es, die durch ihre egoistischen Interessen Menschen dazu zwingen, von Arbeits- und Sozialamt abhängig zu werden. Sie sollen auch für die Folgen ihres Handelns aufkommen. Ähnlich wie beim Umweltschutz die Verseuchung von Gewässern und Luft finanziell nach dem Verursacherprinzip ausgeglichen werden soll, müßte in einer Art »Menschenschutz« die Verkümmerung menschlicher Fähigkeiten durch Arbeitslosigkeit nach dem Verursacherprinzip durch die UnternehmerInnen finanziert werden. Hier aber vorbeugend durch eine Grundsicherung, die den Verschleiß der Menschen durch Arbeitslosigkeit abmildert. Es soll sich nicht mehr lohnen, an Arbeitslosigkeit noch zu verdienen. Daraus ergibt sich: Ein Teil der Gewinne und des Vermögens der UnternehmerInnen muß für die Finanzierung der gesellschaftsfeindlichen Folgen ihres Handelns verwendet werden.

Die Ablehnung einer Grundsicherung durch die Arbeitgeberverbände bedeutet objektiv, daß sie mit den Millionen Menschen, die sie ausrangieren, wenig bis nichts mehr anfangen können. Sie richten sich hauptsächlich darauf ein, die Kosten für diejenigen, die sie nicht mehr brauchen, so gering wie möglich zu halten. Für sie steht ihr eigenes egoistisches Interesse im Mittelpunkt, das in wachsendem Widerspruch zu gesellschaftlichen Interessen steht.

Mit dieser Orientierung würde man auch die ArbeitnehmerInnen eher gewinnen können, die nicht mehr befürchten müssen, »faule« SozialleistungsbezieherInnen aus ihrer Tasche ernähren zu müssen.

Probleme mit dem Begriff: die Reichen.

Einerseits ist es ein großer Fortschritt, wenn die BAG's die Forderung aufstellen: statt Sparen bei den Armen, Streichen bei den Reichen.

Wer aber sind die Reichen?

»Zumindest für die alte Bundesrepublik war das Bild der vielbeschworenen »2/3 Gesellschaft« eine gute Annäherung an die soziale Wirklichkeit. Es gab und gibt somit ein breites Bündnis von Gewinnern am materiellen Wachstum der Gesellschaft, die keine Veranlassung sehen, sich mit der Interessenlage der Ausgegrenzten zu identifizieren; die von den Verlierern zu tragenden Kosten werden vielmehr tabuisiert, um nicht teilen und damit ein Stück vom eigenen »Kuchen« abgeben zu müssen« (Positionspapier der Nationalen Armutskonferenz »Die Bekämpfung von Armut und Unterversorgung in Deutschland«, März 1993, S. 3).

Es ist falsch, FacharbeiterInnen mit Milliardären auf eine Stufe zu stellen und sie den Armen gegenüberzustellen. In dieser Formel drückt sich letztlich aus, daß es kein Bündnis zwischen Lohnabhängigen und der Armutsbevölkerung in der Auseinandersetzung um die soziale Grundsicherung geben soll. Beschäftigte und arbeitslose Arbeiterinnen und Arbeiter werden als Gegner angesehen, nicht als Menschen mit gemeinsamen Interessen. Die Vorstellung der Zweidrittelgesellschaft trägt zur Isolation der Armutsbevölkerung bei. Letztlich erzeugt sie bei den beschäftigten ArbeitnehmerInnen wieder den Eindruck, daß sie für die Arbeitslosigkeit durch Teilen ihres ohnehin schmalen Einkommens bezahlen sollen und vermehrt – im Namen der Solidarität – die Spaltung.

Die Finanzierung der Grundsicherung ist aber nicht in erster Linie eine Frage des solidarischen Teilens der Wohlhabenden und Besserverdienenden. Das ist die kirchliche Vorstellung der Caritas, die auf das Mittelalter zurückgeht.

Die Finanzierung der Grundsicherung muß mit der Frage der Ursachen der Ursachen der Armut und der Verantwortlichkeit für Arbeitslosigkeit verknüpft werden. Diejenigen, die Armut und Arbeitslosigkeit erzeugen und von ihr profitieren, sollen auch für sie aufkommen. Die Gewinne sind zweifellos durch Senkung von Personalkosten, durch das Abstoßen überflüssiger Arbeitskräfte gestiegen. Also sollen sie abgeschöpft werden, um diesem sozialen Problem entgegenzuwirken. Die Gewinne werden von den Lohnabhängigen erarbeitet. Sie sollen nicht nur der freien Verfügung von gegenüber der Gesellschaft verantwortungslosen Personen unterliegen, sondern auch für gesellschaftliche Zwecke eingesetzt werden. Heute wird Arbeitslosigkeit im wesentlichen durch Lohnabzüge der Arbeitenden, durch Erhöhungen der Lohnsteuer und durch die Familien der Armutsbevölkerung finanziert. Die Grundsicherung aber muß aus den Gewinnen der Unternehmer finanziert werden, nicht zuletzt deshalb, weil sie in einem riesigen Umfang brachliegen und eher der Spekulation als gesellschaftlich nützlichen Zwecken zur Verfügung stehen.

Wenn die Forderung nach Grundsicherung offensiv gewendet wird und zu einer Sache der Armutsbevölkerung und der Lohnabhängigen wird, dann gibt es Möglichkeiten. Ohne die Mobilisierung der Betroffenen und der Lohnabhängigen für diese Forderung hat sie keine Chance. ●

FORUM ALTERNATIVES WIRTSCHAFTEN

SoPoFo '93

Nun können wir alles – wie geht es weiter?

Wie mißt man Erfolg, wenn sich auf einem »Sozialpolitischen Forum« (SoPoFo) eine Arbeitsgruppe vier Stunden mit dem Austausch von Biografien und Informationen der »Alternativen Ökonomie« beschäftigte; wenn es »nur« viele Fragen gab, auch selbstkritische und Neugier? Resolutionen blieben aus, doch sind die das Maß aller Dinge?

SoPoFo '93: Werner Kuhr, Riegoletto Wuppertal: »Bin ich hier richtig?« & Doris Lehmann, HWG Mannheim — Foto: Andreas Küstermann

Andreas Küstermann, Redaktion Handwerk ● Vernetzung und Begegnung lautete der Untertitel des SoPoFo und normalerweise wäre mir eine »Laberrunde« nicht genug an Ergebnissen. Hier handelte es sich aber um eine Begegnung zwischen Ost und West und mit gutem Grund fand sie diesmal in Berlin statt. Gut ist mir noch im Gedächtnis, wie ich in den ersten Jahren nach der Maueröffnung im Osten angeschaut wurde, wenn ich auf die Frage nach meiner Arbeit antwortete, daß ich in einem Kollektiv beschäftigt sei. Manchmal dachte ich, mir sei ein zweiter Kopf gewachsen, so konsterniert war der Blick meines Gegenüber. Und dann verstummte das Gespräch sehr häufig oder erstickte in Mißverständnissen.

Auch heute noch ist der Begriff der Genossenschaft oder des Kollektivs besetzt. Ist es dann nicht ein wichtiges Ergebnis, wenn eine Gruppe von 32 Menschen, nahezu ein Drittel kam aus Neufünfland, einander vier Stunden zuhört, miteinander redet?

Jutta Ritte stellte mit Goldrausch eine spezielle Berliner Form der Frauenfinanzierung vor. 244 Förderungen in Form zinsfreier Darlehen haben die Goldrausch-Frauen mittlerweile vergeben, was sich in 111 Million Mark an Fördersumme ausdrückt. Preisnachlässe bei Frauenprojekten bietet ein Scheckheft, das von REA gegen mindestens 50 Mark bezogen werden kann. Als neue Kampagne, Fördergelder und Mitfrauen zu gewinnen, werten sie diese Idee schon jetzt als großen Erfolg.

Ricarda Buch erzählte, daß die REA (Regionale Entwicklungsagentur für Frauen), immer mehr versuche, Teile der Dienstleistungen im Bereich der Existenzgründungen oder auch Beratungsleistungen anderer Art zu kommerzialisieren, da sie nicht wüßten, wie lange die Abhängigkeit vom Senat – ohne existenzgefährdend zu werden – noch funktioniert. Der Frauenberatungsbedarf würde seit 89 immer mehr in Anspruch genommen – die Gelder aber immer knapper. Beginenhof lautet der Name eines Projektes, gleichfalls von ihr vorgestellt (CONTRASTE berichtete im Dezember '93), in dem an eine alte Tradition anknüpfend, Frauen solidarisch zusammen leben sollen. Zwar ist der Einstieg über 30-50 Eigentumswohnungen geplant, die Erträge zielen aber auf sozialere Wohnformen ab. Auch hier kommt verschärfend hinzu, daß immer mehr Frauen von Wohnungsnot und Obdachlosigkeit betroffen sind. Sozial Schwache haben allerdings bei dieser Konzeption des Wohnens keine Chance, da Wohnungskauf als nichtöffentliches Projekt immer mit Kapital verbunden ist, zumal, wenn der Standort das wiedervereinigte Berlin ist.

Produktion und Handel in der alternativen Ökonomie anhand zweier verschieden strukturierter Handwerksbetriebe bildete den anderen Themenstrang. Werner Kuhr stellte vor, wie sich die Ansprüche an die Arbeit in der Schreinerei Riegoletto, Wuppertal, seit ihrer Gründung verändert haben. 6 Frauen und Männer arbeiten in der Werkstatt, alles ausgebildete Kräfte. Seine wichtigste These: »Mit meinen damaligen Qualifikationen würde ich mich heute gegen meine Anstellung im Kollektiv aussprechen«. Und: »Die Beschäftigung mit Problemen muß im Alltag zwar Bestandteil der Arbeit sein, Kollektive können und wollen jedoch nicht als alleinige Problemlösung ohne gesellschaftliche Veränderungen angesehen werden«. Dafür sind sie im Gesamtgefüge des Kapitalismus eine zu geringe Kraft und ihr wirtschaftliches Potential zu gering. Forderungen z.B., daß selbstverwaltete Betriebe verstärkt Behinderte aufnehmen müssen, seien nicht realisierbar.

Ökologisches Arbeiten und eine darauf ausgerichtete Betriebspolitik stellte auch Doris Lehmann von der Handwerkergenossenschaft in Mannheim vor. Der Betrieb mit 17 GenossInnen ist in Abteilungen wie Bau- und Möbelschreinerei, einem Laden für gesundes Wohnen und Schlafen und einem Zentralbüro untergliedert, was Ausdruck der Spezialisierung in verschiedenen Arbeitsbereichen ist. Schon lange wolle niemand mehr ständig rotieren, was bei den heutigen Arbeitsplatzbeschreibungen auch als unprofessionell empfunden würde. Da der Bereich ökologischer Baustoffe expandiert, wird in Kooperation der Bauschreinerei mit dem Laden gerade ein Ökobaumarkt entwickelt.

Natürlich warf die anschließende Gesprächsrunde mehr Fragen auf, anstatt Antworten zu geben. Fragen nach unseren heutigen Eingangsqualifikationen in jeder Art von Projekt zum Beispiel und wohin das führt. Lassen sich größere ethische Normen ohne neue Minderheiten aufbauen? Wesentlich auch die Forderung nach Geduld und langem Atem, da immer vergessen wird, daß der deutsche Faschismus besonders gründlich im Zerschlagen der genossenschaftlichen Kulturen und des Umfeldes war. Pietistische Absolution durch Arbeit scheint der Maßstab zu sein. Niemals zufrieden! Ständig neue Projekte. Und ist die Unzufriedenheit nicht mehr zu bändigen, gehts ab in die Wirtschaft, wo die erworbenen Fähigkeiten »wenigstens« gutes Geld bringen. So müssen sich alle fragen lassen, warum unsere Plenumskultur früher revolutionär in der Wirtschaft, heute manchmal fast mittelalterlich gegenüber »Modernen Unternehmen« anmutet. Wieso wird das Bestehende nicht verbessert, ausgefeilt?

So lautete auch die abschließende Forderung eher: Weiterentwicklung des bestehenden Guten und Vertiefung unserer Ethik und Kultur, statt erfolgreiche Praktiken ständig in Frage zu stellen. Die Komplexität der Makroökonomie sollte auch weiterhin kein Vorwand sein, mit guten Ideen wie Warentauschbörsen oder geldlosem Tauschverkehr einen Durchbruch gegen verkrustete Mechanismen zu versuchen. Und der Bestand verschiedener Generationen nebeneinander könnte gegenseitige und solidarische Unterstützung sowie Neugier statt altkluger Abgeklärtheit fördern. So könnte sich durchaus noch einiges bewegen, war nicht die einhellige aber häufig anzutreffende Meinung des Forums. ●

FORUM ARBEITS-/ERWERBSLOSIGKEIT & GRUNDSICHERUNG

Zur Situation in den Betrieben in Ostdeutschland informierte Constanze Wideman, Mitglied der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative und Bezirksvorsitzende der IG Medien Berlin.

Ca. 50% der Arbeitsplätze in Ostdeutschland sind beseitigt. Unter dem Druck weiterer Privatisierung und dem Abbau weiterer Arbeitsplätze entstand zur gegenseitigen Unterstützung und als Gegensatz zu den Gewerkschaften westlichen Musters die Ost-Betriebsräteinitiative mit einer ersten Konferenz im Juni 1992 in Berlin. Durch Aktionen von der Treuhand wurden die Forderungen gegen Arbeitsplatzabbau und Privatisierung, für die Aussetzung von Entlassungen sowie nach Zeit für eigene Konzeptentwicklungen öffentlich gemacht. Im September 92 demonstrierten 200 Betriebsräte in Bonn dafür, die »industriellen Kerne zu sichern«.

Obwohl mit den Aktionen bei BELFA in Treptow, in Bischofferode und dem »Thüringer Aktionsbündnis« (gemeinsam mit den Gewerkschaften) die Initiative ein Hoch erlebte, konnten letztlich Privatisierung und Arbeitsplatzabbau nicht gestoppt werden, doch es entstand zum einen eine solidarische Bewegung, gestärkt durch Betriebsbesetzungen, Hungerstreiks und andere medienwirksame Aktionen, die starken Druck auf die DGB-Gewerkschaften machten, und zum anderen eine Alternative zu den betonierten Gewerkschaftsfunktionären und zur Vorstandsdogmatie im Westen.

Die ostdeutsche Betriebsräteinitiative sieht ihre Zukunft in der Ausweitung auch in den Westen.

Die Forderungen sind:

- Kampf gegen jegliche Entlassungen
- Demokratische Debatte um Konzepte in der Belegschaft
- Entwicklung eines gemeinsamen Programms für Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze

Die Debatte entzündete sich in voller Emotion bei der Forderung »gegen jegliche Entlassung«. Hauptsächlich aus dem Westen wurde die Frage nach dem Sinn des Erhaltens von ökologisch, sozial und human unverträglichen Arbeitsplätzen gestellt. Dagegen stand im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit der Verlust der eigenen Identifikation und des sozialen Miteinanders beim Verlust des Arbeitsplatzes. Während sich im Westen der Wert der Erwerbsarbeit ändert, ist es im Osten nicht soweit. Zudem ist ein Überleben unter dem Existenzminimum nicht gegeben. Und Produktumstellungen aus ökologischen Gründen gehen aus Belegschaftssicht und aus betrieblicher Sicht ohne staatliche Unterstützung nicht.

SoPoFo '93, Eröffnung: Wie immer vorne dran Rolf Schwendter. Dieter Koschek, Fritz Letsch (v.r.n.l.) — Foto: Andreas Küstermann

Das »Arbeit für alle« aus dem Osten und die Veränderung des Arbeitsbegriffs im Westen sind ein konstruierter Gegensatz, da ein Erhalt der Arbeitsplätze im Interesse aller sei.

Einigkeit entstand dabei, daß existenzielle Arbeitsplätze für alle nicht möglich sind und daß das Recht auf Arbeit als eine moderne Version eines Menschenrechts weiter diskutiert werden muß.

Als Alternativen bieten sich an:

- Arbeitszeitumverteilung
- Soziale Grundsicherung

Anhand der Vereinbarungen bei VW wurde die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung und Lohnverzicht diskutiert. Die Betriebsräte in Braunschweig sehen die Vereinbarung als Erfolg an, da 30.000 Arbeitsplätze gesichert seien. Übertragbar ist dieses Modell ohne weiteres aber nicht. Zudem sind keine neuen Arbeitsplätze dadurch geschaffen worden. Hier muß noch weiter nachgedacht werden, was durch die fehlende Referentin an dieser Stelle verhindert wurde.

Rainer Roth aus Frankfurt führte mit seinem Referat (siehe Seite 7/8) die Diskussion über die Durchsetzung einer sozialen Grundsicherung weiter. Hier befindet sich die Bewegung, trotz vielfältiger Modelle, noch in der Theoriediskussion. Die Auseinandersetzung mit dem Referat von Rainer Roth ist hierbei möglich. Eine soziale Grundsicherung in ausreichender Höhe schützt vor Armut und unterstützt die Arbeitenden beim Kampf um (humanere, sozialere und ökologischere) Arbeitsplätze. Dieses Miteinander ist nötiger denn je! ●

Dieter Koschek

FORTSETZUNG PROJEKTELISTE:

●
KLARtext, Michael Schulze, Gustav-Adolf-Str. 1, 63452 Hanau;
KLARtext wurde am 28.2.93 gegründet und hatte im November über 60 Mitglieder im Alter von 17 bis 77, darunter Angestellte, ArbeiterInnen, AkademikerInnen, Studierende, Arbeitslose und RentnerInnen.
Flugblätter:
Wir wollen jedem verständlich sein. Sprache und Argumente müssen einfach und sachlich sein. Diejenigen, die die Flugblätter lesen, sollen selbst den Wunsch haben, sie weiter zu verbreiten. Bisher haben wir fünf Flugblätter herausgegeben, die im ganzen Bundesgebiet bestellt und nachgedruckt werden.
Bisherige Themen:
- Mißbrauch von Steuergeldern durch Reiche und Sozialabbau;
- Standort Deutschland;
- Solidaritätszuschlag dient nur den Banken;
- Broschüre: Steuerprivilegien für die Reichen.

Aktionen:
Um Druck auszuüben, verbinden wir Flugblatt-Information und Aktion. Juli 1993: Inszenierung eines Geschäftsessens vor dem Arbeitsamt sowie der Börse in Frankfurt; Ende Oktober 1993: Arbeitslosengeld auf Lebenszeit mit einer Hängemattenaktion vor dem Hesssischen Landtag.

●
Kooperationszentrum »ratio«, Jean-Paul-Str. 21, 91301 Forchheim;

●
Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen;

●
Kritische Gewerkschafter, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin;

●
LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Moselstr. 25, 60329 Frankfurt;

●
Naba, Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula;

●
Offenes Wohnzimmer, Goethestr. 34/II, 34119 Kassel;

●
Ostdeutsche Betriebsratsinitiative, Michaelkindstr. 4, 10179 Berlin;

●
Projektwerkstatt Saasen, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen/Saasen;

●
Projektwerkstatt Darmstadt, c/o Tillmann Heller, Grupnerweg 3, 64287 Darmstadt;

●
Projektwerkstatt Verden, Herrlichkeit 1, 27283 Verden:
Vernunft kommt dezentral
In den Jugendorganisationen der Umweltverbände sowie unabhängigen Jugendumweltinitiativen haben Jugendliche die Möglichkeit, eigene Projekte selbstbestimmt zu beginnen, auszuprobieren, zu lernen und kreativ zu sein. Dabei ist Dezentralität Trumpf: In Jugendgruppen, Projektteams, Jugendumweltbüros gibt es selten Chefs. Alle entscheiden gleichberechtigt. Jugendumweltbüros und Projektwerkstätten sind unsere eigenen Vernetzungsstellen, wo Aktivitäten von vielen gebündelt und gefördert werden. Daß diese Form des Engagements effektiv ist, zeigt z.B. AufTakt: Die Sternradtouren und das Festival wurde von gut 600 Jugendlichen und in über 50 Orten dezentral organisiert. JedeR trägt Verantwortung mit und bringt die individuellen Fähigkeiten ein. So versuchen wir, nicht nur ökologisch an die Wurzeln zu gehen, sondern auch neue Formen des Zusammenlebens vorzuleben...

●
Regenbogen – Bayerischer Stiftungsverein für Leben und Umwelt e.V., Adlzreiterstr. 23, 80337 München;

●
Schreinerei Riegoletto, Fröbelstr. 8, 42117 Wuppertal;

●
Sozialtherapie e.V., Motzstr. 4, 34117 Kassel;

●
Sozialpolitische Gesellschaft, c/o Offenes Wohnzimmer, Goethestr. 34/II, Kassel:
- Fachgruppe Psychiatrie;
- Fachgruppe politische Supervision und Organisationsentwicklung;
- Fachgruppe Soziale Grundsicherung, c/o Dieter Koschek, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg
  - Rundbrief mit Texten und Hinweisen zur Diskussion über Soziale Grundsicherung,
  - Aufruf und Beitrittserklärung,
  - Dokumentation des Sozialpolitischen Forums 1990 »Zukunftswerkstatt Sozialpolitik«,
  - Sozialpolitisches Manifest;

●
Stadtteilladen-Initiative – KULTURcOOperative – c/o Gero Beust, Postfach 630138, 44849 Wattenscheid;

●
taz, Kochstr. 18, 10969 Berlin;

●
Teltower Arbeitslosenverein e.V., Bahnhofstr. 43, 14532 Stahnsdorf;

●
Umweltzentrum Göttingen, Mauerstr. 3, 37073 Göttingen;

●
VIA – Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit e.V., Hochemmericherstr. 71, 47226 Duisburg;

●
Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V., Slabystr. 11, 50735 Köln;

●
ZBB – Zusammenschluß Bayerischer Bildungsinitiativen, Adlzreiterstr. 23, 80337 München;

●
Zukunftswerkstatt Jena, c/o Schlemm, Zwätzgengasse 15, 07743 Jena;

SoPoFo '93

FORUM INTERKULTURELLE ARBEIT

Das Forum hatte folgende, durch Referate abgesteckte Themenbereiche:

- Lebenssituation von MigrantInnen in Städten, Aufgaben einer an einer multikulturellen Gesellschaftsentwicklung orientierten Kommunalpolitik.
- Sozialabbau und Rezessionsbedingungen: Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von MigrantInnen und Flüchtlingen, Auswirkungen auf die Arbeit von Projekten unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen im Osten und im Westen.
- Möglichkeiten und Effektivität von nationaler Ost/West-Vernetzung und internationaler Vernetzung im Projektebereich.

ReferentInnen waren:
Prof. Michael Krummacher, FH Bochum, Erlinda Saw, Frauenprojekt »Offensiv 91«, Berlin/Ost, Issam Bou Hamze, Ausländerrat Dresden.

Die TeilnehmerInnen des Forums kamen aus relativ unterschiedlichen Arbeitsbereichen und Erfahrungszusammenhängen, was sich in der Diskussion bemerkbar machte. Ausgehend von dem in den Referaten angerissenen allgemeinen Überblick über die Lebenssituation von MigrantInnen im Westen und der ausländischen Bevölkerung im Osten kam man über die Forderung »gleiche Rechte für gleiche Menschen« zu einer Diskussion über die Begriffe »Integration«, »Assimilation«, »Weltbürger«. Hier hätte man schon anhalten müssen, um zu einer ausführlichen Begriffserklärung zu kommen, vor allem da sich z.T. ein unterschiedliches Ost/West-Begriffsverständnis deutlich machte. Wegen der Kürze der Zeit mußten wir die Klärung allerdings vernachlässigen.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage der Fähigkeit zur Aneignung anderer Kulturelemente und wie dieser Aneignungsprozess vor sich geht. Im Zusamenhang mit der eigenen individuellen und gesellschaftlichen Identität werden Anpassungsforderungen an Fremde gestellt, man selber ist jedoch nur in sehr eingeschränktem Maße bereit oder in der Lage, andere Elemente zu übernehmen. Hier ist eine Forderung nach Akzeptanz und Toleranz der anderen Lebensweisen aufzustellen, nicht mit dem Bild einer multikulturellen Gesellschaft als heiler Welt, sondern eines Mit- und Nebeneinanders, dem Zulassen verschiedener Identitäten – auch im Sinne einer konstruktiven Auseinandersetzung.

Konsens herrschte wohl über die Benachteiligung der ausländischen Bevölkerung in den Bereichen Wohnen, Soziales, Arbeit, Ausbildung, Frauen, dem noch stärkeren Ausgeliefertsein struktureller Gewalt. Um hier positiv entgegenzuwirken, wäre eine weitreichende Bewußtseinsveränderung vonnöten, die auch die Machtfrage nicht ungestellt läßt. Verschiedene Strategien wurden diskutiert; die allerdings noch intensiver weiter bearbeitet werden müssen.

a) **Selbstorganisation der Betroffenen,** die in unterschiedlichem Maße realisiert wird und werden kann; Unterschiede im Westen und Osten sind vorhanden. Während im Westen ImmigrantInnenverbände bereits relativ stark sind, gibt es im Osten noch kaum Formen der Selbstorganisation.
b) **StellvertreterInnenpolitik,** deren man/frau sich bewußt sein sollte, die auch zur Unterstützung des Aufbaus von Selbstorganisationen dienen soll, die als Politik nach innen die Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen in Deutschland bedeutet.
c) **Lobbyarbeit,** die Suche nach Bündnispartnern, Zusammenarbeit mit aufgeklärten Menschen, auch PolitikerInnen oder den Medien.
d) **Kooperation** zwischen verschiedenen Verbandszusammenhängen Vernetzung von Projekten es gibt positive Beispiele für Einflußmöglichkeiten auf kommunaler Ebene (s. Dresden) als schwieriger erweist sich jedoch immer wieder, die gleiche Stärke auf überregionaler Ebene zu erreichen: Ursachenforschung und strategische weiterentwicklung muß hier noch betrieben werden. ●

Gisi Wolfrun

FORUM JUGENDARBEIT

Nach einer ausgiebigen Kennenlernphase (es waren neben zahlreichen Leuten aus Jugend-Umwelt-Zusammenhängen auch einige Jugendliche und ehemals Jugendliche aus verschiedensten anderen Zusammenhängen da) sollte es vor allem um zwei Themenbereiche gehen:

- Professionalisierung ohne Hierarchiebildung?
  Wie wirkt es sich aus, wenn zahlreiche älter werdende Jugendliche anfangen, auch ökonomisch auf eigenen Beinen zu stehen und trotzdem weiter in die Jugend (-Umwelt) -Szene wirken, evtl. auch Projekte aus dem Jugendumweltbereich zu »Kunden« haben (gerade im Bereich Bildungsarbeit und Finanzbeschaffung, Fundraising)?
- Staatsknete: es wird insgesamt immer knapper im Jugendbereich und wenn noch Gelder fließen, dann vor allem an große Verbände. Bei Jugendlichen kommt wenig davon an. Spontane Projekte, kleine Initiativen, ... gehen meist leer aus; auch für kleinere Organisationen wie z.B. die AG SPAK stellt sich die Existenzfrage. Versuch, politische Gegenstrategien zu finden.

Da die Zeit vorne und hinten nicht reichte, wurde eigentlich nur der erste Punkt diskutiert, was schade ist, da gerade beim zweiten Punkt ein ziemlich dringender, politischer Handlungsbedarf besteht.

Im wesentlichen wurde in einer ausgedehnten Runde geschildert, was im Umfeld der jeweilig Anwesenden an Tendenz zu Professionalisierung, Hauptamtlichkeit, ... vorhanden ist. Als Beispiel eines Projektes, in das Leute wesentlich integriert sind, die dort auch leben und ihren Unterhalt bestreiten, wurde der Bhf. Göhrde vorgestellt. An Projekten, die gerade auf der Grenze zwischen Jugendengagement und Professionalisierung stehen, das Verden-Projekt und die Nachrichten- und Sponsoringagentur Bd. Hersfeld.

Am Rande des Treffens wurde die Nacht über noch von den Jugendlichen aus Jugendumweltprojekten über interne Fragen gesprochen, insbesondere die Einrichtung eines Jugend-Umwelt-Projektfonds zur Einwerbung von Spendengeldern und das Programm auf dem Jugendumweltkongress (der Anfang des Jahres in Göttingen stattfand). ●

Peter von Rüden

SoPoFo '93: Plakate einer Initiative der Kommune Niederkaufungen — Foto: Andreas Küstermann

VERNETZUNG Z.B.: AG SPAK

Die AG SPAK ist ein lockerer Zusammenschluß sozialpolitischer Arbeitsgruppen und Projektbereiche, die in der Verbindung von solidarischer Arbeit mit Betroffenengruppen und gesellschaftspolitischer Veränderung Vernetzungsformen auf verschiedenen Ebenen entwickelt haben:

- Projektbereiche umfaßten in der Regel mehrere, in der Blütezeit bis zu 70 Gruppen, die an verschiedenen Orten konkrete Arbeit mit Betroffenengruppen betreiben (Obdachlose, Drogenabhängige, psychisch Kranke, Straffällige u.a.). Vernetzung erfolgte in solchen Projektbereichen in erster Linie durch thematisch orientierte Seminare, in einigen Fällen auch durch Rundbriefe.
- Vernetzung betreiben einige Projekt- und Arbeitsbereiche auch mit Gruppen ähnlicher Aufgabenstellung außerhalb der AG SPAK durch gemeinsame Seminare und Aktionen.
- Vernetzung zwischen Projekt- bzw. Arbeitsbereichen erfolgt drittens im Entscheidungskollektiv, das sich aus VertreterInnen der Arbeits- und Projektbereiche zusammensetzt, viermal im Jahr zusammentritt und über anstehende Probleme, Organisationsfragen und gemeinsame Aktionen diskutiert und entscheidet.
- Vernetzung wird viertens durch die Geschäftsstelle betrieben, die als Anlaufstelle sowohl Verbindungen zwischen einzelnen Projekt- und Arbeitsbereichen herstellt als auch Kontakte und dauerhafte Arbeitsbeziehungen mit außenstehenden Einzelpersonen und anderen Organisationen aufbaut und unterhält.
- Als fünfte Form der Vernetzung sind Veröffentlichungen zu sehen, die durch Zeitschriften wie FORUM der AG SPAK, CONTRASTE und durch die AG SPAK-Publikationen erfolgen.
- Vernetzung erfolgt sechstens auch durch gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Organisationen wie z.B. Bundesarbeitsgemeinschaften, Buntstift, Sozialpolitischer Gesellschaft u.a., die ähnliche Arbeitsgebiete und Ziele verfolgen. Die sozialpolitischen Foren sind Beispiele für solche Vernetzungsformen.

Betrachtet man die Arbeit der Projekt- und Arbeitsbereiche im Zeitablauf seit 1970, so ist nach einer Blütezeit in den 70er und beginnenden 80er Jahren eine stetige Ausdünnung und Verminderung der Aktivitäten in den Projektbereichen festzustellen, von denen viele sich aufgelöst haben. Das enorme Motivationspotential der Gründerzeit hat sich weitgehend verflüchtigt. Ich gehe davon aus, daß die Auszehrung der Netzwerke bzw. ihre Auflösung mit den inhaltlichen Zielen und ihrer gesellschaftlichen Einbettung zusammenhängen. Im folgenden Abschnitt möchte ich deshalb auf die Entstehung der AG SPAK, die treibenden Motive ihrer Mitglieder und die damit zusammenhängenden Vernetzungsformen eingehen.

ERGEBNIS SOZIALER PROZESSE

Die Studentenbewegung ist der geschichtliche Entstehungsort für die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK). Als politische Bewegung zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse glaubten viele StudentInnen der Bewegung, die sozial Benachteiligten für ihre gesellschaftspolitischen Ziele mobilisieren zu können. Die Mobilisierung mißlang, entpuppte sich schnell als Illusion. Die Benachteiligten ließen sich nicht für die gesellschaftspolitischen Ziele der Studentenbewegung instrumentalisieren. Es kam zu Ernüchterung und schließlich Abwendung vieler politisch Engagierter von den Benachteiligten. Geblieben ist schließlich ein Häuflein von StudentInnen, die von den Problemen der Benachteiligten derart berührt waren, daß sie zu echter und dauerhafter Solidarisierung in Verbindungen mit gesellschaftspolitischem Engagement fanden. Wichtige Orte gemeinsamer gesellschaftspolitischer Diskussion waren damals die evangelischen und katholischen Studentengemeinden. Aus ihrer Mitte entstanden sozialpolitische Arbeitskreise, die sich mit Straffälligen, Drogenabhängigen, psychisch Kranken, Obdachlosen, Heimkindern u.a. beschäftigten, mit ihnen gemeinsam nach besseren Lebensmöglichkeiten suchten und sich zur Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise zusammenschlossen, um über die konkrete Arbeit mit Betroffenen hinaus die sozial- und gesellschaftspolitische Diskussion zu führen und über eigene Organe – die Zeitschrift »FORUM« und die AG SPAK-Publikationen – in die öffentliche Diskussion einzubringen. Als Leitbilder der Arbeit sind zu nennen:

- Handeln, nicht behandelt werden
- Selbstbestimmung bei eigenen Belangen
- Mitbestimmung
- Selbstorganisation und Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Gruppen
- Solidarisierung mit den Betroffenen
- Politischer Einsatz zur Veränderung jener gesellschaftlichen Strukturen, die psychische Krankheit, Obdachlosigkeit, Drogenabhängigkeit usw. mitbedingen.

Dementsprechend entwickelte sich die AG SPAK als lockerer Zusammenschluß selbstbestimmter sozialpolitischer Arbeitskreise und Projektbereiche. Die zentralen Merkmale der Ausgangslage: solidarische praktische Arbeit mit Betroffenen in Verbindung mit gesellschaftspolitischem Engagement prägten die weitere Entwicklung und die Vernetzungsformen. Vernetzungsformen bildeten sich unter Bezug auf die Arbeit in und mit Betroffenengruppen als Seminare, Diskussionsforen, Kooperationen politischer Bildungsarbeit und blieben diesem Kontext stets verhaftet. Dementsprechend ist der Schwund an jungen und studentischen Mitgliedern in den sozialpolitischen Arbeitskreisen der 80er und 90er Jahre auf veränderte studentische Bewußtseinslagen zurückzuführen, die sich schwerpunktmäßig zwar teilweise noch an Solidarisierung mit Betroffenen, jedoch nur ausnahmsweise und in Einzelfällen an gesellschaftspolitischem Veränderungswillen zugunsten der Betroffenen festmachen lassen. Damit entfällt ein zentraler Bestandteil für die Motivierung politischer Bildungsarbeit, der die AG SPAK und ihre Vernetzungsformen prägte. Es erscheint mir plausibel, daß gerade die weniger institutionalisierten Formen der Vernetzung und des Vernetztseins zurückgegangen bzw. verschwunden sind, während Geschäftsstelle, Publikationen und Kooperationen, die als formalisierte und institutionalisierte Formen weniger auf die ursprüngliche Motivationsgrundlage angewiesen sind, sich besser behaupten konnten. Es ist kein Zufall, daß im Zuge des fortschreitenden Individualisierungsprozesses im gleichen Zeitraum Selbsthilfegruppen und andere Formen der Selbstorganisation an Bedeutung gewonnen haben.

SoPoFo '93: Marion Semmling (Görlitz), Christgard (Berlin), Gero (Selbsthilfeini Ruhrgebiet) — Foto: Andreas Küstermann

MASSGESCHNEIDERTE VERNETZUNG

Ich ziehe folgendes Fazit: Die gesellschaftliche Ausgangslage und die inhaltlichen Ziele umfassen die Kriterien, an denen sich alle Bemühungen zur Vernetzung orientieren müssen, wenn man erfolgreich vernetzen will. Insofern sind die einzelnen Vernetzungsformen und das daraus geformte Netzwerk der AG SPAK eine imponierende Leistung, gerade weil sie effektiv waren und die oben genannten Leitbilder konsequent in Strukturen umgesetzt haben. Aber sie sind in wesentlichen Teilen nur noch von historischer Bedeutung. Die gesellschaftliche Ausgangslage und die inhaltlichen Ziele von heute sind anders als 1970 (Gründung der AG SPAK) und erfordern deshalb auch andere Vernetzungsformen.

Auch hier erfährt einer der wenigen allgemeingültigen Sätze der soziologischen Organisationstheorie seine Bestätigung: Es gibt keine Organisationsform, die unter allen Bedingungen zweckmäßig ist. Oder als Anweisung formuliert: Für jede Zielsetzung muß die ihr unter gegebenenen Bedingungen angemessene Organisationsform jeweils herausgefunden werden. Wir haben in München im Rahmen einer Evaluationsstudie über Selbsthilfeinitiativen in München festgestellt, daß Eltern-Kind-Initiativen, Fraueninitiativen, Gesundheitsinitiativen u.a. jeweils unterschiedliche Vernetzungsformen entwickelt haben, die für ihre jeweiligen Ziele dienlich und plausibel erscheinen.

Auch ein neuer Aufbruch, die sozialpolitische Diskussion auf breiter Ebene wieder in Gang zu setzen, braucht seine eigenen Vernetzungsformen. Wir werden diese Vernetzungsformen allerdings nur sinnvoll bestimmen können, wenn wir unsere Ziele, die Orientierung bieten, genauer abklären und darüber zu Konsens finden. ●

Hans Dietrich Engelhardt

SoPoFo '93

VERNETZUNG Z.B. JUGENDUMWELTBEWEGUNG

Um in Deutschland und Europa auf breiter Ebene wirtschaftliche und politische Alternativen durchzusetzen, reicht private und regionale Aktivität – wie sie in Gruppen und Projektwerkstätten ansatzweise erfolgt – allein nicht aus. Voraussetzung für überregionalen Einfluß ist die Vernetzung einer dezentralen Basis aus Einzelpersonen und Gruppen. So kann eine gemeinsame Stärkung entstehen, die viel mehr ergibt, als die Summe ihrer Einzelteile, also der regionalen Elemente. Vernetzung ist nicht nur eine sehr effektive Organisationsform, sondern schon fast eine Philosophie. Alle Lebens- und Problembereiche sind elementar miteinander verknüpft. Sie zu lösen ist deshalb ebenfalls nur vernetzt möglich, wobei auf die Wechselwirkungen besonderes Augenmerk gelegt werden muß. Themenspezifische Arbeit, sei es von Verbänden oder WissenschaftlerInnen, kann wichtig sein, doch sie ist niemals ausreichend. Wer wirklich vernetzt arbeiten möchte, muß dies verinnerlichen und die Konsequenzen daraus ziehen. Immer damit verbunden ist die Relativierung von Absolutheitsansprüchen, sowohl die von Individuen, wie auch die von einzelnen Verbänden oder sonstigen Gruppierungen.

Ich möchte zunächst stichwortartig die Grundvoraussetzungen für eine aktive Vernetzung nennen, die bundesweite und überverbandliche Kampagnen oder Projekte ermöglicht:

- Das Thema muß unmittelbar von den Basisgruppen ausgehen und darf nicht von zentralen Organen übergestülpt werden, wie z.B. von Bundesgeschäftstellen.
- Die regionalen Gruppen müssen auch innerhalb der Kampagne noch viel Freiraum zur Umsetzung ihrer eigenen Vorstellungen haben.
- Durch das Projekt muß den regionalen Gruppen auch ganz direkt für ihre Arbeit vor Ort Nutzen entstehen. Der Sinn darf nicht nur im Überregionalen liegen.
- Lieber als organisatorischen Grundstock die tatsächlich aktiven Leute, auf die Verlaß ist – auch wenn es zunächst nicht viele sind – als Adreßverteiler voller Karteileichen und passiver Mitglieder und darüber hinaus nur hauptamtliches Personal.
- Vernetzung kann nur zwischen gleichberechtigten Elementen in Wechselwirkung existieren. Verschicken von Informationsschriften, z.B. Mitgliederzeitungen, ist rein passiv und findet nur einseitig von unten nach oben statt.
- Lebendige Vernetzung muß mit Aktivität verbunden sein. Fest und unflexibel installierte Netzwerkstrukturen verlieren leicht an Attraktivität und erstarren. Gerade in der Jugendarbeit – aber nicht nur dort – gelingt Vernetzung nur, wenn konkrete Aktivitäten vor Ort einen wichtigen Stellenwert einnehmen.
- Mit der Vernetzung vieler Initiativen geht automatisch eine große, sehr komplexe Dynamik einher. Hiermit nach normalen Organisations- und Kommunikationsmustern zu verfahren oder sie prinzipiell zu unterbinden, gräbt der gemeinsamen Sache das Wasser ab.
- Das Herz jeder Vernetzung sind die regionalen Gruppen. Deshalb müssen im gesamten Projektverlauf von ihnen die maßgeblichen Impulse ausgehen.

Einige der genannten Punkte möchte ich am Beispiel des Projektes AUFTAKT konkreter erläutern.

Hunderte Gruppen und Einzelpersonen haben sich schon in der Vorbereitungsphase des Projektes vernetzt und gemeinsam organisiert. Das Ergebnis war ein Netz von ca. 25 dezentral organisierten bundesweiten und internationalen Sternradtouren. So etwas hatte es bis dahin noch nicht gegeben.

WIE KONNTE DAS GELINGEN?

Wesentliche Voraussetzung war die organisatorische Basis durch Aktive in Projektwerkstätten, bzw. Gruppen und Einzelpersonen, die in diesem Sinne gewirkt haben. So war gewährleistet, daß AUFTAKT vom Grund auf unverbindlich angelegt war und dadurch allein das Thema und verbindende Ziel den Kern der gemeinsamen Aktivitäten bildete. Dies schuf eine Grundlage, auf der eine gleichberechtigte Vernetzung unterschiedlicher Einzelverbände aufbauen konnte.

Weiterhin war wichtig, daß die Idee der Sternradtouren mit dem Ziel Magdeburg nur den groben Rahmen bildete. Mit Leben gefüllt wurde dieser erst durch die zahllosen regionalen Aktivitäten wie Straßenfeste, Kundgebungen, Vorbereitungsseminare, Pressearbeit, Demonstrationen usw... Die Begeisterung enstand vorallem, weil die Gruppen und Projektwerkstätten ihre lokalen Problempunkte mit einbeziehen konnten. Beispielsweise in Frankfurt: Die Radtour durch Frankfurt, die Aktionen dort und die bundesweite Presseresonanz waren für AUFTAKT insgesamt ein wichtiger Meilenstein. Unabhängig davon konnten die regionalen Gruppen die ca. 450 RadlerInnen nutzen, um ihrem Ärger über den Frankfurter Flughafen mit einer Intensität Ausdruck zu verleihen, zu der sie alleine niemals in der Lage gewesen wären. So lassen sich regionale und überregionale Interessen sinnvoll verbinden.

Gesamtkoordinationstreffen und Arbeitskreistreffen hatten bei AUFTAKT eine wichtige Funktion. Viel Energie, Zeit und Geld wurde während der 2 1/2-jährigen Vorbereitungszeit investiert, um so persönliche Kontakte zu ermöglichen. Rundbriefe allein reichen niemals aus, um wichtige Absprachen und Austausch zu neuen Entwicklungen zu gewährleisten. Gerade bei organisatorischen Problemen und Überlastung wäre es eine Sackgasse, nur die stärksten und zentralsten Strukturelemente zu stärken. Auch wenn es zunächst keine Fortschritte bringt und mühsam ist, muß gerade dann eine breite Basis nach besten Kräften einbezogen werden. Dabei kann auf Treffen nicht verzichtet werden.

Soviel zum Beispiel AUFTAKT. Ich hoffe, daß einige der Grundgedanken zur aktivitätsorientierten Vernetzung, die ich vorangestellt habe, daran klarer geworden sind. Natürlich lief bei AUFTAKT und den anderen genannten Projekten längst nicht alles glatt und positiv, wie vielleicht der Eindruck durch meine Ausführungen entstehen könnte.

Nochmal zurück zu den Verbänden: Wie schon erwähnt, leisten sie z.T. wichtige, fundierte inhaltliche Arbeit, die von den Projektwerkstätten nicht erbracht wird. Warum aber waren die Vernetzungsversuche der ökologisch- und sozial orientierten Verbände in Deutschland in den letzten Jahren nicht immer überzeugend?

Zunächst einmal ist augenfällig, daß überhaupt viel zu selten Kampagnen und überverbandliche Projekte gestartet wurden, bzw. bereits aufgrund von Anfangsschwierigkeiten nicht aus den Startlöchern herauskamen. Und wenn, dann werden z.T. von Bundes- oder Landesgeschäftsstellen aus über die Köpfe der regionalen Verbandgruppen hinweg Thema und Form eines Projektes bestimmt. Diese Funktionalisierung ist für die Ortsgruppen wenig motivierend. Die Bevormundung ist den EntscheidungsträgerInnen oft sicher nicht mehr bewußt. Doch bei innerverbandlichen Hierarchien ist sie nicht zu vermeiden. Vor Ort werden in der Regel nur Anregungen angenommen, die dort ohnehin Thema sind und regionale Brisanz besitzen.

Zudem sind die allermeisten Verbände – trotz vieler positiver Entwicklungen der letzten Jahre – stark auf sich selbst und ihre Profilierung orientiert. Das schafft Konkurrenz und führt zu endlosen Verhandlungen darüber, wer was organisiert, wieviel Geld hinzugibt und vorallem wie die Außendarstellung aussieht. Wenn darauf viel Energie verwandt wird, wirkt das destruktiv und verzögernd, denn diese Probleme gehen an den Bedürfnissen aktiver Regionalgruppen und ganz besonders der meisten Jugendlichen auf lokaler Ebene vorbei.

Zahlreiche Verbände können auf dem Papier hohe Mitglieder- und Gruppenzahlen vorweisen. Das ist jedoch keine Gewähr für Aktivität und Handlungsfähigkeit. Tatsache ist, daß die Regionalstruktur vieler Organisationen in Wirklichkeit oft dünn ist, da die Mitglieder zwar ihre Beträge zahlen, darüberhinaus jedoch überwiegend passiv sind. Demgegenüber hat die Projektwerkstättenszene einen entscheidenden Vorteil. Wenngleich sie zahlenmäßig kleiner ist, kann sie jederzeit von sich sagen, daß ihre Struktur aus lebenden Gruppen besteht. Bundes- oder Landesgeschäftsstellen, die Mitglieder sammeln, gibt es nicht. Projektwerkstätten, in denen Jugendliche aktiv sind, stehen auf verschiedlichste Art und Weise in regelmäßigem Kontakt – sofern sie dazu ein Bedürfnis haben. Es gibt in erster Linie die Projekte selbst, über die die wichtigsten Kontakte entstehen, dazu diverse landes- und bundesweite Treffen und Seminare, Zeitschriften und halbjährig das Jugendaktionsheft mit allen aktuellen Adressen, Arbeitsgruppen und Projektideen.

Wie in der gesamten Gesellschaft, ist auch bei Initiativen und Verbänden ein Utopieverlust zu spüren. Gegen die Resignation müssen wir uns wieder darauf besinnen, daß wir eine gemeinsame Bewegung werden wollen – denn nur in gelebter Vernetzung können wir wirklich etwas bewegen. Wir müssen deshalb alles daransetzen, die Gemeinsamkeit auf allen Ebenen zu fördern. Warum soll es nicht möglich sein, daß eine starke Bewegung, vielleicht so etwas wie eine neue, konstruktivere außerparlamentarische Opposition (APO) entsteht, die viele Teildisziplinen und themenspezifische Verbände integrieren kann? Wenn wir das schaffen wollen, müssen wir uns wieder begeistern lassen für die Idee der Vernetzung. ●

Armin Torbecke

Postanschrift für Kritik und Anregungen:
Armin Torbecke · c/o BUND,
Am Dobben 44 · 28203 Bremen
Tel.: 0421/70 17 71

Transparent in Göttingen (siehe auch Seite 2 in dieser Ausgabe) Foto: Andreas Küstermann

Sopofo '93: W. Schindowski (CONTRASTE), H. Löw (RGW), O. Jensen (Netzwerk Berlin): »Was ist politische Ökonomie?« Foto: Andreas Küstermann

VERNETZUNG Z.B.: DER RUNDE TISCH VON UNTEN

Gerhild Kreutziger, sozialpolitische Aktivitistin aus Ostdeutschland, Organisatorin des SoPoFo und Vorstandsmitglied der Kindervereinigung ging in ihrem Vortrag auf den »Runden Tisch von Unten« (RT) ein. Der RT ist als Fortsetzung der BürgerInnenbewegungen und der Verbände auf die Arbeit am »Zentralen Runden Tisch« zu sehen. Die Initiative für den RT ging von Bärbel Bohley aus. Neben dem Ereignis, daß sich »viele trafen« hatte der RT im Wesentlichen drei Ergebnisse.

- **Gegenseitige Unterstützung und Mobilisierung**
  Diese Absichtserklärung konnte allerdings nie eingehalten werden, so daß sich Enttäuschung breit machte. Die mangelnde Mobilisierungsfähigkeit zeigte sich bei den Erinnerungsdemos: Am 4.11.1990 kamen noch 3.000, 1991 nur noch 300 TeilnehmerInnen. Irgendwie haben sich durch diese Formel alle Verbände Unterstützung erhofft, aber aus unterschiedlichen Gründen nie so richtig gegeben.
- **Forum gegen die Umstrukturierungen des Gesundheitswesens**
  Im Kampf gegen die Schließung bzw. Umfunktionierung der Polykliniken in Berlin konnte der RT berufsübergreifende Gesprächsrunden organisieren und damit ein solidarisches Miteinander initiieren. Im Endeffekt gibt es heute noch die Polykliniken, nur ihr Name hat sich geändert.
- **Sprachrohr der Bewegung**
  Der RT erarbeitete einen Forderungskatalog der verschiedenen Verbände. Es gelang die Bündelung und Zusammenfassung der Inhalte und Forderungen der beteiligten Verbände, doch kam es nicht zu den erhofften Reaktionen.

Als Resümee sah Gerhild Kreutziger eher mehr Probleme als Vorteile in der Arbeit des RT. In dieser selbstorganisierten Form standen oft Verbände und Initiativinteressen im Hintergrund, doch wollten sie bei allen relevanten Dingen gefragt werden, so daß es zu Rücksprachen, Änderungen, Kompromissen, erneuten Rücksprachen usw. kommen mußte, was effektives Arbeiten dahinschleppt. Wenn man dann noch die mangelnde Mobilisierung und Solidarisierung bei Aktionen ansieht, ist auf eine schwache Verankerung der gemeinsamen Arbeit in den jeweiligen Verbänden zu schließen.

Gerhild Kreutziger plädierte aufgrund ihrer Erfahrungen mehr für eine Netzstruktur von verantwortlichen, engagierten Personen, die an kein Mandat von Organisationen gebunden sind. ●

Dieter Koschek

VORSCHLAG

zu einer »AG Sozialpolitisches Forum«

Das Sozialpolitische Forum (SoPoFo) soll ein bundesweiter Zusammenschluß (informell) von Einzelpersonen sein. Diese arbeiten über, für und/oder in den verschiedenen Bereichen der Sozialpolitik im weiten Sinne:

- Arbeitsloseninitiativen
- Sozialhilfeinitiativen
- Soziale Brennpunkte
- (Anti-)Psychiatrie
- Behinderteninitiativen
- Jugendgruppen
- Alteninitiativen
- AusländerInneninitiativen
- Alternative Ökonomie
- Sozialarbeit
- etc.

Weder für die Inhalte, noch für die Funktion oder die Zugehörigkeit zum SoPoFo gibt es ein definiertes Selbstverständnis. Mitglieder sind diejenigen, die sich als solches empfinden.

Im SoPoFo werden ohne Handlungs- und Legitimationszwang Themen der (alternativen) Sozialpolitik ohne Ausgrenzung diskutiert. Eine Folge könnte das Zusammenführen der ansonsten stark differenzierten Diskussionsstränge sein. Haben die verschiedenen Bereiche eigene Strukturen, Organisationen und Treffen entwickelt, so können sich einzelne Leute daraus im SoPoFo zu den unterschiedlichsten Themen wieder zusammenfinden.

Das SoPoFo soll nicht Sprachrohr sein. Aktionen, Aktivitäten und Projekte sind jeweils Sache der sich engagierenden Personen. Außer auf Beschluß der Gruppe kann niemand im Namen des SoPoFo sprechen und handeln.

Für die Treffen und Seminare des SoPoFo gelten Protokolle als kollektives Gedächtnis. Als Struktur gilt die Sitzung des SoPoFo, die auf jedem Seminar stattfindet. ●

Am 13. Februar trifft sich der Initiativkreis Kassel, um in Kooperation mit der AG SPAK, der SG, dem Buntstift e.V. über eine weitere Vorgehensweise zu diskutieren. InteressentInnen wenden sich an die AG SPAK.

Dieter Koschek

GESELLSCHAFTS(SELBST)KRITIK

Sich der Scheinwelt der Begriffe widersetzen!

»Ökologische Produktpolitik« und »Nachhaltige Entwicklung«, zwei Kernbegriffe umweltpolitischer Diskussion: In Diefenbachers Referat auf der Jahrestagung des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung am 26. und 27. November 1993 in Heidelberg wurden sie genutzt zum Nachdenken über aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, aber auch über das eigene Verhalten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Hans Diefenbacher, Redaktion Genossenschaften ● Selbst ein Kongreß zum Thema -Ökologische Produktpolitik- kommt am Begriff des Sustainable Development (Nachhaltige Entwicklung) nicht vorbei: Wer heute etwas erreichen will, muß demonstrieren, daß er – oder sie – es nachhaltig zu tun gedenkt. Aber in dieser Themenstellung liegt eine Art tragischer Verheißung. Beide Begriffe sind unzweifelhaft positiv besetzt. Und nun soll es auch noch um die Schnittmenge oder die Wechselwirkungen zwischen beiden gehen?

Um das Erschrecken über die Zerstörungen zu verdrängen, die unsere Lebensweise angerichtet hat, geraten solche Begriffe leicht zu Beschwörungsformeln. Sie sind so unpräzise, daß sie je nach Interessenlagen und politischen Absichten mit den verschiedensten Bedeutungen angefüllt werden können. Um die Trauer über das Versagen all unserer technischen Intelligenz leichter beiseite schieben zu können, haben wir derartige Formeln erfunden. Sie vermitteln uns die Vision einer heilen Welt in nicht allzu ferner Zukunft.

HEILE WELT ÜBER BEGRIFFE

Nehmen wir zunächst die -nachhaltige Entwicklung-. Die ÖkologInnen sehen in diesem Begriff die Chance, die festgefahrene Debatte um das -qualitative Wachstum- zu beenden. EntwicklungspolitikerInnen und -theoretikerInnen hoffen hier auf einen Weg, der sie aus ihrer Ernüchterung über das Scheitern so vieler Entwicklungsstrategien herausführen könnte. Und schließlich bündelt sich im Begriff, da der reiche und der arme Teil der Welt zusammen gesehen werden müssen, eine Entwicklungsstrategie für den Süden plus ein Umbauprogramm für den Norden, beides mit dem Anspruch auf Nachhaltigkeit. Das verheißt einen Ausweg aus vielen Problemen auf einen Schlag.

Aber was bedeutet dies, wenn wir einmal alle die Versuche der Verniedlichung und der Beschwichtigung beiseite schieben? Nicht mehr und nicht weniger, als daß wir unsere Ökonomie so verändern müssen, daß sie nicht nur globalisierbar wird, sondern auch ohne weitere Abstriche zukünftigen Generationen zur Verfügung steht: Der natürliche Kapitalstock muß konstant bleiben. Die Menschheit muß lernen, von dessen Erträgen zu leben und nicht von dessen Plünderung.

POLITIK DER MARKTNISCHE?

Und die -ökologische Produktpolitik-? Dieser Begriff hat noch keinen Eingang in die Handwörterbücher der Wirtschaftswissenschaften gefunden. Unternehmen betreiben schon immer Produktpolitik, um ihre Absatzchancen zu erhöhen. Aber eine ökologische Produktpolitik? Ist das noch immer Sache eines heldenhaften Unternehmens, das gegen den Strom der promateriellen KonsumentInnen anschwimmt und aus den Geldbeuteln der Postmateriellen zu überleben versucht?

Dies kann nicht alles sein, wenn ökologische Produktpolitik nicht von vornherein auf die Bedienung einer Marktnische eingegrenzt wird. Also muß eine Politik gemeint sein, die die Rahmenbedingungen der Wirtschaft im ganzen beeinflußt, und zwar mit ökologischen Absichten, und zwar so, daß sie auf der Ebene der Produkte angreift. Heißt nun ökologische Produktpolitik einfach -anything goes-, solange nur diese beiden Bedingungen erfüllt sind: ökologische Orientierung – Orientierung auf Nachhaltigkeit – und Orientierung direkt auf Produkte?

Um dieser Frage nachzugehen, werden in Episoden Produkte, Bilder, Eindrücke und Geschichten vorgestellt in der Hoffnung, daß sich die Moral von der Geschicht' – oder besser: von den Geschichten – weitgehend von alleine entfaltet.

ÜBERALL IMMER DAS GLEICHE

Als erstes bitte ich darum, sich ein Bild vor Augen zu rufen, das vielen sicher gegenwärtig ist: die Obst- und Gemüse-Ekke eines durchschnittlichen Ladens einer durchschnittlichen bundesdeutschen Lebensmittelkette. Welche Produkte finden sich dort? Etwas vereinfacht: Fast überall läßt sich das gleiche finden, und dieses Angebot ändert sich kaum. Es bleibt alle zwölf Monate im Jahr gleich: holländische Paprika und belgischen Kopfsalat, manchmal mit dem verkaufsfördernden Hinweis -aus Bodenanbau-, Fenchel, Auberginen, Zucchini, Südfrüchte, Tomaten. Immer mehr wird die Palette exotischer Früchte erweitert: Kumquats, Mangös, Avocados.

Was nicht mehr zu finden ist, das sind Produkte, die bestimmten äußerlichen Normen – Größe, Gewicht und Aussehen – nicht entsprechen. Was sich vor allem nicht mehr finden läßt, das ist ein Reichtum an Sorten: Von 800 vermarkteten Apfelsorten in Hessen 1950 sind gerade noch 40 übriggeblieben. Was weniger bekannt ist: Jede Woche stirbt auf der Erde mindestens eine Nutztierrasse aus. Mehr als 1000 Rassen sind bedroht, weil sich die industrialisierte Landwirtschaft auf immer weniger hochleistungsfähige Rassen konzentriert.

Die globale industriekapitalistische Machtübernahme über die Landwirtschaft ist die Geschichte einer Tragödie. Sie kann hier nicht im Detail geschildert werden. Nahrung ist eines der zentralen Grundbedürfnisse von Menschen und Tieren. Werden die Veränderungen der Produktion zur Befriedigung' dieses Grundbedürfnisses im Hinblick auf die Nachhaltigkeit von Entwicklungen betrachtet, so müssen zwei Kriterien als Prüfsteine herangezogen werden. Zum einen: Sind die Produkte mit organischen Anbaumethoden erzeugt, sind sie so naturbelassen wie möglich? Und zweitens: Sind die Transportwege zum Verbraucher so kurz wie nur möglich?

ABKEHR VON DER NORMIERUNG

Im Lichte dieser Kriterien läßt sich unmittelbar erkennen, daß ökologische Produktpolitik im Bereich der Landwirtschaft eine weitgehende Veränderung, teilweise eine Umkehrung der agrarpolitischen Rahmensetzungen bedeutet. Allein eine drastische Verteuerung von Energie kann die Preise für den Transport von Produkten und die Verwendung von chemischen Agrarinputs so korrigieren, daß eine organische, auf lokale Märkte ausgerichtete Landwirtschaft eine Chance bekommt. Aber das Thema ist ja die ökologische Produktpolitik.

Zu den wichtigsten produktpolitischen Elementen gehört sicher eine Veränderung der Bestimmungen über Handelsklassen. Nur so ist eine Abkehr von den pervertierten Qualitätsnormen zu ermöglichen, die im Dienste industrieller Anbaumethoden planmäßig gefördert wurden.

Dazu gehörte im Grunde zweitens eine Rücknahme des Patentschutzes für Saatgutsorten. Dessen Ausdehnung hat paradoxerweise zur Standardisierung und drastischen Verringerung der Produktvielfalt der angebauten Sorten geführt. Seit etwa fünfzehn Jahren warnen SpezialistInnen vor den langfristig verheerenden Folgen dieser Vermarktung der Natur für die globale Ernährungssicherheit, aber mit sehr wenig Erfolg. Je später hier eine Umkehr erfolgt, desto größer werden die nicht mehr gut zu machenden Schäden sein.

überleben. Eines ging jetzt folgerichtig dazu über, im eigenen Sortiment die besonders umweltfreundlichen Waren wiederum zu kennzeichnen.

Die Grenzen zwischen Information und Werbung lösen sich auf. Da es ist dann nur noch ein kleiner Schritt bis zur Auszeichnung lärmarmer Motorrasenmäher mit dem blauen Umweltengel oder bis zur ersten Vergabe einer Umweltauszeichnung mit dem Symbol eines Eichhörnchens für Autobahnraststätten, die Bundes-Umweltminister Töpfer werbewirksam im letzten Jahr inszenierte. Die industriell normierten Produkte werden uns als Träger eines übermateriellen, gleichsam metaphysischen Gehalts verkauft. Er verspricht die Gegensätze aufzuheben zwischen den Freuden des Konsums, den die Produkte verheißen, und der Plünderung und Belastung der Natur, die sie hervorrufen.

MIT HANDWERKLICHEM EIGENSINN

Ökologische Produktpolitik und Nachhaltige Entwicklung – was also ist hier noch zu raten? Ich habe nicht viel anzubieten. Das Wenige soll in einer weiteren Geschichte verdeutlicht werden. In den dreißiger Jahren haben die Besitzer der baskischen Waffenschmiede El Casco ihre Produktion weltberühmter Qualitätsrevolver eingestellt. Sie verwendeten ihre handwerkliche Präzision und Materialkenntnis auf neue Produkte: auf Maschinen und Werkzeuge für Büro und Schreibtisch.

Trotz einer inzwischen weltweiten Nachfrage bleibt El Casco eigensinnig den gewachsenen Grundsätzen treu. Alle Präzisionsteile einer Maschine werden numeriert und von Hand zusammengebaut und eingestellt. Daraus ergibt sich eine außergewöhnliche Funktionssicherheit und Langlebigkeit. Funktionssicherheit: Bei den Bleistiftspitzern kann mit einer Rändelschraube eingestellt werden, ob eine leicht abgestumpfte Spitze für Farbstifte, eine normale Spitze für Bleistifte oder eine punktgenaue Spitze für Zeichenstifte gewünscht wird. Langlebigkeit: Bis heute liefert El Casco das kleinste Ersatzteil für jedes seit den dreißiger Jahren gebaute Gerät, ob es sich um Heftzangen, Locher oder Bleistiftspitzer handelt.

TAGUNG: ÖKOLOGISCHE PRODUKTPOLITIK

Die eigenen Wurzeln mehr bedenken

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Rund 160 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Politik und einige auch aus der Praxis kamen zur Jahrestagung des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Zwei Tage, am 26./27. November 93, wurde in den altehrwürdigen Räumen der Heidelberger Stadthalle referiert und diskutiert. Als spannend erwiesen sich vor allem die Arbeitsgruppen mit den Themen -Entwicklung neuer Produkte- (Ökodesign), -Bewertung von Produkten- (Ökobilanzen), -Einführung neuer Produkte- (Ökomarketing) und -Gestaltung der Rahmenbedingungen- (Ökopolitik).

Sicherlich war einmal mehr auf dieser IÖW-Tagung der aktuelle Wissensstand der ökologischen Forschungsgemeinde gut und fundiert vertreten. Ganz Neues kam dennoch wenig zu Tage. Vorwiegend wird an bestehenden Ideen und Instrumenten weitergearbeitet und gefeilt. Kritische Selbstreflexion über das eigene Wirken, wie von Plenumsvortrag von Hans Diefenbacher, stellt jedenfalls eine Ausnahme dar. Geschaut wird vor allem darauf, was die anderen, die Nicht-ÖkologInnen – von dem/der VerbraucherIn über den/die PolitikerIn bis hin zum/r UnternehmerIn – so alles falsch machen.

Vielfalt und Vielfältigkeit der Beiträge lassen eine abschließende Bewertung der Tagung nicht zu. Auffällig jedoch der oft starre Blick auf -die Großen-. Procter & Gamble, Hertie, Nord-LB-Unternehmensberatung oder der Firma ESPRIT (kam nicht) wird mehr Raum zur Selbstdarstellung eingeräumt als den zahlreichen kleinen, noch immer konsequenteren Pionierunternehmen der Öko-, Selbstverwaltungs- und Alternativszene. Letztere haben oft mühselig die Grundsteine gelegt, auf denen herkömmliche Unternehmen mit Ökotouch sich nun wie alteingesessene Platzhirsche gebärden.

Durch den Blick auf das Publizitätsträchtige darf das Gefühl für den Kern ökologischer Unternehmens- und Produktpolitik jenseits der Mode- und Vermarktungsprozesse nicht verloren gehen. Das heißt, es sollten auch die nicht so spektakulären, aber innerlich überzeugten kleinen Selbstverwaltungs- und Ökologieunternehmen berücksichtigt und einbezogen werden, die die Vorarbeit gemacht haben und machen: Vielleicht kann dies als Nebenaspekt für künftige Veranstaltungen mitbedacht werden? Ausführlichere Unterlagen zur Tagung und vor allem die geplante Dokumentation können angefragt werden beim IÖW-Regionalbüro Baden Württemberg, Bergheimerstr. 97, 69115 Heidelberg. ●

»SCHEIN«ÖKOLOGIE DURCH WERBUNG

Die Idee zu einer zweiten Gruppe von Produkten, auf die ich die Aufmerksamkeit lenken möchte, stammt ursprünglich von Frieder Rubik. Vor ziemlich genau zehn Jahren forderte er die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Veranstaltung auf, sich ihre Schreibgeräte, die sie gerade benutzen, genauer anzusehen. Die etwas betretene Runde von ökologisch hochmotivierten Zuhörerinnen und Zuhörern stellte damals fest, daß die Wegwerfkulis und Filzschreiber bei weitem zahlreicher vorhanden waren als die Bleistifte oder gar die Kolbenfüllfederhalter.

Nun ist in den letzten zehn Jahren die Verwirklichung einer postmateriellen Konsumhaltung um vieles leichter geworden. Es gibt unzählige Ratgeber, Produktkennzeichen, sogar einschlägige Versandunternehmen. Natürlich gilt auch hier als Umkehrung eines Sprichwortes: Wo das Rettende wächst, wächst auch wieder die Gefahr. Die Ratgeber verschwinden angesichts der Übermacht eines strategischen Marketings, in dem Ökologie zum verkaufsfördernden Attribut einer Vielzahl von x-beliebigen Produkten verkommt.

Von der ökologisch abbaubaren Shampooflasche bis zur neuen Uhrenkollektion von Benetton wird alles angeboten. Originalzitat: -Auch nach dem Umweltgipfel von Rio besteht kein Grund zur Entwarnung – Mit Höhlenmalerei und anderen Erdimpressionen erinnert die Modelinie 'Ecology' daran, daß die Zeit verrinnt.- Die entsprechenden Versandunternehmen können nur bei einer Erweiterung ihrer Angebotspalette um nicht so besonders ökologische Produkte

VERLORENE CHANCEN DURCH VERLORENE VIELFALT

Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit, das sind vielleicht noch Forderungen an den Zielkatalog für eine ökologische Produktpolitik, über die sich leicht Übereinstimmung erzielen läßt. Sogar die japanische Regierung hat kürzlich die Industrie aufgefordert, die Produktinnovationszyklen wieder zu verlängern. Und wenn die Rate der -Flops-, der Durchfaller also, bei der Einführung neuer Produkte immer größer wird und selbst die promateriellen KonsumentInnen an gewisse Grenzen der Sättigung oder ihrer Kaufkraft stoßen, dann werden diese Fragen auch ohne ökologische Orientierungen aktuell.

Mein Appell, den Produkten von Manufakturen und handwerklichen Techniken eine neue Aufmerksamkeit zu widmen, gründet sich nicht nur auf diese fast selbstverständlichen Forderungen nach Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit. Der Markt wird mit ständig neuen industriell erzeugten Produkten überschwemmt. Das Resultat ist eine weitgehende Vereinheitlichung. Es vollzieht sich eine Ausrichtung der Produkte an eine in bestimmter Weise geformte und typisierte Lebenswelt. Einher damit geht ein Verlust an Vielfalt.

Unter der Flut der neuen Produkte sehen wir oft nicht, was uns verloren geht. Die Warnsignale haben meist nur den Charakter eines bescheidenen folkloristisch getönten Feuilletons: Nicht weit von Heidelberg arbeitet der letzte Spankorbmacher Deutschlands, in Eberbach am Neckar einer der letzten Bootsbauer, der Fischernachen aus Holz herstellt. ...

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

Politische Ökologie
Hintergründe, Konzepte, Perspektiven

Lebensstil oder Stilleben
Lebenswandel durch Wertewandel
Nr. 33

Grün Heil!
Ökologie als Trojanisches Pferd der neuen Rechten
Nr. 34

Geniale Zeiten
Essen aus der Genküche
Nr. 35

Politische Ökologie
Cosimastr. 4/II
81927 München
Tel. 089/91 79 40
Fax: 089/910 15 17

FORTSETZUNG VON SEITE 12

Vor einiger Zeit schloß in der Region eine der letzten Spezialwerkstätten zur Reparatur von Autokühlern. Ebenfalls geschlossen hat eine kleine Firma, die Spezialheizkörper für Zentralheizungen herstellte, z.B. für die Küche, die ein in den Heizkörper eingebautes Warmhaltefach hatten. Im Elsaß hat der letzte Handwerker aufgehört, der Schabebänke herstellt, ein altes Gerät zur Holzbearbeitung.

Mit diesem Verlust an Vielfalt gehen nicht nur Produkte, sondern auch Techniken verloren. Von diesen werden wir dann nicht einmal mehr abschätzen können, welchen Beitrag zu einem ökologischen Umbau unserer Produktion sie hätten leisten können: -Angepaßte Technologien- müssen nicht nur für -Entwicklungs--Länder, sondern auch für industrialisierte Länder in einem Konzept für eine nachhaltige Wirtschaft in ihrem kulturellen Zusammenhang betrachtet werden. Erstaunlicherweise wird diese Erkenntnis überwiegend noch immer als technikfeindlich abgetan.

»SCHÖNE NEUE GEGENWELTEN«

Das bisher Dargestellte soll mit einem weiteren Aspekt abgeschlossen werden: Wir haben uns an eine ständige Verfügbarkeit vieler Produkte gewöhnt. Die Vorteile dieser ständigen Verfügbarkeit sind so offenkundig, daß es schwerfällt, die Nachteile auch nur zu benennen.

Heißt dies eine Diskussion zu beginnen, die diese generelle Verfügbarkeit von Produkten und Dienstleistungen in Zweifel zieht? Erste Versuche der ÖkologInnen, diese Fragen anzusprechen, haben sich als nicht besonders tauglich erwiesen. Es ist nur zu offensichtlich, daß die Zivilisationskritik selbst in einer Krise steckt, auch wenn sie mit einer Orientierung etwa auf das Thema -ökologische Produktpolitik- wieder handhabbar gemacht werden soll.

Mark Siemon hat dieses Dilemma in seinem Essay mit dem Titel -Schöne Neue Gegenwelten- treffend charakterisiert: -Nicht, als ob man nicht immer noch interessante Bücher ... schreiben könnte – das Reservoir der einschlägigen Vokabeln steht bereit, und nach wie vor ist jeder frei, sich nach Herzenslust daraus zu bedienen. ... Der Zivilisationskritiker heute hat es mit dem schlechterdings infamen Umstand zu tun, daß er überall auf seinesgleichen trifft. Wie gerne wollte er einen Schritt zurücktreten, um einen prüfenden Blick auf die kuriosen Gewohnheiten seiner Zeit zu werfen, wollte er die Üblichkeiten ihrer einschläfernden Selbstverständlichkeiten berauben und sich mit einem Lächeln auf die nächsthöhere Stufe des dialektischen Bewußtseinsprozesses schwingen. Doch sowohl der Platz einen Schritt zurück als auch der eine Stufe höher sind schon besetzt. Breitbeinig steht da ein alerter Marketing-Direktor ... und faselt etwas von affirmativer Ästhetik. Wie gerne würde der Zivilisationskritiker nun mit einem Sprung nach vorne ... diesem Welttheater den Spiegel vorhalten – doch da wartet schon ein Sponsoring-Agent oder ein Werbe-Dichter, der über den Geschwindigkeitsrausch der Moderne schwadroniert. Die Zivilisationskritik scheint in die Zivilisation längst eingebaut, gar ihr geheimer Kitt zu sein.-

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

STETS WIEDER VON NEUEM FRAGEN

-Nachhaltige Entwicklung- und -Ökologische Produktpolitik- – wir sind in der Gefahr, durch derartig schöne neue Begriffe eine Gegenwelt zu schaffen, die nur Fiktion bleibt. Wir gaukeln uns vor, Widersprüche und Interessengegensätze darin aufheben zu können. Ein Innehalten ist notwendig, um zunächst einmal festzustellen, wie weit die Zerstörungen reichen, was die Produkte, mit denen wir uns umstellt haben, tagtäglich mit uns anrichten.

Deren ständige Verfügbarkeit hat spätestens seit der letzten Welle der Kommunikationstechnik voll auf die Menschen zurückgeschlagen: All die Fax-Geräte, Laptops mit Modems, Anrufbeantworter mit Fernabfragen fördern nicht nur die Illusion der Omnipräsenz. Sie bereiten den Boden für eine neue Qualität der Instrumentalisierung.

Alle vorsichtigen Überlegungen, die ernsthaft zu diskutieren ich vorgeschlagen habe, erscheinen als völlig unzeitgemäß oder undurchführbar. Eine ökologische Produktpolitik wird wohl auf absehbare Zeit mit der schwer zu ertragenden Spannung leben müssen, viele mühselige Schritte zu gehen, ohne der konkreten Utopie eines Sustainable Development erkennbar näher zu kommen.

Es kann etwas trösten, wenn WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen zunehmend ihre Kraft darauf verwenden, dieses Paradoxon aufzulösen. Aber es wäre wohl kein Fehler, auch diese betriebsame Hektik von Zeit zu Zeit zu unterbrechen: innehalten, um sich die geschilderte Spannung zu vergegenwärtigen, ohne sofort das Heil in einer weiteren Steigerung der Aktivität zu suchen – innehalten, um sich die Gegenstände, die wir benutzen, einfach einmal genau anzusehen – von neuem fragen, wofür sind sie eigentlich wirklich gut. ●

(Die Ausführungen wurden für den Abdruck stark gekürzt)

BUCHBESPRECHUNGEN

Managementwissen Ökologie

Die Literatur zum Thema Ökologie, aufbereitet für PragmatikerInnen in Unternehmen ist schier unüberschaubar geworden. Kaum ist ein Buch bestellt und noch nicht gelesen, scheint es schon etwas Besseres und Neueres zu geben. Ein Betrieb, der sich hier besonders hervortut, ist der Verlag -moderne industrie-. Veröffentlichungen dort sind meistens -durchgestylt- mit vielen anschaulichen Graphiken, Tabellen und Übersichten. Das oft überdurchschnittlich große Schriftbild erleichtert schnelles Durchlesen und Querchecken. Dies gilt auch für die folgenden drei kurz besprochenen, Veröffentlichungen, deren Preise allerdings nicht immer angemessen sind.

ABSCHIED VON OTTONORMALVERBRAUCHER

Zwischen Luxus und kalkulierter Bescheidenheit, so wird der neue Verbraucher bzw. die neue Verbraucherin in einem Sammelband zum Thema Wertewandel und Konsum von Rüdiger Szallies und Günter Wiswede beschrieben. Er stellt eine aktuelle Bestandsaufnahme konkreter Entwicklungen dar, widergespiegelt in einer Mischung theoretischer Konzepte, empirischer Befunde und rationaler Spekulation. Wertewandel, Arbeit, Freizeit und Konsum, Umweltbewußtsein, Informationsgesellschaft, Handelsentwicklung, Ernährung, Textilien, Wohnen, Gesundheitsmarkt sind nur einige der zentralen Stichworte.

Auch wenn die Autoren vorwiegend die großen Entwicklungen -abklopfen-, sind viele Beiträge auch für kleinere Unternehmen relevant. Wird die Nische zum Trend, werden sie bei ihrer eigenen Absatz- und Kundenorientierung folgenschwere Veränderungen vornehmen müssen – oder erfahren. Sich entsprechend aktiv mit längerfristigen Entwicklungen und Einstellungen und deren Folgen auseinanderzusetzen, darin liegt der entscheidende Wert dieser Veröffentlichung.

Rüdiger Szallies / Günter Wiswede (Hg.): Wertewandel und Konsum. Fakten, Perspektiven und Szenarien für Markt und Marketing, Landsberg 1990, DM 128,--.

ANSEHEN MIT UMWELTENGAGEMENT

Die zweite Veröffentlichung versucht ein praktisches Instrument als Antwort auf den Wertewandel zu puschen: das Ökosponsoring. Vorweg wird eine Art Einführung über Wertewandel und Umweltbewußtsein gestellt und anschließend Ökosponsoring als Marketinginstrument auf rund 30 Seiten beschrieben. Hier wäre eine tiefergehende Darstellung mit mehr Umsetzungshilfen angebracht gewesen. Wer Entsprechendes erwartet, dem ist mit Schriften zum Thema von Manfred Bruhn besser gedient.

Stärke des Buches ist die umfassende Bestandsaufnahme von Unternehmen und Beispielen im Bereich Ökosponsoring. Fast alle Großen (Autofirmen, Banken, Handels- und Hotelketten) bemühen sich, etwas beim Umweltengagement vorzuweisen. Abschließend werden Sponsoringaktivitäten als Kooperationen mit Umwelt- und ökologisch orientierten Unternehmensverbänden beschrieben. Wer aus Beispielen lernt und über diese Anregungen für die eigene Arbeit gewinnen kann und will oder eine Überblick zum Thema sucht, ist mit diesem Buch gut bedient.

Birgit Grüßer: Image durch erfolgreiches Ökosponsoring mit 50 Fallbeispielen. Landsberg 1992, DM 148,--.

PROBLEMVERMEIDUNG DURCH INFORMATION

Den momentanen Stand der Instrumente zur Beurteilung der Umweltauswirkungen von Unternehmen, Verfahrenstechniken und Produkten möglichst vollständig abzudecken, ist Anliegen der Gemeinschaftsarbeit von Waldemar Hopfenbeck und Christine Jasch. Ihre Veröffentlichung weist die beste Qualität unter den besprochenen Büchern auf. Verständlich und doch grundlegend wird in die Thematik eingeführt. Durch wichtige Entwicklungen wie Neugestaltung des Haftungsrechts, Umwelt-Informationssysteme, Erfordernissen der kommunikativen Öffnung von Unternehmen nach außen wird in die Zielrichtung des Buches -Präventivdenken und mehr Eigenverantwortung- eingeführt.

Aufbau eines betrieblichen Umwelt-Controllsystems, Umwelt-Controlling als Basis von Abfall- und Rückstandsmanagement sowie der Umweltbezug des Rechnungswesens sind weitere Kapitel. Erst dann werden vier zentrale Instrumente genauer beschrieben: Öko-Audit, Ökobilanzen, Kennzahlensysteme und Umweltberichterstattung. Sie sind differenziert dargestellt und mit Praxisbeispielen veranschaulicht. Erfreulich ist, daß neben verschiedenen Konzern- und Großunternehmensbeispielen auch kleinere bzw. mittelständische Betriebe mit ihren Aktivitäten dokumentiert sind.

Waldemar Hopfenbeck / Christine Jasch: Öko-Controlling – Umdenken zahlt sich aus. Umweltberichte, Audits, und Ökobilanzen als betriebliche Führungsinstrumente, Landsberg 1993, DM 158,--.

Burghard Flieger

REZENSION

TQM and the survival of capitalism – Was die europäischen »Qualitätsmacher« uns lehren –

Wolfgang Beywl, Redaktion Genossenschaften ● Weshalb hat der Kapitalismus gewonnen? Die richtige Antwort heißt: -Auch wegen TQM-. Im Reisebericht des englischen Wirtschaftsjournalisten erfahren wird zwar kaum Systematisches über TQM, wissen aber nachher, daß wir uns mit dieser Magie vertraut machen müssen.

Der Bogen der porträtierten Firmen ist weit gespannt: Vom Rüstungs- und Automobilproduzenten, über Energiekonzerne, Chlorchemie, PC- und Elektronikindustrie, Banken und Versicherungen, britische Post und Telekom, mehrere Unternehmensberatungen bis zur schottischen Regionalentwicklungsgesellschaft und der Rotterdamer Fachhochschule für Design. Auf je acht reich bebilderten Druckseiten wird gezeigt, welche Qualitätsziele sie verfolgen, welcher Techniken und Trainingskonzepte sie sich dabei bedienen.

Das Zauberwort: -TQM- – Total Quality Management-. Es legt unternehmensweit die Kundenzufriedenheit als verbindlichen Maßstab fest, durch Befragungen ermittelt, in Statistiken veranschaulicht. Voraussetzungen wie erwünschte Nebeneffekte der umfassenden und vorsorgenden Qualitätssicherung sind Zufriedenheit der MitarbeiterInnen, echte Kooperation (Teamführung, selbstverwaltete Gruppen) und Führungsverantwortung: Die nächsten Kunden des Top-Management sind ihre Beschäftigten. Wenn sich wirklich alle der Total-Quality-Bewegung verschrieben haben, dann ist das Unternehmen auf dem richtigen Kurs. Wenn die Profite steigen, ist das nicht schlecht. Aber das erste Ziel heißt jetzt: Qualität.

Die Reise, die das Ziel ist – Dieser Spruch ist uns doch vertraut? Waren da nicht einmal, hauptsächlich in den 70er Jahren, diese alternativen Bewegungen? Die stete Hetze nach Umsätzen, Profiten, den großen Zahlen als Fetisch, der letztlich das Leben entleert?

TQM ist eine Antwort der fortschrittlichen kapitalistischen Unternehmen auf die Sinnkrise, Ausbrennen der MitarbeiterInnen, erstarrte Hierarchien, Lohnabhängigengleichgültigkeit usw.. Die Kultur der Unternehmen soll umgemodelt werden, entstehen sollen Quality-Systeme, Quality-Prozesse und schließlich Quality-Menschen. Der religiöse Eifer zeigt sich auch in der Wortwahl: Die -Produktivität-Qualität-Beziehung-Dreifaltigkeit- wird -gepredigt-, es geht um Visionen und Missionen, um die bessere Befriedigung gesellschaftlicher Interessen und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Sind die ehemaligen Aussteiger und Vorkämpfer für ein einfaches Leben in den Vorstandsetagen angekommen? Oder zumindest ihre Ideen, wenigstens im Kern? Hat es schlicht eine metaphysische Massenerleuchtung gegeben? Vielleicht von allem etwas, aber letztlich ist es die Unausweichlichkeit der Erkenntnis, daß Überleben am Weltmarkt es erzwingt, die überhierarchisierten, überkontrollierten und überausgestatten Unternehmenskonzepte zu verabschieden. TQM wird sich durchsetzen – vielleicht abgewandelt oder in umgescheidertem Gewand. Das ist die durchaus glaubwürdige Botschaft.

Was dies für Menschen und Gesellschaften bedeutet, steht auf einem anderen Blatt. Sicher wird das Leben angenehmer, schon wegen der freundlicheren und gewiß meist auch viel zufriedeneren Telefonistinnen, die aus den TQM-Trainings Selbstbewußtsein und Arbeitsfreunde mitbringen. Der Service wird besser, wir als EndverbraucherInnen merken, wie sich alle um uns bemühen – wem schmeichelt das nicht? Nur Zyniker mag es hingegen erfreuen, daß die TQM-Apostel von Alenia, dem führenden italienischen Luft- und Raumfahrtkonzern, sich ganz in den Dienst des Endkunden -Jagdpilot- stellen. Oder wenn die TQM-versessene -Société Générale- als ihren Qualitätsbeitrag für Natur und Gesellschaft herausposaunt: Rückgang der Co2-Emissionen durch Ausbau der überaus sicheren belgischen Atomkraftwerke.

Kurzum: Das Buch macht klar, daß TQM wichtig ist, setzt bei den Lesewilligen aber voraus, daß sie schon wissen, was TQM ist. Da Heller nicht einmal die von ihm erwähnte Literatur auflistet, wird das in einer späteren Ausgabe dieser Zeitschrift nachgeholt. ●

Heller, Robert: The Quality Makers. Die Wegbereiter der europäischen Qualitätsrevolution, Zürich 1993, 68,– DM.

ANKÜNDIGUNG DER GENOSSENSCHAFTSTAGUNG

Ökonomie der Werte oder Werte in der Ökonomie?

Unternehmenskultur in genossenschaftlichen, alternativen und tradtionellen Betrieben ist das Thema der dritten Genossenschafts-Tagung an der Evangelischen Akademie Hofgeismar vom 21. bis 23.10.1994.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Unterschiede und Gemeinsamkeiten verschiedener unternehmenskultureller Ansätze in der Wirklichkeit herauszuarbeiten, ist ein spannendes Unterfangen. Dies soll auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar vom 21. bis 23.1994 über genossenschaftliche Unternehmensansätze versucht werden. Durch ein Nebeneinanderstellen völlig verschiedener partizipativer Unternehmenskulturen wird deutlich werden, daß unterschiedliche gesellschaftliche Wertzusammenhänge trotz vergleichbarer Ziele völlig andersartige, kulturelle Ausprägungen auf Unternehmensebene hervorrufen. Wie auf zwei Veranstaltungen zuvor stehen deshalb praktische betriebliche Beispiele im Vordergrund.

Zur Einführung und als gedanklicher Leitfaden für das Wochenende dienen zwei theoretische Referate. In ihnen wird der Begriff Unternehmenskultur und seine eigenständige Ausprägung in neueren genossenschaftlichen Unternehmen veranschaulicht. Unternehmenskultur kann als die Summe der überlieferten, aber veränderbaren Orientierungsmuster und typischen Verhaltensweisen in einer wirtschaftlichen Organisation verstanden werden. Diese werden als Wert- und Wissensstandard bewußt oder auch unbewußt für die Mitglieder durch gemeinsame Übernahme verbindlich. Erlernbar und vermittelbar sind ihre Struktur und ihr Sinn im Zeitablauf durch Überlieferung und Erfahrung.

Ausgangspunkt empirischer Arbeiten sind die dann folgenden Fallbeispiele aus dem alternativen Sektor und aus dem Bereich partnerschaftlich geführter Unternehmen. Durch die Beteiligung von Firmenvertretern bei der Darstellung kann ihre Wirklichkeit gut nachvollzogen werden. Den Abschluß am Sonntag bildet der Blick nach Ostdeutschland. Die dortigen Erfahrungen aus der Zeit der ehemaligen DDR und der schnelle Wandel führten zu eigenständigen genossenschaftlichen Formen, die es in Westdeutschland bisher nicht gibt. Landwirtschaftliche und handwerklich-industrielle Produktionsgenossenschaften sind so ein Teil der bundesrepublikanischen Wirtschaftswelt geworden. Vielleicht lassen sich aus diesen genauso wie aus den vorherigen Beispielen Anregungen für die bewußte eigene Gestaltung partizipativer Unternehmenskulturen gewinnen?! ●

Anzeige

ökowerk

Unser Konzept für Ihre Altersversorgung

★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!

Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151

e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

ELEKTROSMOG – VOM RADIOWECKER BIS ZUR MIKROWELLE:

Wie geladen sind wir eigentlich ?

Der Seminarraum der Münchner Frauen-Computer-Schule in München war rappelvoll: über sechzig TeilnehmerInnen wollten wissen, was es mit dem »Elektrosmog« auf sich hat.

Von Angelika Huber, Redaktion Heidelberg ● Die Diplomphysikerin Rosemarie Rübsamen aus Halstenbek vermittelte zunächst die Grundlagen elektrischer Ladungen und Ströme und wo solche auch in unserem Körper vorkommen – als Elektrolyte im Blut oder in der Ladung von Körperzellen, deren Membran nur durch hohe Frequenz durchstoßen werden kann. Zum Beispiel bei einem Stromschlag.

Daß ein Stromschlag Muskelkrämpfe hervorrufen kann, ist unumstritten. Diese eindeutige Zuweisung von Ursache und Wirkung nennt Rosemarie Rübsamen eine »grobe physikalische Erklärung«. Genau so »grob physikalisch« kann die Wirkung der Mikrowelle erklärt werden: die Nahrung wird durch hochfrequente Felder erwärmt.

Schwieriger wird's, wenn Ursache und Wirkung in keinem so eindeutigen Verhältnis zueinander stehen, wenn – nach Rübsamen – »subtile physikalische Erklärungen« greifen müssen, um z.B. zu erfassen, welche Auswirkungen ein direkt neben dem Bett stehender Radiowecker hat. Bekannt ist, daß die Hormonausschüttung der Zirbeldrüse durch elektromagnetische Felder gestört wird und zu Depression, Unfruchtbarkeit und gar Krebs führen kann. Ein Radiowecker produziert elektromagnetische Felder. Nun geben Sie aber bitte nicht Ihrem Radiowecker die Schuld dafür, wenn Sie 'mal »nicht gut drauf sind« – so einfach ist es nicht, wenn, dann sind schon mehrere Faktoren für eine Wirkung verantwortlich und das macht den Erklärungsversuch auch so »subtil«.

Nahezu unmöglich wird eine Erklärung nach dem heutigen Stand der Wissenschaft, wenn Ihnen die bloße Nähe elektromagnetischer Felder – vor Bildschirmen oder unter Halogenbeleuchtungen, neben Haushaltsgeräten oder beim mobilen Telefon – Unbehagen bereitet. Dann nämlich verfügen Sie über eine »Elektonensensibilität«, die Ihnen die Körperhärchen aufstellt (das wiederum ist nachweisbar!) und die in Ihrem Körper auslöst, was – paradox genug – auch wieder nachweisbar ist, nämlich Stress.

Nicht nachzuweisen ist – und das ist der springende Punkt dabei – daß Ihr Stress auch durch elektromagnetische Felder bedingt sein kann.

Damit bleibt das Thema »Elektrosmog« so vernebelt, wie es das Wort »Smog« bedeutet, und selbst die Differenzierung in Felder, Wellen und Strahlen hilft nicht viel weiter: Felder sind Kraftwirkungen im Raum, ob Gleichfelder oder Wechselfelder (ob Reibungselektrizität bei der Kleidung oder die 50 Hz-Stromversorgung bei unseren elektrischen Leitungen), Wellen sind lang, mittel oder kurz (wie z.B. beim Radio) und Strahlen entstehen aufgrund hochfrequenter Wellen erst im Fernbereich, gelten damit im Nahbereich als unwirksam.

Im Nahbereich aber befinden Sie sich, wenn Sie vor dem Bildschirm ihres Computers sitzen. Je näher Sie dem Bildschirm kommen, desto mehr sind Sie seinem elektromagnetischen Feld ausgesetzt. Dieses spannungsgeladene Feld konzentriert die Staubpartikelchen aus der Luft und schießt diese gegen Sie ab.

Was dagegen tun? Rosemarie Rübsamen empfiehlt eine »Null-Dioptrien-Brille« und schon beim Kauf darauf zu achten, daß der Bildschirm der sogenannten »MPR-II-Norm« entspricht.

Diese Norm basiert auf einem schwedischen Grenzwert-Schema, das entschieden »strenger« ist als unsere deutsche Norm, genannt DIN. Nach der schwedischen Norm soll bei einem Bildschirm die elektrostatische Feldstärke unter einem Kilo-Volt pro Meter liegen, nach der deutschen bei 40 kV/m.

Die unterschiedlichen Grenzwerte allerdings sollten über etwas ganz Wesentliches nicht hinwegtäuschen: auch wenn eine Heizdecke ein höheres elektromagnetisches Feld aufbaut als ein Radiator, ein Mobiltelefon entschieden kritischer zu beurteilen ist als eine elektrische Zahnbürste, so ist eine niedrige Feldstärke – so wünschenswert sie auch sein mag – noch lange keine Gewähr dafür, daß auch das gesundheitliche Risiko entsprechend niedrig ist.

Unsere Körperzellen reagieren nicht wie ein Thermometer – hohe Temperatur, hohe Quecksilbersäule – sondern höchst differenziert, um nicht zu sagen »chaotisch«: 'mal so, 'mal so... und niemand kann sagen, welche Feldstärke welche Reaktionen hervorruft. Deshalb greift eine Diskussion um Grenzwertfestsetzungen allein zu kurz.

Dennoch sollten auf unseren elektrischen und elektronischen Produkten nicht nur Volt und Watt, sondern auch die Feldstärke angegeben werden, fordert Rosemarie Rübsamen. Von einem Mobiltelefon rät sie ab, und von der Mikrowelle auch: weniger wegen der elektromagnetischen Felder als vielmehr deshalb, weil durch die hochfrequente Erwärmung die Zellstrukturen der Nahrung maßgeblich verändert werden – und wer weiß, was Sie dann noch zu sich nehmen? ●

Weiterführende Literatur:

Norbert Leitgeb, Strahlen, Wellen, Felder, dtv 1991
Fischer/Schneider, Elektrobiologie, Schriftenreihe Gesundes Wohnen
König/Folkerts, Elektrischer Strom als Umweltfaktor, Pflaum Verlag München

EINKOMMENSTEUER 1993

Empfehlenswertes Programm

Redaktion Heidelberg ● Bares Geld verschenken viele – weil sie die vielfältigen Steuerspar-Möglichkeiten bei ihrer Einkommensteuer-Erklärung nicht nutzen. Statt sich lange mit schwer verständlichen Formularen zu plagen, nehmen sie lieber einen finanziellen Verlust in Kauf.

Für SteuerzahlerInnen, die über einen Computer verfügen, gibt es einen Ausweg. Sie können sich die Formularschlacht mit einem EDV-Programm erheblich erleichtern. Die meisten »kleinen« Steuerprogramme bieten allerdings nicht mehr als eine Rechenhilfe und verlangen erhebliches steuerliches Fachwissen. Mit »TK Software Steuer 1993« ist jedoch ein PC-Programm auf dem Markt, das auch steuerlichen Laien die Erstellung der Einkommensteuer-Erklärung am Bildschirm leicht macht. Das Programm führt den Benutzer quasi automatisch an alle Tatbestände heran, die helfen, Steuern zu sparen.

Anders als die meisten anderen auf dem Markt befindlichen Programme ist dieses Programm nicht nur auf ArbeitnehmerInnen zugeschnitten, sondern auch für UnternehmerInnen eine große Hilfe.

Das Programm berechnet aufgrund der eingegebenen Daten automatisch die Steuer und erstellt einen Kontrollbogen, der vom Aufbau her genau dem amtlichen Steuerbescheid gleicht. Kommt der Bescheid, läßt sich so auf einen Blick feststellen, ob das Finanzamt von der Erklärung abgewichen ist.

Das Programm ist sehr benutzerfreundlich. Mit einem Tastendruck können zu jedem Eingabefeld Erläuterungen und aktuelle Entscheidungen der Finanzgerichte abgerufen werden. So erfährt der/die NutzerIn beispielsweise, welche Aufwendungen im Feld »sonstige Werbungskosten« angegeben werden können.

Die Handhabung ist einfach und man/frau muß kein »Computer-Freak« sein. Die Installation ist kinderleicht. Zur Ausstattung zählt ein Handbuch, das jedoch nur selten benötigt wird. Das Programm ist aus sich heraus verständlich.

Ein besonderer Clou ist, daß die eingegebenen Daten direkt auf den amtlichen Steuerformularen ausgedruckt werden können. Das lästige Übertragen der Daten per Hand in die Vordrucke entfällt. Außerdem werden automatisch Anlagen zur Steuererklärung erstellt, die dem Finanzamt die Einzelposten der Erklärung erläutern.

Auch wer seine Erklärung von einem/r Steuerberater/in machen läßt, kann von dem Programm profitieren. Ein/e Berater/in macht sich nämlich erst dann richtig bezahlt, wenn er/sie von seinem/r Mandanten/in umfassend informiert wird. So bleibt mehr Zeit für ein qualifiziertes Beratungsgespräch und eine zielgerichtete Steuer-Planung.

Das Programm enthält einen Steuer-Planungs-Modus, der es ermöglicht, jeden Wert in der Erklärung zu verändern. So läßt sich beispielsweise ausrechnen, wie sich der Kauf einer Eigentumswohnung oder zusätzliche Werbungskosten steuerlich auswirken. Oder aber, ob es sich steuerlich lohnt, zusätzliche Bausparkassenbeiträge zu zahlen. Nach einer Neuberechnung der Steuer wird die Steuerersparnis im Vergleich zum Ausgangsfall berechnet. Auch die Auswirkungen auf den Steuersatz werden dargestellt.

Der Aufbau des Programms entspricht dem aktuellen Stand moderner Anwendungsprogramme und bietet umfangreiche Variationsmöglichkeiten bei der Bildschirmgestaltung. Durch die moderne »Fenstertechnik« behält der/die Nutzer/in jederzeit die Übersicht. Das Programm kann auf allen IBM-kompatiblen Computern mit dem Betriebssystem MS-DOS 3.1 (oder höher) genutzt werden. Weitere Voraussetzungen sind mindestens 490 Kilo-Byte freier Hauptspeicher und 3,5 Mega-Byte freie Festplattenkapazität.

In den beiden letzten Jahren ist »TK Software Steuer« aus einem Vergleichstest der Stiftung Warentest jeweils als Testsieger hervorgegangen. Die Stiftung lobte: »TK Software Steuer ist das für Steuerlaien und Fachleute beste Programm im Test.«

Das Programm, das von zwei Düsseldorfer Finanzbeamten (!) entwickelt wurde, erscheint jährlich mit Anpassungen an die geänderten Vordrucke und Gesetze. Es kostet 150 DM (inklusive Versand und Mehrwertsteuer). In den Folgejahren können Kunden das neue, aktualisierte Programm zum Update-Preis von 78 DM erwerben. Der Kaufpreis für das Programm kann in voller Höhe steuermindernd geltend gemacht werden. ●

Das Programm kann bestellt werden beim TK Software VertriebsService, Uerdinger Straße 118, 40474 Düsseldorf, Telefon 0211/47 82 0 - 0, Telefax 0211/47 82 0 - 22. Bei der Bestellung ist die Diskettengröße (3 1/2 Zoll oder 5 1/4 Zoll) anzugeben.

SPENDENAKTION

Versiko-KundInnen spenden 7.000 DM an den Flüchtlingsrat

Ein außerordentliches politisches Engagement demonstrierten über 700 KundInnen der Versiko GmbH Düsseldorf auf dem 1. Versi-Markt. Die BesucherInnen spendeten 7.000 DM für den Flüchtlingsrat NRW e.V. Diese Organisation arbeitet für eine politische Anerkennung der Flüchtlinge in der BRD und wird die Spende im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit einsetzen. Darüber hinaus verloste der ökologisch engagierte Versicherungsmakler 20 Genossenschaftsanteile á 100 DM der Ökobank eG an seine KundInnen.

SELBSTDARSTELLUNG KULTURPROJEKT »BAUHÜTTE«:

Neue Perspektiven in der Ökologiebewegung

Das Kulturprojekt soll in einem neu zu bauenden Tagungshaus verwirklicht werden, im Rahmen eines Kursangebots, das wir mit dem Begriff »Akademie für SelbstversorgerInnen« charakterisieren wollen. Zur Zeit ist eine Gruppe im entstehen begriffen, welche die weiteren Vorbereitungen gemeinsam tragen will. Geplant ist das Tagungshaus für etwa ein Dutzend Erwachsene, die mit ihren Kindern dort leben und arbeiten.

Wir wollen ohne Chef auskommen, sehen uns also in der Tradition der selbstverwalteten Betriebe. Auch der Gedanke der Selbstversorgung ist nicht neu, nur wollen wir ihn vielleicht etwas konsequenter als in vielen anderen »Alternativprojekten« verwirklichen, weil wir hierin ein überzeugendes Gegenmodell sehen zu dem weltweiten Selbstmordprogramm, daß sich »freie Marktwirtschaft« nennt. Insofern wollen wir mit der Selbstversorgung über die landwirtschaftliche Produktion hinausgehen und auch die Vor- und Entsorgung (Energie, Wasser, Abwasser), den handwerklichen und den kulturellen Bereich einbeziehen.

Natürlich wollen und können das die Tagungshausleute nicht alles selbst machen, vieles wird deshalb auch im Rahmen des Kursangebotes abgedeckt werden, bei dem die Gäste einen Teil des Entgelts als Arbeitsleistung für das Tagungshaus einbringen. In dieser »Akademie für SelbstversorgerInnen« können dadurch die Kursgebühren niedrig gehalten werden.

Bevor wir nun auf weitere Einzelheiten des Projektes eingehen, wollen wir es in die gegenwärtige politische Landschaft einordnen. Es gehört eindeutig nicht zu der seit geraumer Zeit vorherrschenden Strömung, die darauf baut, die weltweite ökologische Katastrophe durch technische, wissenschaftliche oder verwaltungsmäßige »Maßnahmen in den Griff zu bekommen«. Wir verstehen uns auch nicht als Teil jener – sicher sehr wichtigen und unterstützenswerten – »Feuerwehrinitiativen« wie z.B. Greenpeace, die versuchen, die schlimmsten Auswüchse des herrschenden Wirtschaftssystems zu verhindern oder abzumildern. Wir sehen uns vielmehr in der Nachbarschaft jener Projekte mit Modellanspruch, die andere Lebensformen entwickeln und erproben wollen, also von Lebensgemeinschaften, die sich durch den Slogan »anders leben & arbeiten« charakterisieren lassen.

Insoweit wäre das nichts Neues und wir könnten uns auch einem der zahlreichen schon bestehenden Projekte anschließen, zumal viele von ihnen schon seit Jahren an personeller Auszehrung leiden oder sich gar schon auf Ein-Mann bzw. Eine-Frau-Betriebe zurückentwickelt haben.

Neu an unserem Projekt ist vor allem das Bestreben, alternative Lebensformen nicht nur technisch zu erproben und sie argumentativ zu vertreten, sondern sie auch ästhetisch darzustellen. Wir wollen also zeigen, daß Selbstversorgung nicht nur als alternatives Wirtschaftssystem »machbar« ist, sondern auch schön sein kann. Das betrifft die Produkte der Arbeit ebenso wie den Produktionsprozeß. Ein Lehmestrich z.B. kann gestampft werden, indem die ganze Gemeinschaft einen bretonischen »Handa Drô« darauf tanzt (man sagt, dazu habe dieser Tanz ursprünglich auch gedient). Die Umgangsformen in der Arbeit können so neben ihrer Zweckmäßigkeit auch Schönheit zum Ausdruck bringen – indem sie unsere Ideale des Zusammenlebens sinnlich erfahrbar machen.

Diese politische Ästhetik – also das Bestreben, politische Ziele in ihrer Schönheit darzustellen – ist in den neueren Alternativbewegungen weitgehend in Vergessenheit geraten, obwohl dieses Instrument in der Geschichte der Menschheit von Anfang an – seit den steinzeitlichen Höhlenmalereien – eine zentrale Rolle gespielt hat. Übrig geblieben ist heute allenfalls eine »Ästhetik des Widerstandes«, z.B. in den Ausdrucksformen der Demonstrationen, die sich gegen etwas richten. Die Darstellung dessen, wofür man oder frau eintritt, ist demgegenüber seit dem Nationalsozialismus (der seine politische Ästhetik mit großem Aufwand in Szene setzte) und dem »sozialistischen Realismus« (vor allem in der Malerei) derart in Mißkredit geraten, daß man gerade in »alternativen« Kreisen glaubt, überhaupt auf eine politische Ästhetik verzichten zu können und sich auf eine blutleere rationale Argumentation beschränkt. Das garantiert Erfolglosigkeit gegenüber dem herrschenden Wirtschaftssystem, das seine gesellschaftlichen Ziele in der Warenästhetik in äußerst wirksamer Form zum Ausdruck bringt: In unserer alltäglichen Umwelt werden wir ständig von unterschwelligen Botschaften bombardiert – keineswegs nur durch die Werbung, sondern von den Waren, Bauten und Dienstleistungen selbst – die uns einflüstern, wie schön der mühelose und grenzenlose Konsum sein soll, und daß es sich lohne, ein Drittel unserer Lebenszeit dafür zu opfern an einem meist sinnentleerten und fremdbestimmten Arbeitsplatz zu verbringen.

Im Kulturprojekt »Bauhütte« werden diese Einflüsterungen zum Schweigen gebracht, weil dort (fast) keine industriell produzierten Massengüter und Dienstleistungen zu finden sind. BetreiberInnen des Tagungshauses wie auch BesucherInnen erfahren sich neu in einer Umwelt in der ihnen fast alles, was sie sinnlich erfahren, die Botschaft vermittelt: »Es ist schön, Waren und Dienstleistungen selbst zu produzieren, die Menschen persönlich zu kennen, von denen sie kommen; es ist schön (nicht nur vernünftig), selbstbestimmt und kreativ zu arbeiten, Arbeitszeit ist keine verlorene Lebenszeit, sondern Wachstum & Selbstentfaltung«.

Dieses Projekt ist anti-aufklärerisch, weil wir Menschen nicht »aufklären«, ihnen nicht mit Argumenten und Agitation beikommen wollen, sondern ihnen unsere Ideen als sinnliche Erfahrung zugänglich machen; damit ist das Projekt auch postmodern, denn die Moderne ist vom Geist der Aufklärung durchdrungen. – Das Projekt ist feministisch, denn wir greifen mit dem Prinzip der Selbstversorgung die »Substistensperspektive« einer – wenn auch nur kleinen – Fraktion der Frauenbewegung auf. – Das Projekt ist konstruktivistisch, denn wir gehen davon aus, daß Wirklichkeit nicht vorgefunden, sondern konstruiert wird – nicht nur im Geist, in der Phantasie, sondern auch materiell und biologisch. Daraus ergibt sich eine tolerante Haltung gegenüber den Wirklichkeiten, die von anderen Gemeinschaften hergestellt werden und die genauso »wirklich« sind, weil auch sie »wirken«. Gleichwohl ist das nicht mit jener oft geschmähten »postmodernen Beliebigkeit« gleichzusetzen, weil wir für unsere Wirklichkeit Partei ergreifen – nicht, weil sie die einzige »wirkliche« Wirklichkeit sein soll, sondern weil wir sie schön finden und gute Wirkungen von ihr erwarten.

Nun aber wieder zurück auf den Boden der Tatsachen, zum Stand der praktischen Vorbereitungen: Aufgrund von Inseraten und aus dem persönlichen Freundes- und Bekanntenkreis haben sich bisher zwanzig Menschen gefunden, die sich näher für das Projekt interessieren und über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden gehalten werden wollen. Im November ist ein erstes Treffen geplant, auf dem sich möglicherweise eine »Kerngruppe« bildet, welche dann die weiteren praktischen Vorbereitungen trägt.

Für das Tagungshaus selbst wurde eine Modellplanung und -Kalkulation erstellt. Es ergaben sich – trotz hoher baubiologischer Ansprüche und großzügig bemessenem Wohnraum – sensationell niedrige Baukosten, weil das Prinzip der Selbstversorgung auch schon für die Bauphase gelten soll. Das geschieht nicht nur durch die Eigenarbeit der »Kerngruppe« und der Leute eines »Freundeskreises des Kulturprojekts« sondern auch durch Baukurse, die an Ort und Stelle von den hierfür engagierten Fachleuten geleitet werden. Die TeilnehmerInnen entgelten ihre Kursgebühren z. T. in Form der Arbeitsleistung für den Neubau. Sie arbeiten also für den »Ernstfall«, was sich günstig auf die Motivation auswirkt. Dieses Vorgehen hat sich bereits anderweitig vielfach bewährt und ist umso eher anwendbar und vertretbar, wenn mit dem betreffenden Bauvorhaben auch überindividuelle Interessen verfolgt werden, die über den rein privaten Nutzen der späteren BesitzerInnen hinausgehen, wenn also – kurz gesagt – die Idee »stimmt«, die in einem Projekt erkennbar ist. ●

Jörg Sommer

Weitere Informationen über das Projekt beim Verfasser. Anschrift: Friedrich-Ebert-Anlage 27, 69117 Heidelberg.

KOMMENTAR

Das hier vorgestellte »Kulturprojekt Bauhütte« hat nichts zu tun mit dem gleichnamigen Vorläuferprojekt des umstrittenen »Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung« (ZEGG, CONTRASTE berichtete mehrfach darüber) und dessen Gründer Dieter Duhm. Der Autor Jörg Sommer begründete vor einigen Jahren bereits das »Ökodorfprojekt Selbstversorgung als Selbstbestimmung« (auch darüber war in dieser Zeitung zu lesen), ist jedoch an dessen – nun mit einem Projektzentrum begonnenen – Umsetzung nicht mehr beteiligt. Der Name steht vielmehr dafür, etwas Ideelles ästhetisch auszudrücken. Er lehnt sich an die »Bauhütten« des Spätmittelalters an, das waren Bruderschaften verschiedener Handwerker, die den christlichen Ideen in Form von Dombauten Ausdruck gaben.

Da sich das Projekt u.a. als feministisch versteht, vermuten wir, daß der angesprochene Männerbund »Akademie für Selbstversorger« eher Ausdruck sprachlicher Gedankenlosigkeit ist als bewußtes Programm, auch wenn die »Kerngruppe« bisher aus 3 oder 4 Männern besteht.

Elisabeth Voß, Redaktion selbstorganisierte Lebensgemeinschaften

JOBS

AUCOOP-Bremen
Handwerkskollektiv sucht für die Bauschlosserei Schlosserin/Schlosser mit viel Lust auf Selbstverwaltung und handwerklicher Eigenständigkeit.
☎ (04 21) 7 30 60

Wir suchen ab sofort 2 **Landschaftsgärtnerlnnen** mit Berufserfahrung und FS Kl. 3 für längerfristige Zusammenarbeit bei: querbeet GmbH, Betrieb in Selbstverwaltung.
☎ (0 30) 694 54 40

JOBSUCHE

Herstellungsleiter Fachverlag sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

PROJEKTE

Libertäres Projekt in Neustadt a. d. Weinstraße sucht für Projektierung einer Druckerei engagierte/n **Offsetdrukkerln**. **Kontakt:**
☎ (0 63 21) 3 50 55 (Elli)

Familie (32, 35, 2, 2, Kinderkrankenschwester, Gärtner/Landespfleger) suhen Menschen, junge Familien, Hof, zur Gründung einer **Hofgemeinschaft**, bzw. Einstieg in bestehende.
Jutta und Reinhard Nigge
Agavenstr. 5
44289 Dortmund

MFG

Mitfahrgelegenheit von Hamburg Richtung Bremen/Süden gesucht:
Wir suchen jeweils zum Monatsende für den Transport unserer alternativen Provinzzeitung eine Mitfahrgelegenheit von Hamburg bis Raststätte Grundbergsee (A 1 kurz vor Bremen). Wir, das heißt 100 kg Zeitung und ein bis zwei Leute, starten von der Druckerei in HH-City. Bitte meldet Euch bei dem: »Torfkurier«, Götz Paschen, Everinghausen 42, 27367 Sottrum

KONTAKTE

Hallo Tischlerinnen,
welche von Euch im Großraum MA hat Lust, sich mit uns regelmäßig zu treffen? Wir drei wollen Berufserfahrungen von Frauen im Handwerk austauschen, uns gegenseitig stützen, Zukunftsutopien spinnen und überlegen, wie wir sie verwirklichen können.
Wir treffen uns am Dienstag, den 22.2.1994 im »Pumuckl« L14, 6 (MA), um 20 Uhr.
Kontakt: ☎ (06 21) 156 35 71 (Kersten)

ZEITUNG

ÖkoVision – neue kleine Zeitung für Lebensstilsuche, Kultur, Politik & Spiritualität. Jetzt zu haben für 5,50 DM (incl. Porto) bei Folker Dangers, Lena Christ Str. 70, 82194 Gröbenzell

SONSTIGES

Tischlerin, 33 Jahre, wird Meisterin. Die Ganztagesschule beginnt jetzt, doch das Arbeitsamt hat zum Jahresbeginn sämtliche Zuschüsse und das Unterhaltsgeld gestrichen. Wer hat etwas Geld und kann mir durch Darlehen oder Spenden zur Finanzierung beitragen??
Weitere Infos:
Sabine Zöller
Alte Eppelheimer Str. 31
69115 Heidelberg
☎ (0 62 21) 1 22 46

Archiv für Sicherheits- und Entwicklungpolitik

soeben erschienen:

Der Krieg der Apartheid in Angola und Mozambik

Eine Broschüre über die Bürgerkriege in Angola und Mozambik, deren Auswirkungen auf Bevölkerung und Entwicklung, und über die Chancen auf Frieden.

Gegen 5,-DM-Schein (keine Briefmarken!!!) plus 2,-DM Porto erhältlich bei: Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Pf. 1219, 48348 Everswinkel.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 Macherlnnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnentlnnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01099 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :

Autonome Frauenseite: 12049 Berlin, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Naturkost: 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 67434 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Jahnstr. 11, ☎ (06321) 73 91, Fax (06321) 3 47 01
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.1;
Ausgabe: Monotype-Lasercomp;
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

BTX: Seite *3821001 #

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

BRESCHE
Das rot-grüne Forums-Magazin

- Bringt jeden Monat Beiträge zur Sozial-, Finanz- und Gewerkschaftspolitik, zur Verkehrs- und Energiepolitik, usw.
- Dokumentiert radikaldemokratische Standpunkte
- Analysiert bürgerliche und rechtspopulistische Politikstrategien

❑ *Ich möchte gerne ein Probeabo (3 Ausgaben für 15 Fr.)*
❑ *Ich möchte gerne ein Abo (CH: 65 Fr., Europa: 100 Fr.)*

BRESCHE, Postfach 299, CH-8031 Zürich,
Tel. 0041/1/272'90'10, Fax 0041/1/273'02'12

Jugoslawien-Bulletin

Gegen Sanktionen, Kriegshetze und deutsche Großmachtpolitik

Erscheint monatlich, 4 Ex. kosten DM 10,- (Vorkasse!), Probeexemplar DM 3,- in Briefmarken

Zu bestellen bei: JUB, c/o Friedensladen, Schillerstr. 28, 69115 Heidelberg

INTERNATIONALE LANDMINEN KAMPAGNE

NEUERSCHEINUNG
in der medico-Bibliothek

Das Buch zur Internationalen Landminenkampagne:
Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper

Von den Römern wird berichtet, sie hätten Salz in die Felder rund um Carthago gestreut, um wirklich sicher zu gehen, daß die Stadt sich nie mehr erholen wird. Eine zeitgemäße Armee erledigt diese Absicht heute mit Landminen. 120 Millionen verstreute Landminen perforieren den Globus, multiplizieren Zerstörung, Tod, Leid. Hunderttausendfach.
Das Buch informiert erstmals umfassend und kompetent über eine bislang wenig beachtete Massenvernichtungswaffe.

Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper, 152 Seiten, Paperback 10 DM, ISBN 3-923363-14-1

Bestellungen an:
medico international
Obermainanlage 7 ♦ 60314 Frankfurt ♦ Tel.: 069/24438-0

Einsteigen und mitsteuern.

JUNGE WELT · DIE OSTDEUTSCHE TAGESZEITUNG
Verlagsanstalt in Berlin GmbH
Am Treptower Park 28 - 30, 12435 Berlin
Fairness für Test-Leser. Das Test-Abo verlängert sich nicht automatisch.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus **muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15.** des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

LESERBRIEFE

Betr.: CONTRASTE Nr. 112, »Es wird Zeit, daß sie rauskommen«

Sehr geehrte CONTRASTE-Redaktion,
Ihre Berichte zur Lage der RAF-Mitglieder in der Januar-Nr. der CONTRASTE haben mich sehr interessiert. Aber ich kann ihrer Forderung »Es wird Zeit, daß sie rauskommen!« nicht vorbehaltlos zustimmen. Ich habe mich – ich bin fast 85 Jahre alt – im Weimarer Staat zur »linken Szene« gerechnet und tue das mit einigen Änderungen auch heute noch, allerdings damals wie heute weitgehend als Einzelgänger und nur lose mit definierten Gruppen verbunden. In Bezug auf Naturerhaltung allerdings denke ich eher »konservativ« im echten Sinne dieses Wortes. Dies nur als Vormerkung zu meiner Person.

Schon bei der Definition des »politischen Gefangenen« beginnen meine Bedenken. Es gibt bestimmt eine große Anzahl davon in der ganzen Welt, die »nur« wegen ihrer politischen Gesinnung und Haltung gefangen, mißhandelt und umgebracht werden. Wenn ich »nur« schreibe, dann meine ich, daß sie keine schweren Taten gegen das Leben und die Gemeinschaft, in der sie leben, verübt haben. »Morde« sind da nicht einbegriffen, auch nicht ohne weiteres als Antwort auf ähnliche Missetaten! Natürlich ist der Begriff »Mord« nicht nur juristisch vielfältig. Bei Verfolgung und öffentlichen Auseinandersetzungen können Verletzungen mit unbeabsichtigter Todesfolge stattfinden. Aber die Auslöschung eines Menschenlebens, gewollt oder »in Kauf genommen«, ist eine schwere Untat, die Sühne verlangt, auch wenn sie aus verständlicher oder/und berechtigter Empörung erfolgt.

Auch Menschen, die kein »hehres«, übermenschliches Bild vom Staat in sich tragen – dazu zähle ich mich – sondern in ihm eher eine notwendige Organisationsform für das Zusammenleben vieler Menschen einer Region und, vorwiegend, einer Sprache und Gesittung sehen, auch sie können Tötung aus politischen Gründen nicht einfach hinnehmen. Sie müssen sie zu verhindern versuchen und, wenn das nicht gelingt, sie bestrafen. Die Begründungen der Gesellschaft dafür sind vielfältig und schwankend, aber trotz dieser moralischen Unbestimmtheit muß man immer wieder feststellen, daß die meisten Empörungen auf »einer« Seite über harte Bestrafungen politischer Mörder in Zustimmung umschlagen, wenn es sich um ebensolche Bestrafung ihrer politischen Gegner für gleiche Straftaten handelt. Daß der Staat, unser Staat, in der Gleichverteilung der Verfolgung und des Strafmaßes keineswegs immer korrekt vorgeht, ist allerdings eine üble Tatsache, die dadurch nicht besser wird, daß andere Staaten entgegensetzter politischer Richtung den gleichen Fehler aufweisen.

Bestrafung nach den geltenden Gesetzen ist wohl nötig und richtig. Protest kann sinngemäß nur dann eingelegt werden, wenn das Strafmaß und die Art des Vollzuges bei den politischen Tätern durch Härte, Dauer und »Rache«-Methoden vom gesetzlichen Vollzug abweicht. Ein politischer Mörder dürfte also in seiner Haftzeit nicht schlechter behandelt werden als ein »krimineller« Mörder. Man muß leider den Eindruck haben, daß es bei uns vorkommt, daß der »Rache«-Gedanke des angegriffenen Staates, der sich gern als »übermenschlich« sieht, mit vernünftigen Vorstellungen von Gerechtigkeit unverträglich ist. Ein politischer Mörder müßte eigentlich den gleichen Anspruch wie ein »Krimineller« haben, nach einer gewissen, gesetzlich festgelegten Frist wieder in die Freiheit entlassen zu werden – allerdings wie bei jenem unter bestimmten Bedingungen. Die Bevölkerung muß erwarten können, daß er ähnliche Straftaten nicht mehr verüben wird. Er muß nicht vom »Saulus« zum »Paulus« werden, aber eine gleiche oder ähnliche schwere Übertretung der entscheidenden Grundregeln des Staates muß durch ein glaubhaftes Verhalten und Versprechen unwahrscheinlich sein. Dann hat »jeder« Täter nach Verbüßen der Strafe – u.U. auch vorzeitig – m.E. nach den Gesetzen den Anspruch auf Freiheit.

Dieser Prozeß wird von beiden Seiten erschwert: vom Staat durch unzulässige und rachsüchtige Sonderbehandlung (Isolation usw.) und von Seiten einiger Gefangenen durch eisernes Beharren auf die Richtigkeit ihrer Taten. Aber hier könnte eben der Staat – gerade wenn und weil er sich selbst als eine so hohe Autorität versteht – versuchsweise mit Vorleistungen beginnen. Bernd Rössner könnte ein erster Versuchsfall werden, wenn er jetzt »nicht« gleich wieder eingelocht würde. Diese Versuche müßten aber in breiterer Front beginnen! »Das« kann und muß verlangt werden – und der Staat sollte es auch tun. Er würde damit dem politischen Frieden für alle – also auch für sich selbst dienen!

H.G. Otto, Weil am Rhein

Entgegnung zu Peter Kratz in CONTRASTE Nr. 112

Lieber Peter Kratz,
Dir ist »befremdlich«, daß ich Rudolf Bahro »darin zustimme, das 'völkische Element' sei ein gewissermaßen naturwüchsiges, überdauerndes und deshalb erst einmal in seiner Existenz hinzunehmendes Phänomen.« Wie kommst Du auf diesen unseriösen Anwurf? Ich habe lediglich anerkannt, daß es ein »völkisches Element« gibt – angesichts zunehmend deutschnationaler Politik und Fremdenfeindlichkeit keine besonders originelle Einsicht. Wie soll eine Linke (gibt's die noch?) dem etwas entgegensetzen, wenn schon das Gespräch über mögliche Ursachen in Diffamierungen endet? Du kannst doch nicht allen Ernstes den Versuch eines Verständnisses gleichsetzen mit Akzeptanz! Selbst die bürgerliche Justiz verkündet den (oft nicht eingehaltenen) Grundsatz »im Zweifel für den Angeklagten«. Ohne Bahros Ideen damit pauschal zuzustimmen, halte ich es für selbstverständlich, daß wir untereinander, und auch mit ihm, ebenso verfahren sollten: sein Anspruch ist es ausdrücklich, dem Rechtsruck in Deutschland etwas entgegenzusetzen. Seine Argumentation mag teilweise obskur oder sogar bedenklich sein, aber selbst der von Dir zitierte Robert Jungk hielt ihm seinerzeit zugute, »daß Du so reinen Herzens bist wie Parsifal, aber ich muß Dich brüderlich warnen. Habe doch den Mut, neues Denken auch in neuer Sprache, mit neuen unbelasteten Begriffen darzustellen. Das Licht am Ende des Tunnels, das wir ersehnen, darf nicht verblenden und uns letztlich zurück auf alte Unheilswege führen.« (aus besagtem taz-Artikel »Sein Kampf« – Du siehst, ich habe ihn aufbewahrt.)

Nicht nachvollziehbar ist mir auch Dein Vorwurf gegen Fritz Vilmar (der gemeinsam mit Robert Jungk damals scharfe Kritik an Bahro's »Logik der Rettung« übte). Dörflichen Konformitätsdruck kenne ich auch aus meiner eigenen Geschichte, aber ich kann nicht sehen, was das mit dem Konsensprinzip zu tun hat. Die »Borniertheitsdiktatur« des Dorfes rührt ja gerade von der Sprachlosigkeit her, die durch Konsensbemühungen aufgebrochen werden soll: Nicht einfach »ja« oder »nein« sagen (wenn überhaupt), und die Mehrheit siegt, sondern Gespräch bis zur Einigung. Konsens ist keine überall umsetzbare Ideologie, sondern ein Verfahren – gerade zum Schutz von Minderheiten, die ernst genommen und einbezogen werden müssen – in überschaubaren Gruppen (was ja Kommunen oder Dorfgemeinschaften z.B. sind). Dann ist kein »Entscheidungswechsel« (von einer herrschenden Mehrheitsgruppe zur anderen) nötig, sondern das Prinzip »Herrschaft« an sich in Frage gestellt. Voraussetzung ist natürlich, daß mit der Gefahr, Druck auf einzelne »Querköpfe« auszuüben, konstruktiv umgegangen wird. Da gibt es ja praktische Erfahrungen – in der Selbstverwaltungs-Szene ist das Konsensprinzip zentraler Baustein vieler Gruppen. Vielleicht haben unsere Leserlnnen Interesse an einem Austausch darüber,und äußern sich dazu (insofern könnte Dein Leserbrief eine interessante Diskussion anregen).

Statt mich immer wieder damit auseinanderzusetzen, was ich an wessen Ideen und Vorhaben gefährlich finde (was ich oft genug tue, und auch nicht ganz aufgeben werde), interessiert mich eigentlich mehr, welche Utopien es heute überhaupt noch gibt, die der herrschenden Ordnung etwas entgegensetzen, und wie ich mich mit Menschen darüber verständigen und etwas dafür tun kann.

Elisabeth Voß, Redaktion

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

BÄCKEREIEN

Einladung zum Bäckereien-Kollektivtreffen '94
Nach einem sehr interessanten Kollektivtreffen im letzten Jahr wollen wir uns auch dieses Jahr wieder zusammenhokken und unsere Situation vergleichen. Das Treffen '94 wird vom 21.-22. Mai im Tagungshaus Läufertsmühle Neckargerach (b. Heidelberg) stattfinden. Es wird in diesem Jahr organisiert von der Vollkornbäckerei Mahlzahn in Heidelberg und wir würden uns sehr freuen, wenn zwecks eines regen Austausches viele Vollkornbäckerei-Kollektive kommen würden!
Bitte meldet Euch bis Ende März an bei:
Ulrike, Bäckerei Mahlzahn
☎ (0 62 21) 16 09 97
Im übrigen stehen die Gesprächsthemen für dieses Jahr noch nicht fest und wir berücksichtigen gerne Eure Vorschläge.

SCHREINEREIEN

Vom 22.April bis 24. April ist es wieder so weit: Ein Wochenende in der Handwerkergenossenschaft in Mannheim zum Thema der Herkunft auch »ökologischer« Hölzer. Kommt nun nach dem Tropenholzboykott auch der Boykott der borealen Hölzer wie z.B. aus Kanada, Skandinavien oder Sibirien? Ergeben Ökolabels einen Sinn bei der Einkaufspolitik? Ob nun endgültig vom Ende der Wälder gesprochen werden muß oder Gegensteuern noch hilft, beantwortet Dipl. Biologe Rudolf Fenner von Robin Wood. Welche Maßstäbe Industrie und Handel von ökologisch zertifizierten Produkten anlegen, beantwortet voraussichtlich ein Referent des derzeit größten Handelsunternehmens mit ökologischen Plattenmaterialien. Arbeitsgruppen zu den Möglichkeiten des Handelns selbstverwalteter Schreinereien stehen gleichfalls auf dem Programm wie der Austausch der Neuigkeiten des letzten halben Jahres. Anmeldung und Kontakt bei Doris Lehmann, Handwerkergenossenschaft, Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24 in 68159 Mannheim. Fax ist 0621/1499. Anmeldungen sind ab sofort erwünscht.

TAK AO

Gemeinsam Wohnen und Leben im Alter
Zum Thema »Gemeinsam Wohnen und Leben im Alter« organisiert der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie sein nächstes Wochenendseminar. Es findet statt vom 18.-20.2.94 in Freudenberg bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Anregungen, Mitarbeit, Information und Anmeldung: Elmar Sing, Löwenstr. 8, 68259 Mannheim.

VSF

Was Tun – Zusammenarbeit im Team, aber wie?
Das kennt Jede/r. Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber nach einiger Zeit wird es schwierig – Arbeiten werden doppelt erledigt, Besprechungen dauern endlos – Einige werden zu MacherInnen – WAS TUN?
Dabei kann die Zusammenarbeit im Team eine sehr effektive, herausfordernde und abwechslungsreiche Aufgabe sein. Die Arbeitsfähigkeit eines Teams ist sowohl von Themen, Zielen und der äußeren Struktur als auch von der Interaktion untereinander und der Einstellung einzelner Personen zum Team abhängig. Dies fordert die Teammitglieder heraus, ihre verschiedenen Fähigkeiten und Fertigkeiten flexibel einzusetzen...
Termin: 6. bis 8.3.94
Anmeldung & Information:
Verbund selbstverwalteter Fahrradläden
Paul-Lincke-Ufer 44a
10999 Berlin
☎ (0 30) 612 18 70
Fax (0 30) 611 97 22

NETZ-SEMINARREIHE

Persönliche Arbeitstechnik in der Büro- und Verwaltungsarbeit
Termin: 3. bis 4.3.94 in Düsseldorf
Motivation und teamorientierte Führung
Termin: 29. bis30.4.94 in Neckargerach
Die Datev-Buchführung als betriebliches Analyse-, Kontroll- und Planungsinstrument
Termin: ???? in Freiburg
Anmeldung & Information:
Netz-Bildung
Börnestr. 10
40211 Düsseldorf
☎ (02 11) 164 95 83
Fax 35 15 91

ÖKOLOGIE & SELBSTBESTIMMUNG

Anders leben – anders arbeiten
Die vorgezeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger. Ökologische Krise, extrem ungleiche Lebensbedingungen auf der Erde, Konsumorientierung, Trennung von Arbeit, Politik und Leben, Vereinzelung und Hierarchien sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe, Ansätze von gemeinsamer Organisation des Alltags wie Food Coops und Kinderläden sind Beispiele für Anfänge einer herrschaftslosen Gesellschaft wie sie in libertären Theorien beschrieben wird. Ein EinsteigerInnen-Seminar für junge Leute. Kostenpunkt jeweils 30 bis 50 DM nach Selbsteinschätzung.
Termine, Ort und jeweilige Anmeldeadresse:
18.-20.2.,Mainz, JUB Mainz, Parcusstr. 12, 55116 Mainz
20.-25.2., Prinzhöfte, Verdener Umweltwerkstatt w.o.
Weitere Infos: Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung
Kerstin Rabenstein
Esmarchstr. 42c, 22767 Hamburg

EXISTENZGRÜNDUNGEN

Eine »Starthilfe« von der Konzeptentwicklung bis zur Finanzierung. Die TeilnehmerInnen lernen, die Chancen und Risiken der eigenen Betriebsidee besser zu beurteilen und sich auf die Gründung vorzubereiten.
Die Seminare werden von der Autorin des Ratgebers »Meine Chefin bin ich selbst« geleitet: Claudia Kirsch, Unternehmensberatung für Gründung, Organisation, Entwicklung, Bahrenfelder Str. 169, 22765 Hamburg, Tel. (040) 390 97 42.
»Starthilfe für GründerInnen«
18.-20.2.94 in Wilhelmshaven
Info/Anm.: Ev. Familienbildungsstätte
☎ (0 44 21) 3 20 16
13.-16.4.94 in Hamburg
Info/Anm.: Claudia Kirsch
☎ (0 40) 390 97 42
22.-24.4.94 in Osnabrück
Info/Anm.: Volkshochschule
☎ (05 41) 323 42 40
4.-7.5.94 in Hamburg
Info/Anm.: Claudia Kirsch
☎ (0 40) 390 97 42

SONSTIGES

Rhetorik für Jugendliche
Wir haben viel zu sagen!
Du lernst auf diesem Seminar, wie Du auf Gruppen wirkst, wie Du eine Rede gliederst, wie daß, was Du sagst, auch gehört wird. Trotzdem – eine Erfolgsgarantie ist damit nicht zu haben. Denn zu erfolgreicher Kommunikation gehören immer zwei oder mehr Menschen. Ebenso einen großen Anteil übernehmen deshalb bei dem Seminar Übungen zum Aktiven Zuhören, zum Konsensprinzip und gleichberechtigter und konstruktiver Gruppenrhetorik. Dabei versuchen wir als TeamerInnen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Hintergrundinformationen und praktischen Ausprobieren zu schaffen.
Termine: 13.-15.5.94 und 16.-18.9.94 (Verden)
Kosten: 30 bis 60 DM nach Selbsteinschätzung
Information & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung
c/o Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
27283 Verden

»Achtung – Jugendliche gegen Rassismus«
Vom 18. bis 20. März 1994. Wir werden die Projektgruppe »Achtung« vorstellen, die seit einiger Zeit regelmäßig Betreuung und Beschäftigung mit/von Kindern und Jugendlichen in einem Flüchtlingsheim anbietet und durchführt. Es wird über auftretende Probleme, Öffentlichkeitsarbeit, Vorurteile, Rassismus gehen. Zur Auflockerung soll es typisch kurdisches Essen geben.
Das Seminar beginnt am 18.3. um 18 Uhr in der katholischen StudentInnengemeinde (KSG) Göttingen.
Anmeldungen an:
Susanne Böker
c/o Jugendumweltbüro
Projekt »Achtung«
Mauerstr. 3
37073 Göttingen
☎ (05 51) 48 71 03

Jugendarbeit, GWA & Rassismus
Jugendarbeit und GWA sind mit subtilen, latenten und mit eskalierenden Formen von Rassismus konfrontiert und finden nicht immer die richtige Antwort darauf. Sie werden von der Politik in eine Frontstellung gedrängt und auf Probleme und Krisen angesetzt, die sie weder verursacht noch zu verantworten haben. So entstehen Zerreißproben ihrer beruflichen Identität zwischen verstehendem Einlassen und politischer Eindeutigkeit und Entschlossenheit.
Termin: 14. bis 18.3.94
Anmeldung:
Burckhardthaus
Herzbachweg 2
63351 Gelnhausen
☎ (0 60 51) 8 92 12

MEDIEN

Druck machen – Veränderung durchsetzen
Das Seminar hilft MitarbeiterInnen in Projektwerkstätten, Jugendgruppen und -projekten, Inhalte durch bessere, weil geplante Öffentlichkeitsarbeit bekannter werden zu lassen.
Termine: 4.-6.3.94, 25.-8.8.94, 2.-4.12.94 (alle in Verden)
Kosten: 30 bis 60 DM nach Selbsteinschätzung
Information & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung
c/o Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1 · 27283 Verden

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

netz NRW
Huckarder Straße 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231 / 16 24 76

netz Hessen (VSBH)
Schäfergasse 46
60313 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 / 131 04 07

netz Baden-Württemberg
Erwinstraße 29
79102 Freiburg i. Br.
Tel.: 0761 / 70 90 23

netz Bremen
c/o Kulturzentrum Lagerhaus
Schildstraße 12-19
28203 Bremen
Tel.: 0421 / 70 14 61

netz Bayern
c/o IBPro
Kaulbachstraße 85
80802 München
Tel.: 089 / 34 57 23

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

netz NRW
Börnestraße 10
40211 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 164 95 83

netz NRW
Staufenstraße 27
48145 Münster
Tel. 0251 / 3 31 99

FRAUEN

»Ausgebrannt« – Psychodrama-Seminar zum Bournot-Syndrom von Frauen in sozialen Berufen
Frauen, die in sozialen Arbeitsfeldern tätig sind, sin in besonderer Weise von der Gefährdung durch das Bournot-Syndrom betroffen: Zum Einen bergen alle sozialen Berufe durch ihre speziellen Anforderungen die Gefahr von Überforderungen in sich, zum Anderen haben Frauen in ihrer Sozialisierung zu »geben« gelernt, Grenzen zu setzen fällt schwer. Ziel des Seminars ist es, Überforderungserfahrungen im Alltag zu reflektieren und Lösungen zu entwickeln, durch die Kräfte bewußter eingesetzt werden können.
Termin: 3. bis 6.03.94
Anmeldung:
Burckhardthaus
Herzbachweg 2
63351 Gelnhausen
☎ (0 60 51) 8 92 12

FRAU & ARBEIT

Buchführung für Existenzgründerinnen
Termin: 4. bis 6.3.94
Buchführung für Freiberuflerinnen
Termin: 18. bis 20.3.94
Bewerbungstraining
Termin: 21., 22., 24.3.94, jeweils abends, 26. & 27.3.94, tagsüber
Jetzt geht's los!
Ein Wochenendkurs zur Berufsorientierung
Termin: 25. bis 27.3.94
Information & Anmeldung
Frau und Arbeit
Grindelallee 43
20146 Hamburg
☎ (0 40) 44 49 60

FEMINISTISCHE WEITERBILDUNG

Beratung und Psychotherapie mit »psychotischen« Frauen
18. bis 20.4.94 in Charlottenberg/Westerwald. Anmeldeschluß: 9.2.94. Das Seminar soll die Teilnehmerinnen befähigen, ohne Ängste und Stereotypen, dafür mit feministischer Kompetenz »psychotischen« Frauen in Beratung und Therapie zu begegnen, auch soll die eigene Kreativität in dieser Arbeit befreit und erweitert werden.
Einführung in die Mädchenberatung am beispiel sexueller Gewalterfahrungen
25. bis 29.4.94 in Burscheid, Bergisches Land. Anmeldeschluß: 21.2.94. Auch bei intensiver Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Sexuelle Gewalt bleiben Beraterinnen Fragen offen, ob sie Mädchen, die sexuelle Gewalt erleben, gut begleiten. Dieser Bildungsurlaub bietet die Möglichkeit, das eigene Wahrnehmungsvermögen zu reflektieren, Handlungsimpulse und Interventionszugänge zu entwickeln.
Sexueller Mißbrauch und Abhängigkeit
2. bis 6.5. 94 in Charlottenberg/Westerwald. Anmeldeschluß: 29.2.94. Abhängigkeit von psychoaktiven Stoffen ist bei Frauen häufig mit sexuellen Gewalterfahrungen in der Kindheit gekoppelt. Beraterinnen und Therapeutinnen benötigen aus diesem Grund in beiden Bereichen Kenntnisse und Handlungsfähigkeiten, um angemessen reagieren zu können.
Information & Anmeldung:
FrauenSicht e.V.
Holbeinstr. 32
50733 Köln
☎ (02 21) 737 000

TRAINING FUNDRAISING

Mittelbeschaffung für gemeinnützige Initiativen
cash coop Hessen bietet wieder einen Seminarzyklus »Fundraising – Mittelbeschaffung für gemeinnützige Vereine« an. In fünf Modulen werden Grundkenntnisse professionellen Fundraisings vermittelt.
Termine:
Fundraising und Corporate Identity
21. bis 23.3.94
Fundraising und Kommunikation
9. bis 11.5.94
Fundraising und Marketing
20. bis 22.6.94
Spenden und Sponsoring
31.8 bis 2.9.94
Öffentliche Förderung und Stiftungen
21. bis 23.11.94
Nähere Informationen gibt es über:
cash coop Büro Frankfurt
Kasseler Str. 1a
60486 Frankfurt/Main
☎ (0 69) 70 30 03

VORANKÜNDIGUNG '94

»Come together«
Vernetzungscamp der Gemeinschaftsprojekte:
Schon jetzt wollen wir alle Gemeinschaftsprojekte in Deutschland (und dem Rest der Welt) ansprechen, sich diesen Termin dick anzustreichen: **20. bis 27. Juli 1994.**
Eine Woche gemeinsam Leben und Erfahrungsaustausch, um voneinander zu lernen, um unsere gemeinsame Kraft und unsere Unterschiede zu erfahren. Wir meinen, die Zeit ist reif für mehr.
- Gemeinschaftsleben von Lebensgemeinschaften
- Spezialitätenküche statt Einheitsbrei
- alle Gemeinschaftsthemen von A (wie Anarchie oder Abwasch) bis Z (wie ZEGG oder Zensur)

Im Mittelpunkt könnte eine Bestandsaufnahme und Zukunftsvision der Erfahrung und Perspektiven von Gemeinschaftskultur stehen. Wir werden uns bemühen, dabei auch internationale Erfahrungen und ReferentInnen einzubeziehen.
Um sich die Frage »Was hält welche Gemeinschaft wie zusammen?« näher ansehen zu können, sollten die zentralen Themen (Geld, Macht, Spiritualität, Sexualität, Politik, ...) spannend und kreativ angegangen werden. Dabei hoffen wir auf Eure Erfahrungen und Initiative:
- ○ Welche Themen können mit welchen Methoden erfahrbar gemacht werden?
- ○ Welche Camp- und Kommunikationsstrukturen sollen wir uns geben?

Koordiniert werden die Vorbereitungen vom Ökodorfprojekt »Selbstversorgung als Selbstbestimmung« zusammen mit Eurotopia. Je mehr Gemeinschaften sich schon jetzt in die Gestaltung einbringen, desto lebendiger kann sich das Sommercamp entwickeln. Ein erstes Vorbereitungstreffen findet voraussichtlich am 19./20.3.94 statt. Schreibt uns bitte bald, ob ihr am Sommercamp teilnehmen wolt und Eure Ideen und Angebote: Anmeldeschluß ist der **15. Mai 1994.**
Schreibt uns bitte an:
Ökodorf Projektzentrum
Stichwort Vernetzungscamp
Dorfstr. 4
29416 Groß Chüden

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.